

Pressespiegel 2019

Press Documentation 2019

NOVOMATIC

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Konzernkommunikation

02.12.2019 / KW 48



„www.orf.at“, 02.12.2019

Sidlo als Finanzvorstand abberufen

In der Aufsichtsratssitzung der Casinos Austria AG (CASAG) am Montag sind Entscheidungen getroffen worden. FPÖ-Mann Peter Sidlo werde „mit sofortiger Wirkung“ vom Vorstand abberufen, zitierte die APA ein Aufsichtsratsstatement. Die Entscheidung sei mit großer Mehrheit und „zum Wohle des Unternehmens“ gefallen, wobei Umstände „nach der Bestellung Sidlos“ entscheidend waren.

Die Abberufung kommt überraschend, hatten Signale zuletzt doch eher auf einen Verbleib hingedeutet. Entscheidendes Argument soll die Sorge vor einer Rufschädigung für das Unternehmen gewesen sein, hieß es in der ZIB um 13.00 Uhr.

Die dem außerordentlichen Aufsichtsrat vorgelegte interne Untersuchung sei zu dem Ergebnis gekommen, dass sich der Aufsichtsrat nicht nur bei der Trennung von den Vorständen Alexander Labak und Dietmar Hoscher, sondern auch bei der Vorstandsbestellung von Sidlo, insbesondere vor dem Hintergrund einer damals vorliegenden gutachterlichen Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei CMS, „im Rahmen des vorhandenen Ermessensspielraums korrekt verhalten hat“.

Abberufung aus Sorge um guten Ruf des Unternehmens

Die Entscheidung sei daher auch nicht wegen Verfehlungen bei der Bestellung, sondern wegen drohender Reputationsschäden für die Casinos Austria, also zur Sicherung des guten Rufs des Unternehmens, getroffen worden, hieß es zur APA. Daher werde man nun vermutlich mit Sidlo über die genauen Bedingungen der Vertragsauflösung verhandeln müssen.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt wegen des Vorwurfs, Novomatic habe Sidlo nur deshalb gefördert, weil die FPÖ im Gegenzug Entgegenkommen bei der Lizenzvergabe versprochen habe. Alle Beschuldigten dementieren so eine Absprache. Es gilt die Unschuldsvermutung. Der frühere FPÖ-Politiker, der auf Drängen der Novomatic zum Vorstand bestellt wurde, ist derzeit auf Urlaub.

ÖBAG: „Keine näheren Kenntnisse zu Erwägungen“

Die Österreichische Beteiligungs AG (ÖBAG), die 33,24 Prozent der Aktien der CASAG hält, gab unmittelbar nach Bekanntwerden der Aufsichtsratsentscheidung bekannt, dass man keine näheren Kenntnisse zu den Erwägungen habe, da unter Berufung auf das Aktienrecht keine Aufsichtsratsunterlagen an die ÖBAG weitergeleitet werden. Man gehe davon aus, dass es sich bei der Abberufung um eine faktenbasierte Entscheidung handelt, die der Aufsichtsrat sorgfältig abgewogen und zum Wohl der CASAG getroffen habe.

Die ÖBAG werde gemeinsam mit der CASAG sowie den anderen Aktionären daran arbeiten, „dass sich die CASAG in ruhigeren Zeiten wiederfindet und sich die volle Leistungsfähigkeit des Unternehmens entfalten kann“. Das oberste Ziel der ÖBAG sei die Wahrung der Interessen der Republik Österreich.

„www.derstandard.at“, 02.12.2019

Peter Sidlo als Casinos-Finanzvorstand abberufen

Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat verlangten Abberufung Sidlos – "Umstände nach der Bestellung" waren laut Casag ausschlaggebend

Wien – Peter Sidlo ist seinen Job als Finanzvorstand der Casinos Austria AG (Casag) los. Das hat der Aufsichtsrat des Glücksspielkonzerns in einer Sitzung am Montagvormittag beschlossen. Um 8 Uhr 30 hat das Zusammentreffen der Kontrolloren des teilstaatlichen Unternehmens begonnen – als Erste das Wort ergriffen hat dann aber gleich die Vorstandschefin, Bettina Glatz-Kremsner. Sie schilderte die prekäre Situation im Unternehmen, das nun rund um die Bestellung Sidlos zum Finanzvorstand seit Monaten in den Schlagzeilen steht, und die schlechte Stimmung unter den Mitarbeitern.

Deren Unmut entzündete sich vor allem daran, dass Entscheidungen der Verantwortlichen fehlten. Glatz-Kremsner, seit Mai Vorstandsvorsitzende und zuvor jahrelang Finanzchefin der Casag, appellierte denn an den Aufsichtsrat, er möge rasche und klare Entscheidungen treffen. Das hat DER STANDARD aus Aufsichtsratskreisen erfahren, die Casag hat es bestätigt.

Belegschaftsvertreter für Abberufung Sidlos

Als Nächstes meldeten sich die im Aufsichtsrat vertretenen Belegschaftsvertreter zu Wort – und sie legten ein paar Gänge zu. Inhaltlich unterstützten sie die Darstellung Glatz-Kremsners – und stellten letztlich den Antrag, Sidlo abzuberufen, aus wichtigem Grund, wie das im Aktiengesetz heißt. Es spiele in dem Zusammenhang kaum eine Rolle, ob Sidlo im juristischen Sinne schuldig oder unschuldig sei – es gehe nur darum, ob er gut fürs Unternehmen sei, argumentierten die Belegschaftsvertreter sinngemäß. Und das sei nicht der Fall.

Mit diesem Antrag sollten sich die Belegschaftsvertreter nach eingehender Diskussion dann auch durchsetzen. Die beschuldigten Aufsichtsratsmitglieder haben sich der Stimme enthalten, ein von Novomatic entsandtes Mitglied votierte gegen die Abberufung, die Mehrheit stimmte allerdings dafür, wie DER STANDARD erfahren hat.

In der sogenannten Causa Postenschacher ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft unter anderem wegen des Verdachts der Bestechung, Bestechlichkeit und Untreue. Es geht um den Vorwurf, im Rahmen der Bestellung seien Deals zwischen FPÖ und Novomatic gelaufen, zudem geht es um die Kosten, die die vorzeitige Auflösung der Verträge der bis dahin amtierenden zwei Vorstandsmitglieder verursacht hat. Als Beschuldigte werden neben Exvizekanzler Heinz-Christian Strache und Ex-FPÖ-Mandatar Johann Gudenus und Ex-FPÖ-Bezirkssrat Peter Sidlo auch Casag-Aufsichtsratsmitglieder geführt: der Präsident des Gremiums, Walter Rothensteiner, und zwei seiner Stellvertreter, Novomatic-Chef Harald Neumann und Josef Pröll. Zudem sind Exfinanzminister Hartwig Löger, Ex-Staatssekretär Hubert Fuchs und der frühere Generalsekretär im Finanzministerium und heutige Öbag-Chef, Thomas Schmid, beschuldigt. Alle Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe, es gilt die Unschuldsvermutung.

Bericht der Prüfer

Der Aufsichtsrat hat sich am Montag getroffen, um über den internen Prüfbericht zu beraten, den der Präsident selbst in Auftrag gegeben hat. Erstellt wurde dieser von Rechtsanwalt Georg Schima und Forensikern der Wirtschaftsprüfungskanzlei KPMG. Zur Kontrolle über das Prozedere der Untersuchung war Anwalt Stephan Frotz zugezogen, das hatte die tschechische Sazka-Group verlangt. Ihre Vertreter im Aufsichtsrat waren von Anfang an gegen Sidlos Bestellung gewesen, hatten Rothensteiner von ihm abgeraten und sich bei der Entscheidung dann der Stimme enthalten. Folglich wurde die Entscheidung, Sidlo abzurufen, in Tschechien begrüßt. Es sei die einzige und bestmögliche Entscheidung im Interesse des Unternehmens und seiner Mitarbeiter. Die Sazka-Gruppe bedanke sich für die breite Zustimmung der Initiative der Belegschaftsvertreter zur Abberufung des Vorstandsmitglieds Sidlo.

Im Statement der Casinos hieß es am frühen Montagnachmittag so: In der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung sei als Ergebnis der internen Untersuchung festgestellt worden, dass sich der Aufsichtsrat im Zuge der Trennung von den Vorständen Alexander Labak und Dietmar Hoscher im Rahmen des vorhandenen Ermessensspielraums korrekt verhalten habe. Das gelte ebenso für die Vorstandsbestellung von Peter Sidlo, insbesondere vor dem Hintergrund einer damals vorgelegenen gutachterlichen Stellungnahme der Rechtsanwaltskanzlei CMS (DER STANDARD hat darüber berichtet.)

Grund: "Umstände nach der Bestellung Sidlos"

Allerdings habe der Aufsichtsrat "mit sofortiger Wirkung die vorzeitige Abberufung von Peter Sidlo und die Beendigung seines Vorstandsvertrages mit großer Mehrheit beschlossen". Diese Beschlussfassung sei nach eingehender Diskussion zum Wohle des Unternehmens erfolgt. Maßgebend für die Entscheidung seien Umstände nach der Bestellung Sidlos gewesen, "die somit nicht Gegenstand der internen Untersuchung waren". Gemeint: Jene Umstände, die nach den diversen Hausdurchsuchungen bekannt wurden, also etwa die inzwischen berühmten Chatprotokolle.

Ob Sidlo, dessen Vertrag für drei Jahre abgeschlossen worden ist, nun noch Geld bekommt? Nein, weil sein Vertrag aufgelöst wurde. Sollte sich der Exfinanzchef von seinem Exarbeitgeber ungerecht behandelt fühlen, könnte er die Casinos klagen. (Renate Graber, 2.12.2019)

„APA“, 02.12.2019

FPÖ-Hafenecker: „Abberufung Peter Sidlos in der Casinos Austria AG gibt Weg frei für Eva Glawischnig“

„CASAG-Aufsichtsrat bestätigt, dass es bei der Bestellung Sidlos keinen Beanstandungsgrund gibt“

Wien (OTS) - Nach der Abberufung von Mag. Peter Sidlo als Finanzvorstand der Casinos Austria AG (CASAG) durch den Aufsichtsrat, ist seine Stelle natürlich neu zu besetzen. Der freiheitliche Generalsekretär NAbg. Christian Hafenecker, MA bemerkte dazu, dass nach dem ganzen „Tohuwabohu“ um parteipolitische Besetzungen in staatsnahen Betrieben nun ein neuer Kandidat zum Zuge kommen müsse, welcher im besten Fall auch über die nötigen Glücksspiel-Fachkenntnisse verfüge. „Niemand bietet sich dafür besser an als Eva Glawischnig, welche ja zu Gunsten ihrer Glücksspiel-Karriere bei Novomatic auf die Mitgliedschaft bei den Grünen verzichtete“, so Hafenecker mit einem zwinkernden Auge.

„Die Abberufung Sidlos ergab laut APA aber auch eine andere bemerkenswerte, aber nicht überraschende Information, nämlich, dass es am Bestellvorgang Sidlos keinen Beanstandungsgrund gibt. Andererseits wird es interessant sein, wie die CASAG mit der kolportierten Urlaubsentschädigung von 6000 Euro pro Tag, von Herrn Hoscher umgehen wird. Diesbezüglich hält sich ja das mediale Echo etwas zurück“, meinte Hafenecker und weiter: „Man bekommt derzeit den Eindruck, dass die echten Skandale in unserem Land von konstruierten Märchen über die Freiheitliche Partei verdeckt werden, aber die Wahrheit kommt immer ans Licht, auch die der SPÖ.“

„APA“, 02.12.2019

Krainer begrüßt Abberufung Sidlos als Finanzvorstand der Casinos AG

Untersuchungsausschuss muss rasch und lückenlos klären, wer politische Verantwortung für Bestellung Sidlos trägt

Wien (OTS/SK) - „Ich begrüße die längst überfällige Entscheidung, Peter Sidlo als Finanzvorstand der Casinos AG abzurufen. Es ist gut, dass der Aufsichtsrat spät aber doch eingesteht, dass die Bestellung Sidlos falsch war“, stellte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer am Montag gegenüber dem Pressedienst der SPÖ fest. Krainer unterstrich zugleich die Notwendigkeit, nun im einem Untersuchungsausschuss rasch und lückenlos aufzuklären, wer die politische Verantwortung dafür trage, dass Sidlo überhaupt in diese Funktion gekommen ist. Dabei geht es immerhin um die Vorwürfe von Korruption, Untreue und Amtsmissbrauch. ****

Offenbar waren an der Bestellung von Sidlo maßgeblich hohe und höchste ÖVP-Politiker beteiligt, sagte Krainer unter Verweis auf die Rolle von ÖVP-Finanzminister Löger, der Sidlos Bestellung zumindest durchgewinkt hat, sowie die seines Kabinettschefs und Generalsekretärs, der Geheimunterlagen an die Novomatic schickte. Medienberichten zufolge wurden Überlegungen angestellt, wie das kleine Glückspiel in Wien wieder erlaubt werden könnte bzw. die Erstellung einer Online-Lizenz an Novomatic erwogen, um den Glückskonzern gegenüber Sidlo gewogen zu stimmen. „Dass der für die Koordination der Regierungsarbeit zuständige Kanzleramtsminister Blümel und in weiterer Folge Altkanzler Kurz davon nichts wussten, erscheint mir, euphemistisch gesagt, wenig glaubhaft“, so Krainer abschließend. (Schluss) Is

„Standard“, 02.12.2019

Der Bedenkenträger

Der Casinos-Aufsichtsrat berät über die Affäre Peter Sidlo. Doch sein Präsident Walter Rothensteiner ist aufgrund pikanter Chats selbst ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Das sorgt für Zweifel an der Aufarbeitung.

Andreas Schnauder, Renate Graber

Sein 25-jähriges Jubiläum hat sich Walter Rothensteiner wohl anders vorgestellt. 1994 wurde der Raiffeisen-Mann in den Aufsichtsrat der Casinos Austria gewählt, zwei Jahre später übernahm er den Vorsitz in dem Gremium. 2019 wird er von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft verdächtigt, in den von ihr vermuteten „FPÖ-Novomatic-Deal“ involviert gewesen zu sein. Da er auch die millionenschweren Ablöseverträge mit zwei früheren Vorständen unterschrieben hat, wird Rothensteiner zudem Untreue vorgeworfen.

Nun steht der 66-jährige Liebhaber klassischer Musik im Zentrum der Aufarbeitung der Affäre. Alle Beschuldigten bestreiten die Vorwürfe, und es gilt die Unschuldsvermutung. Der Aufsichtsrat unter Rothensteiners Führung hat mehrere Gutachten rund um die Bestellung des blauen Finanzvorstands Peter Sidlo in Auftrag gegeben, über die heute, Montag, beraten wird.

Im Vorfeld war zu hören, dass weder Arbeitsrechtler Georg Schima noch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG schwere Verfehlungen aufzudecken werden. Möglicherweise korrigiert Rechtsanwalt Stephan Frotz, den die tschechische Sazka-Gruppe als Aufpasser in die Prüfertruppe hineinreklamiert haben, das Ergebnis. Er soll über Ablauf und Vorgehen der internen Prüfung wachen. Unter den Rechtsexperten Schima und Frotz soll es jedenfalls ziemliche Meinungsunterschiede über Design und Ergebnis der Untersuchung geben.

Wie auch immer: Rothensteiner ist nicht der einzige Beschuldigte, der im Zentrum der Aufklärung sitzt. Mit Novomatic-Chef Harald Neumann und Ex-ÖVP-Chef Josef Pröll werden zwei von drei Stellvertretern Rothensteiners verdächtigt, auch sie weisen die Vorwürfe zurück.



Foto: Hans Klaus Teicht

Der Präsident des Aufsichtsrats der Casinos Austria AG (Casag), Walter Rothensteiner, hat vor der Bestellung Peter Sidlos diverse Gutachten in Auftrag gegeben. Nun wird der Aufsichtsrat über einen Prüfbericht beraten, den Juristen und Forensiker erstellt haben.

Der Präsident hat sich in all seinen Schritten um die Bestellung Sidlos laufend abgesichert. Was ihn vor möglichem Unbill schützen sollte, wird ihm nun zur Last gelegt. Rothensteiners „grobe Bedenken“ würden durch die Beiziehung der Experten untermauert, meint die Staatsanwaltschaft.

Konkret geht es dabei um die Beauftragung der Kanzlei CMS zur Eignung Sidlos und „vor allem zur Frage der Haftung (!) des Aufsichtsrates für die Auswahl des Vorstandes“, wie es in der Anordnung zu den Hausdurchsuchungen heißt. CMS kam zum Schluss, dass der Aufsichtsrat nur haftbar gemacht werden könne, wenn er einen „erkennbar nicht geeigneten Vorstand“ bestelle. Das sei bei Sidlo aber nicht der Fall.

Doch da war auch noch die Bewertung des Personalberaters Egon Zehnder zu Peter Sidlo, die überaus kritisch ausfiel und ihm mangelnde Qualifikation für den Posten attestierte.

Schima: „Kardinalaufgabe“

Die Tschechen - Sazka-Chef Robert Chvátal sitzt ebenfalls im Aufsichtsratspräsidium - beantragten, dass der Zehnder-Bericht dem gesamten Gremium vorgelegt werden soll, was von den drei anderen Präsidiumsmitgliedern abgelehnt wurde. Zur Sicherheit holte man gleich zwei Expertisen dazu ein. Rothensteiner notierte: „Zur Frage Disclosure Egon Zehnder Conclusio gibt es ein negatives Gutachten von CMS und ein positives von Dorda.“

Für Anwalt Schima ist die Auswahl des Vorstands „die Kardinalaufgabe des Aufsichtsrats“, also die „eindeutig wichtigste“. Einen unfähigen oder untätigen Aufsichtsrat verkraftete ein Unternehmen jedenfalls eher als einen unfähigen Vorstand, schreibt Schima 2016 in seinem Buch *Der Aufsichtsrat als Gestalter des Vorstandsverhältnisses*. Der Aufsichtsrat habe „die Pflicht, nur bestgeeignete Personen zu Vorstandsmitgliedern zu bestellen“.

Und alle Aufsichtsratsmitglieder, so Schima in dem Werk, sollten sich „zumindest mit dem Kreis der engsten Kandidaten (...) beschäftigen“, selbst wenn es (wie in der Casag) einen Nominierungsausschuss im Gremium gibt. Der Gesamtaufichtsrat hat, wie be-

richtet, selbst beschlossen, die Langfassung des Zehnder-Berichts nicht für seine Entscheidung heranzuziehen.

Was die angeblichen Nebenabreden zur Bestellung betrifft, berichtete *Profil* am Wochenende, die Regierung habe die Länderkompetenz zum Glücksspiel zum Bund holen wollen. Es habe eine Unterredung von Mitarbeitern des damaligen Finanzministers Hartwig Löger (VP) und seines Staatssekretärs Hubert Fuchs (FP) dazu gegeben. Das erschließe sich aus einem Papier vom 30. Jänner. Wäre das gekommen, hätten etwa Verbote des kleinen Glücksspiels durch die Länder ausgehebelt werden und Novomatic profitieren können. Sie hat sich für Sidlos Bestellung ausgesprochen.

Roulette-Syndrom

Mehr als 2700 Aktenseiten hat das Finanzministerium in der Causa Casinos der Justiz übergeben. Sie zeigen, was Türkis-Blau hinter verschlossenen Türen tatsächlich vorbereitete und wie die Vorstandsbestellung von Peter Sidlo durchgewinkt wurde. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auf Hochtouren.

Dienstag, 12. November 2019, 6.43 Uhr: Vier Beamte des Bundeskriminalamts treffen an ihrem Einsatzort, einer noblen Wohngegend in Wien-Währing, ein. Was an diesem Morgen ansteht, ist alles andere als eine alltägliche Amtshandlung. Die Kriminalbeamten in Zivil sind mit einer Hausdurchsuchungsanordnung der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ausgestattet, die sich gegen keinen Geringeren richtet als einen ehemaligen ÖVP-Parteichef, Vizekanzler und Finanzminister der Republik Österreich. Als sie mit ihrem Dienstauto vorgefahren, können sich die Ermittler gerade noch einen ersten Überblick verschaffen, da tritt Josef Pröll auch schon aus dem Haus.

Pröll ist einer von zehn Beschuldigten in der Causa Casinos, einem groß angelegten Ermittlungsverfahren, bei dem es um den Verdacht geht, die FPÖ habe mithilfe des privaten Glücksspielkonzerns Novomatic den mäßig qualifizierten Parteigünstling Peter Sidlo im Vorstand der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag) installiert und Novomatic im Gegenzug politische Unterstützung zugesagt. Der ehemalige Finanzminister ist in seiner heutigen Funktion als Vize-Aufsichtsratschef der Casag von dem Ermittlungsverfahren betroffen. Weitere Beschuldigte: Ex-FPÖ-Vizekanzler Heinz-Christian Strache, Ex-ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger, Ex-FPÖ-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs, Ex-FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus, Raiffeisen-Generalanwalt und Casag-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner, Novomatic-Eigentümer Johann Graf, Novomatic-Chef Harald Neumann, der Chef der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG, Thomas Schmid – und auch Sidlo selbst. Gegen Novomatic wird nach dem Verbandsverantwortlichkeitsgesetz ermittelt.

Betont sei, dass alle Betroffenen sämtliche Vorwürfe immer bestritten haben. Es gilt die Unschuldsumutung.

VON CHRISTINA
HIPTMAYR, STEFAN
MELICHAR, MICHAEL
NIKBAKHSH,
CHRISTINA PAUSACKL
UND JAKOB WINTER

Zurück zur Amtshandlung in Währing: In einem Ermittlerbericht, der profil vorliegt, steht, dass sich Pröll von Anfang an kooperativ verhalten habe. Er teilte den Beamten auch bereitwillig die Zugangscodes für sein Mobiltelefon mit. Später gab er allerdings eine Beschwerde zu Protokoll: Er sei nicht darüber belehrt worden, dass er das Kennwort nicht hätte bekanntgeben müssen.

Das ist ein zentraler Punkt in diesem Ermittlungsverfahren. Bereits im August hatte es eine erste Welle von Hausdurchsuchungen gegeben, damals bei einigen Beschuldigten aus dem Umfeld der FPÖ und der Novomatic. Die auf den sichergestellten Handys gefundenen Textnachrichten haben die Verdachtslage, die ursprünglich von einer anonymen Anzeige ausgegangen war, erhärtet. Nicht zuletzt deshalb wurden die Ermittler nun bei Beschuldigten aus der Sphäre der ÖVP vorstellig.

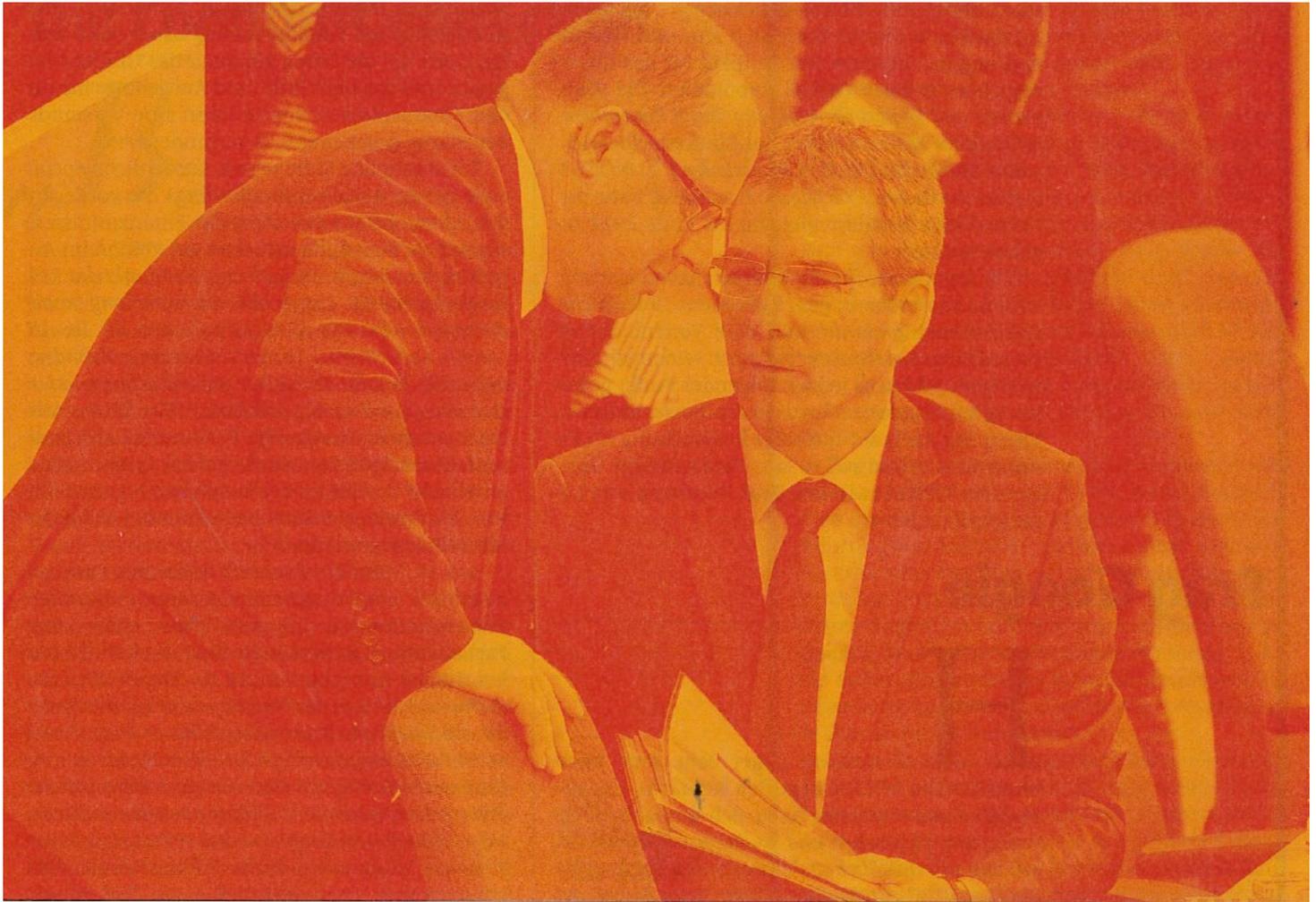
Zu diesen zählt auch ÖBAG-Chef Schmid, der vor seinem Wechsel an die Spitze der Staatsholding Ende März 2019 Lögers Kabinettschef im Finanzministerium war. Bei ihm unterlief den Ermittlern allerdings ein Lapsus: Als Schmid's Anwalt anrief, gaben sie ihm sein bereits sichergestelltes Handy zurück, wie sich aus einem vorliegenden Bericht ergibt. Weiter heißt es: *„Nach Beendigung des Telefonats nutzt MMag. Schmid die Gelegenheit zur Aktivierung der Bildschirmsperre seines Mobiltelefons, sodass in weiterer Folge ein Zugriff auf die Daten durch die einschreitenden Beamten in einer raschen und ökonomischen Weise nicht mehr möglich ist. Angemerkt wird, dass von den Beamten (...) noch versucht wurde MMag. Schmid das Mobiltelefon vor Aktivierung der Sperre zu entreißen, was jedoch aufgrund der Einfachheit der Funktion (einmaliges Betätigen der Sperrtaste am äußeren Gehäuse Rahmen) nicht verhindert werden konnte.“*

Laut Bericht weigerte sich Schmid in der Folge, das Handy zu entsperren – das war auch sein gutes Recht. Zwischenzeitlich teilte er der WKStA mit, dass er bereit sei, seinen Code bekannt zu geben, wenn er die Möglichkeit bekomme, im Beisein eines Ermittlers heikle private Inhalte zu löschen.

Ob das Handy des Ex-Kabinettschefs nun ausgewertet werden kann oder nicht: Die insgesamt rund 2700 Aktenseiten, die das Ministerium im Rahmen der Amtshilfe an die WKStA übermittelte, geben einen tiefen Einblick in all das, was im Finanzministerium im relevanten Zeitraum ablief. Diese geheimen Papiere, die profil vorliegen, bergen in der Casinos-Affäre einigen Sprengstoff.

Der türkis-blaue „All In“-Plan

INTERN: Dieser Vertraulichkeitshinweis steht in Großbuchstaben auf jeder Seite eines Protokolls aus dem Finanzministerium. Die diskrete Niederschrift einer Besprechung zwischen Mitar-



beitern von Löger und des damaligen Staatssekretärs Fuchs offenbart bisher unbekannte Pläne der ÖVP/FPÖ-Koalition zum Glücksspielgesetz. Diese könnten vor dem Hintergrund des laufenden Ermittlungsverfahrens von höchster Brisanz sein.

Die Staatsanwaltschaft geht laut Verdachtslage von einem „FPÖ-Novomatic-Deal“ aus, bei dem Novomatic mithelfen sollte, Sidlo in den Casag-Vorstand zu hieven. *„Im Gegenzug wurde eine wohlwollende Unterstützung der Novomatic durch die FPÖ ausgemacht“, heißt es in einem Hausdurchsuchungsbefehl: „Gegenstand war insbesondere die Erteilung einer Casino-Lizenz in Wien und einer nationalen Online-Gaming-Lizenz.“*

Das profil vorliegende Protokoll aus dem Finanzministerium ist mit dem 30. Jänner 2019 datiert und zeigt, dass sich das Ministerium unter ÖVP und FPÖ – mit explizitem Verweis auf das „Regierungsprogramm“ – die volle Kontrolle über alle Glücksspielagenden sichern wollte: *„Übernahme von LandesGSA (Landes-Glücksspielautomaten, Anm.) und Sportwetten in die Bundeskompetenz“,* heißt es in dem Schriftstück. Derzeit vergeben die Länder Konzessionen für Sportwetten und Glücksspielautomaten. In vier Bundesländern sind die einarmigen Banditen verboten. Allein durch das

Wiener Automatenverbot im Jahr 2015 entgehen der Novomatic jährlich 100 Millionen Euro, schätzen Branchenkenner. Immer wieder stritt die FPÖ zuletzt ab, der Novomatic Automatenkonzessionen in Wien in Aussicht gestellt zu haben. Tatsächlich verfügen die Freiheitlichen gar nicht über die dafür notwendige Mehrheit im Wiener Gemeinderat.

Doch wenn der Bund die Bewilligungen für Glücksspielautomaten vergeben könnte, wäre es dem Finanzministerium möglich, Automaten in sogenannten „Verbotsländern“ wie Wien zu bewilligen. So hätte die FPÖ jenes Versprechen einlösen können, das ihr die Staatsanwälte unterstellen.

In dem Geheimpapier findet sich noch ein zweiter bemerkenswerter Gesetzesplan. Für „Lotterierprodukte“ ist wie derzeit nur eine „Einzelkonzession“ vorgesehen, doch beim Punkt „Online-Glücksspiel“ ist explizit von *„Bundeskonzessionen (Mehrzahl, Anm.) begrenzt nach Anzahl“* die Rede. Aktuell hat die Casinos-Austria-Tochter Win2Day ein Monopol auf Online-Glücksspiel – sehr zum Ärger der Novomatic, die sich laut Staatsanwaltschaft auf Bundesebene um eine „nationale Online Gaming Lizenz“ bemüht haben soll.

Ein Comeback der Automaten in Wien und wei-

GESETZESPLÄNE
Unter ÖVP-
Finanzminister
Löger (re.) und
FPÖ-Staatssekretär
Fuchs arbeitete das
Ministerium an bisher
unbekannten Plänen
für das Glücksspiel.



tere Lizenzen für Online-Glücksspiel – für beide Novomatic-Wünsche hätte sich also eine Grundlage ergeben können. Der Zeitplan für das Gesetzpaket war laut Protokoll ambitioniert: Die „Kompetenz- und Strukturbereinigung durch Zusammenführung der Zuständigkeiten“ im Glücksspielbereich sollte „vor Auslaufen der Konzessionen (...) ab 2023 auf Landesebene (...) erfolgen“. Planmäßig hätte die türkis-blaue Bundesregierung bis Ende 2022 regieren können.

Als Argumente für die Kompetenzverlagerung zum Bund werden in dem Dokument „einheitliche Spielerschutzstandards“ und eine Vereinfachung von „Glücksspielabgaben“ genannt. Wichtiger dürfte Löger und Fuchs jedoch folgender Punkt gewesen sein: „Abgabenaufkommen des Bundes steigern“. Einen Tag nach der internen Besprechung im Finanzministerium soll es laut Verdachtslage übrigens ein Treffen zwischen Graf, Neumann und Löger gegeben haben.

Frag Google

Hat Hartwig Löger sein Amt missbraucht? Die WKStA hegt den Verdacht, der damalige Finanzminister habe sich ausschließlich von „parteilichem und koalitions-taktischen, somit aus ausschließlich sachfremden Erwägungen leiten lassen“, als er der Bestellung Peter Sidlos zustimmte. In der ORF-Sendung „Im Zentrum“ ver-

GLATZ-KREMSNER. „Über die Personalie Peter Sidlo wurde nicht gesprochen.“



wies Löger darauf, dass nach Aktienrecht der Aufsichtsrat den Vorstand bestellt. So weit, so richtig. Doch für die Casag gilt auch das Glücksspielgesetz. Und das sieht Prüf- und Aufsichtsrechte für den Finanzminister vor. Er kann eine Vorstandsbestellung gegebenenfalls verhindern.

Die Personalie Sidlo wurde tatsächlich geprüft – wie genau, zeigen nun allerdings die vorliegenden Akten. Zwar antwortete das Finanzministerium auf ein Amtshilfeansuchen der WKStA im August dieses Jahres: „Es gab zum Zeitpunkt des Prüfungsabschlusses durch die Fachabteilung keine Anzeichen oder Hinweise darauf, dass die im AR (Anm.: Aufsichtsrat) verteilte Unterlage Zehnders nicht alle Inhalte des später medial referenzierten ‚Gutachtens‘ vollständig abbildete.“ (Das für das Auswahlverfahren zuständige Personalberatungsunternehmen Egon Zehnder hegte bekanntermaßen erhebliche Zweifel an der fachlichen Eignung Sidlos.) Ein internes E-Mail widerspricht jedoch der offiziellen Argumentation.

Am 19. März 2019 schrieb Johannes Pasquali, einer der vom Finanzministerium entsandten Staatskommissäre, an den Leiter eben jener Fachabteilung. Er berichtete über das Kandidatenhearing im Aufsichtsrat: „AR Dr. Jürgen Kittel munierte (sic), dass in der Unterlage von Egon Zehnder die abschließende Beurteilung fehle, er diese für seine Entscheidung benötige. Der Vorsitzende Dr. Rothensteiner meinte, es sei korrekt, dass dieser ‚Absatz‘ fehle, jedoch sei die Entscheidung von den Aufsichtsräten zu treffen und dafür sei diese Passage nicht von Relevanz.“ Ganz wohl dürfte Rothensteiner nicht gewesen sein. Immerhin ließ er im Vorfeld von zwei Rechtsanwaltskanzleien Gutachten darüber einholen, ob der vollständige Bericht des Personalberaters vorzulegen sei oder nicht. Eine vertrat die Ansicht, der Bericht sei offenzulegen, die andere kam zum gegenteiligen Schluss.

In einem vorliegenden Papier aus dem Finanzministerium wird festgehalten, wie und was im konkreten Fall geprüft wurde: „Zur Prüfung der Anforderungen wurde eine Internet-Recherche durchgeführt.“ Zudem lagen dem Ministerium unter anderem der Lebenslauf, eine Strafreisterbescheinigung sowie eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts vor. Man kam zu folgendem Schluss: „Mag. Sidlo ist seit 2014 als Finanzvorstand der Sigma Investment AG in leitender Position tätig. Wenngleich diese auch keine mit Casag vergleichbare Geschäftsart betreibt, ist aufgrund der Ausführungen im Lebenslauf sowie der Ergebnisse der Internet-Recherche, die zu keinen negativen Feststellungen führte, davon auszugehen, dass die erforderlichen Erfahrungen zur Ausübung der Funktion sowie Kenntnisse in Geschäftsführung, Leitung und im Gesellschaftsrecht vorliegen.“

Die Staatsanwaltschaft wiederum schreibt in einer Durchsuchungsanordnung: „Weiters ist aus einem Abgleich des Gesetzes mit dem Lebenslauf des Mag. Peter Sidlo für jedermann erkennbar, dass er die Kriterien der Z 3 (des Gesetzes, Anm.) nicht erfüllte: (...)“

Die London-Connection

Bettina Glatz Kreamsner ist auf unserer Seite“, schrieb Novomatic-Chef Neumann am 16. Jänner 2019 in einer Textnachricht an Strache. Noch am selben Tag berichtete der damalige Vizekanzler einem hochrangigen FPÖ-Vertrauensmann: „Neumann und Glatz-Kreamsner haben Unterstützung zugesagt.“

Hintergrund dieser Nachrichten war das Ziel, Peter Sidlo in den Vorstand der Casag zu hieven. Das lässt sich aus den Chatprotokollen nachvollziehen. Doch welche Rolle spielte Casinos-Austria-Vorstandsvorsitzende Bettina Glatz-Kreamsner – damals bereits im Casag-Vorstand, aber auch Vize-Bundesparteifrau der ÖVP und somit Stellvertreterin von Sebastian Kurz – dabei?

In der anonymen Anzeige, die die Ermittlungen auslöste, wird behauptet, dass der sogenannte FPÖ-Novomatic-Deal in London fixiert worden sein soll: Demnach sei der damalige Staatssekretär Fuchs nach London gereist, „um dort den Deal ‚Sidlo gegen Glückspiellizenzen‘ persönlich“ mit Novomatic-Eigentümer Johann Graf „zu akkordieren“. Nach der bisherigen Auswertung der sichergestellten Daten hält die WKStA in einem Amtsvermerk fest: „Inzwischen konnten die bisher geführten Ermittlungen (...) die anonyme Anzeige in weiten Bereichen bestätigen: So konnte etwa ermittelt werden, dass Mag. DDr. Hubert Fuchs und Johann Graf – im Übrigen gleichzeitig mit dem nach der Verdachtslage in den Deal intensiv involvierten Mag. Harald Neumann – im Februar 2019 tatsächlich in London waren und es dort zu einem Treffen zwischen den Genannten, Mag. Harald Neumann und der Vorstandsvorsitzenden der Casag, Mag. Bettina Glatz-Kreamsner, kam.“

Laut den Ermittlungsakten ist für den 6. Februar 2019 im Kalender Neumanns ein Termin unter dem Titel „Fuchs, Glatz“ eingetragen. Für densel-

ben Tag um 12 Uhr findet sich im Kalender Grafs ein Termin mit „Fuchs“, „Glatz Kreamsner“ und „HN“ (was wohl für Harald Neumann steht, Anm.), darüber der Vermerk: „Messe London“.

Zwischen 5. und 7. Februar 2019 fand in London die „ICE Totally Gaming“ statt, eine der größten Glücksspielmessen der Welt. Die Chatprotokolle legen nahe, dass Glatz-Kreamsner und Neumann bereits im Jänner ein Zusammentreffen mit Graf und Fuchs koordinierten. „Hallo Bettina. PG (das Kürzel steht wohl für ‚Professor Graf‘, Anm.) ist nur am Mittwoch auf der Messe! Wann würdest du kommen? Ig Harald.“, schrieb Neumann am 17. Jänner. Glatz-Kreamsner replizierte: „Lieber Harald, dann werde ich überprüfen, wann Dr. Fuchs am Mittwoch retour fliegt und gebe Dir asap Bescheid. Liebe Grüße Bettina.“

Gegenüber profil nimmt Glatz-Kreamsner erstmals ausführlich Stellung: Es sei „kein Geheimnis, dass die damalige Vorstandsbesetzung unter der Führung von Alexander Labak zu einer gewissen Unruhe und Unsicherheit im Unternehmen geführt hat“, erklärt die Casag-Chefin in einer schriftlichen Stellungnahme. Die „vom Aufsichtsrat geplanten Änderungen im Vorstand der Casag“ habe sie daher „grundsätzlich begrüßt“. In diesem Zusammenhang verstehe sie auch die oben erwähnte Textnachricht Neumanns.

Glatz-Kreamsner bestätigt das Treffen in London: „Es ist richtig, dass ich dem für das Thema Glücksspiel zuständigen Staatssekretär (Hubert Fuchs, Anm.) empfohlen habe, eine der größten Glücksspielmessen der Welt zu besuchen“, erklärt Glatz-Kreamsner. Ihr Büro habe in der Folge auch einige Termine mit Fuchs vorbereitet, unter anderem „ein Treffen mit Vertretern unserer tschechischen Eigentümer und auch den Besuch eines Messestandes, wo u.a. die genannten Personen anwesend waren“. Über andere Gespräche in der genannten Zusammensetzung wisse sie nichts, schreibt Glatz-Kreamsner: „Schon gar nichts über deren möglichen Inhalte. Offensichtlich war ich nicht bei allen Terminen von Herrn Fuchs dabei. In meiner Anwesenheit wurde über die Personalie Peter Sidlo jedenfalls nicht gesprochen.“ ■

„Zur Prüfung der Anforderungen wurde eine Internet-Recherche durchgeführt.“

Aus einem Ministeriumspapier zur Vorstandsbestellung in der Casag

„APA“, 30.11.2019

„profil“: Geheimpapier offenbart bisher unbekannte Pläne der ÖVP/FPÖ-Koalition zum Glücksspielgesetz

Internes Protokoll aus dem Finanzministerium erhärtet Verdachtsmomente der Staatsanwaltschaft

Wien (OTS) - Das Nachrichtenmagazin „profil“ berichtet in seiner neuen Ausgabe über ein internes Protokoll aus dem Finanzministerium, das zeigt, dass sich ÖVP und FPÖ die volle Kontrolle über alle Glücksspielagenden sichern wollten. Es handelt sich dabei um die Niederschrift einer Besprechung zwischen Mitarbeitern des ehemaligen ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger und des ehemaligen FPÖ-Staatssekretärs Hubert Fuchs. In dem mit 30. Jänner 2019 datierten Papier heißt es: „Übernahme von LandesGSA (Landes-Glücksspielautomaten, Anm.) und Sportwetten in die Bundeskompetenz“. Derzeit vergeben die Länder Konzessionen für Sportwetten und Glücksspielautomaten. In vier Bundesländern sind die sogenannten einarmigen Banditen verboten. Doch wenn der Bund die Bewilligungen für Glücksspielautomaten vergeben könnte, wäre es dem Finanzministerium möglich, Automaten in sogenannten „Verbotsländern“ wie Wien zu bewilligen. So hätte die FPÖ eines jener Versprechen einlösen können, das laut Verdachtslage der Staatsanwaltschaft in der Causa Casino Teil eines „FPÖ-Novomatic-Deals“ gewesen sein soll. Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe.

In dem Geheimpapier findet sich noch ein zweiter bemerkenswerter Gesetzesplan von ÖVP und FPÖ: Beim Punkt „Online-Glücksspiel“ ist explizit von „Bundeskonzessionen (Mehrzahl, Anm.) begrenzt nach Anzahl“ die Rede. Aktuell hat die Casinos Austria-Tochter Win2Day ein Monopol auf Online-Glücksspiel – sehr zum Ärger der Novomatic, die sich laut Staatsanwaltschaft auf Bundesebene um eine „nationale Online Gaming Lizenz“ bemüht haben soll.

Demzufolge hätte sich also für die Erfüllung beider Novomatic-Wünsche eine Grundlage ergeben können. Der Zeitplan für das Gesetzespaket war laut Protokoll ambitioniert: Die „Kompetenz- und Strukturbereinigung durch Zusammenführung der Zuständigkeiten“ im Glücksspielbereich sollte „vor Auslaufen der Konzessionen (...) ab 2023 auf Landesebene (...) erfolgen“. Planmäßig hätte die türkis-blaue Bundesregierung bis Ende 2022 regieren können.

Einen Tag nach der internen Besprechung im Finanzministerium soll es laut Verdachtslage übrigens ein Treffen zwischen Novomatic-Gründer Johann Graf, Novomatic-Chef Harald Neumann und Minister Löger gegeben haben.

Kampf um die Casinos: Showdown der Milliardäre



Novomatic-Gründer und Eigentümer Johann F. Graf hatte beinahe schon das Sagen über die Casinos – da kam Sazka-Eigentümer Karel Komarek (rechts mit Ehefrau Stepanka) dazwischen

Wirtschaftskrimi. Um die Causa Sidlo geht es nur im Vordergrund. Hinter den Kulissen eskaliert der Machtkampf zwischen zwei Glücksspielmagnaten um den Monopolisten Casinos Austria.

Der Sommer 2015 begann für Johann F. Graf, Gründer und Eigentümer des internationalen Gaming-Konzerns Novomatic, vielversprechend. Er hatte die Mehrheit bei der teilstaatlichen Casinos Austria AG (Casag) samt der Cash-Cow Lotterien beinahe in der Tasche. Eine pri-

vate Stiftung sowie die UNIQA Versicherung und die Raiffeisen-Industrieholding Leipnik Ludenburger (LL) waren mit Graf über den Verkauf ihrer Anteile handelseins. Für den Selfmade-Industriellen, der von seinen Mitarbeitern respektvoll „der Professor“ genannt wird und dessen Fahrer den in Österreich äußerst geschätzten Titel „Kommerzialrat“ führt, wäre der Deal die Krönung seines Lebenswerkes gewesen. Der ehemalige Casinos-Chef Leo Wallner hatte Zeit seiner jahrzehntelangen Karriere beim teilstaatlichen Monopolbetrieb abschätzig auf Graf herabgeschaut, der auf Wunsch seiner Eltern eine Fleischerlehre absolvierte, bevor er auf der grünen Wiese in Gumpoldskirchen Flipperautomaten produzierte. Der vom Technologie-Freak Graf aufgebaute Gaming-Konzern war bereits wesentlich größer und ungleich ertragreicher als die Casag, da rückte Wallner Novomatic immer noch ins Schmutzdeckel. Die Herrschaft über den teilstaatlichen Monopolisten

wäre ein später Triumph gewesen. Die Rechnung ging allerdings nicht auf. Denn plötzlich grätschte der tschechische Milliardär Karel Komarek dazwischen. Der Spross eines kleinen Familienbetriebes startete nach der Ostöffnung durch. Ein Darlehen seines Vaters war der Grundstein für ein Imperium, über das sich die Firmengruppe KKCG, ein Mischkonzern, spannt. Sein Vermögen machte Komarek mit Öl, Gas und Immobilien, er stieg auch ins Geschäft mit dem Glück ein und zog mit Partner Jiri Smejč die Lotteriergruppe Sazka auf. Der Partner ist inzwischen wieder draußen. Die Komareks waren auch bei den Privatisierungen dabei, damals entstand der Kontakt zum Österreicher Peter Goldscheider. Der Nachfahre der berühmten Keramik-Dy-



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

nastie versuchte sich für Sazka als Türöffner in Wien, stieg aber bald wieder aus. Ein beinharder Kampf um die Casinos begann, der bis heute andauert und mit der Bestellung des FPÖ-nahen Managers Peter Sidlo zum Finanzvorstand eine Staatsaffäre ausgelöst hat. Gar nicht zu reden vom Schaden für die Casinos. Zerstrittene Aktionäre sind für jedes Unternehmen lähmend. Doch zurück zu den Anfängen. Sazka gelang es, Novomatic bei der Vienna Insurance Group (VIG) auszusteichen. Der Preis für die elf Prozent an der Casag war exorbitant hoch. Aber Sazka war drin im komplizierten gesellschaftsrechtlichen Konstrukt aus Zwischenholdings und gegenseitigen Aufgriffsrechten. Als Player konnten die Tschechen

nicht mehr übergangen werden. Und sie hatten angeblich ein Versprechen des damaligen ÖVP-Finanzministers Hans Jörg Schelling. **Rolle von Schelling** Er soll Komarek die Mehrheit bei den Casinos zugesagt haben. Die Staatsholding würde von ihrem Drittel-Anteil 13 Prozent abgeben. Die Beziehung zu Novomatic war ein Auf und Ab. Zuerst flogen die Hackeln tief, dann sprach man sogar von Freundschaft und gründete ein Joint Venture. Da stutzte die Wettbewerbsbehörde die Pläne von Novomatic drastisch zusammen. Graf war zu dominant im kleinen Glücksspiel (Automaten) in den Bundesländern und bei Sportwetten (Admiral). Sazka holte sich die Aktien von UNIQA und LL, sowie Teile vom Bankhaus Schelhammer & Schattera. Die ehemalige Kirchenbank wurde immer wieder für ihr Zocker-Engagement kritisiert und hält heute nur noch fünf Prozent.

Wollte Sazka ein Gegengeschäft für Bestellung von Sidlo?

Protokoll über Sitzung des Personalausschusses listet Voraussetzungen für Memorandum auf / Tschechen dementieren Zusammenhang

„Schockiert“ zeigte sich Sazka-Chef Robert Chvatal dieser Tage in einem Standard-Interview über die Vorgänge rund um die Bestellung des FPÖ-nahen Managers Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos. Er forderte nicht nur den Rücktritt von Sidlo, sondern auch seiner eigenen Kollegen im Aufsichtsratspräsidium – der Raiffeisen-Manager Walter Rothensteiner und Josef Pröll sowie von Novomatic-Chef Harald Neumann.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob der angeblich so tief bestürzte Chvatal im Präsidium versucht hatte, die Bestellung von Sidlo mit einem Forderungspaket der Sazka zu junktimieren. Das Protokoll der Sitzung des Personalausschusses, der ident mit dem Präsidium ist, vom 14. März 2019 könnte darauf schließen lassen.

Fwd: Sitzung des Personalausschusses der CASAG 14.3.2019 um 11 Uhr im Raiffeisenhaus Wien

Vereinbart wird folgender Vorschlag an den Aufsichtsrat:

3 Vorstandsmitglieder
Laufzeit 3 Jahre +1+1 Verlängerungsmöglichkeit (6Monate Frist)

CEO: 650 fix + max 10% Bonus
COO: 400 fix + max 75% Bonus
CFO: 300 fix + max 75% Bonus

SAZKA sieht folgende Voraussetzungen:

1. Dividendenpolitik soll wie folgt formuliert werden:
„No less than 80% of the total net profit of CASAG (for the avoidance of doubt, including 100% of the dividends channelled from the various subsidiaries of

Protokoll über die Sitzung des Personalausschusses des Aufsichtsrates, beim CEO-Bonus muss es 100 Prozent heißen. Die Gagen wurden nachher noch erhöht

Dort findet sich zwar nicht der Name von Sidlo, aber die drei Vorstandsmandate (siehe Faksimile). Beim CEO-Bonus hat sich ein Tippfehler eingeschlichen, dort muss es 100 Prozent heißen. Die Fixgehälter wurden nachträglich noch etwas erhöht. Zu diesem Zeitpunkt war bereits bekannt, dass Sidlo der Novomatic-Kandidat für den CFO war. Sazka wollte im Aufsichtsrat schon seit langem ein Memorandum of Cooperation (MOC) durchbringen und versuchte es in dieser Sitzung wieder. Die Tschechen verlangen eine fixe Dividendenpolitik, mindestens 80 Prozent des Gewinnes der Casinos sollten ausgeschüttet werden. Inklusiv 90 Prozent des Gewinnes der Cash-Cow Lotterien. An Reserven dürften daher maximal 20 Prozent dotiert werden.

„80 Prozent sind für die Casinos sehr viel und nicht begründbar. Diese Begehrlichkeit der Eigentümer nimmt zu wenig Rücksicht auf Wachstum und Investitionen“, meint dazu Kleinaktionärsvertreter Wilhelm Rasinger. Im MOC werden außerdem vierteljährliche Informationen für Verpflichtungen gegenüber Banken und für Kapitalmaßnahmen sowie einer anteiligen Konsolidierung der Casag gefordert. Sazka expandiert stark und gab zuletzt am 15. September eine Anleihe über 300 Millionen Euro aus, verzinst mit 4,125 Prozent. „Diese Verzinsung ist ein Zeichen, dass in der Branche ein erhöhtes Risiko gesehen wird“, attestiert Rasinger. Außerdem schlug Sazka vor, die Staatsholding ÖBAG und Novomatic sollten einen weiteren Ankauf von

Casinos-Aktien nicht verhindern. Dabei geht es hauptsächlich um den fünfprozentigen Anteil von Schelhammer & Schattera, Sazka hat mit dem Bankhaus bereits ein Stimmrechtsabkommen. Bereits 2017 zeigte Sazka bei der Wettbewerbsbehörde an, man wolle die Mehrheit am Casinos-Konzern erwerben. Für die Lotterien wird außerdem die Installierung eines operativen Ausschusses unter der Leitung von Chvatal gefordert. Dieser Punkt wurde umgesetzt, alle anderen Begehrlichkeiten abgelehnt. Sazka weist einen Zusammenhang zwischen den Forderungen und der Sidlo-Bestellung vehement zurück. Die Verhandlungen über dieses Memorandum würden seit Langem geführt und „haben in keiner Weise mit der Bestellung von Sidlo zu tun“.

Noch hatten Sazka und Novomatic eine Zweckgemeinschaft, nämlich ein Stimmrechtsabkommen über die Mehrheit in der alles entscheidenden Hauptversammlung.

Genau daran sollte die ohnehin nicht von viel Sympathie getragene Kooperation wieder zerbrechen. Als Sazka im Vorjahr alle Vertreter der Staatsholding aus dem Aufsichtsrat kippen und damit der Republik ihren Einfluss entziehen wollte, stellte sich Novomatic auf die Seite des Staates.

Die Revanche folgte umgehend. Sazka reichte wegen Nichteinhaltung des Abkommens gegen Novomatic eine Klage beim internationalen Schiedsgericht in Paris ein, Streitwert ist ein hoher dreistelliger Millionenbetrag.

Kurz zuvor hatte das Ibiza-Video die Regierung gesprengt. Die Tschechen argumentierten in ihrer Klage ausführlich mit dem Video und Straches Sager „Novomatic zahlt alle“. Schließlich brachte eine anonyme Anzeige bei der Staatsanwaltschaft die Causa Sidlo ins Rollen. Elf Beschuldigte, darunter zwei ehemalige ÖVP-Minister, und ganz Österreich konnte peinliche Chat-Protokolle lesen. Novomatic-Chef Harald Neumann verdächtigte Sazka-CEO Robert Chvatal als Urheber. Der ehemalige Chef von T-Mobile Austria dementierte umgehend.

Wie aber soll's weitergehen? Sazka hat die Mehrheit an den Casinos immer noch nicht aufgegeben und versucht derzeit, die Staatsholding ÖBAG ins Boot zu holen. Graf wiederum hat offenbar genug von Hausdurchsuchungen und Aktionärszwistigkeiten, Novomatic überlegt, sich aus dem Österreich-Geschäft zurückzuziehen.

Spekulationen, Schelling arbeite inzwischen als Berater für Sazka, werden von diesem zurückgewiesen. Auffallend ist freilich, dass das Finanzministerium ausgerechnet

am letzten Arbeitstag von Schelling Sazka die behördliche Genehmigung erteilte, größter Aktionär der Casinos zu werden. Schelling begleitete Komarek zu einem Termin bei Sebastian Kurz, Thema war wieder die Mehrheit an den Casinos.

Sazka habe einmal für eine Beratung in EU-Ländern, keinesfalls aber in Österreich, angefragt, erklärt Schelling gegenüber dem KURIER. Man hört allerdings, der Ex-Minister habe sich auch Novomatic angeeignet.

Stimmt nicht, sagt Schelling, er sei gefragt worden, ob er in einen Aufsichtsrat in Deutschland gehen würde, was er abgelehnt habe. Neumann widerspricht, Novomatic habe Schelling „nie ein Aufsichtsratsmandat angeboten“...

andrea.hodoschek@kurier.at

Novomatic – Graf

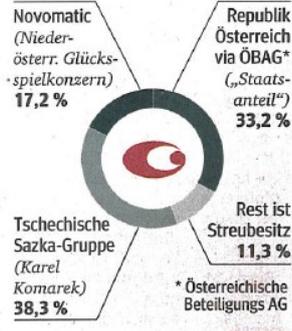
Marktführer

1980 von Johann F. Graf (72) gegründet, der mit Flipper-Automaten begann. Heute ist Novomatic Marktführer in Europa als Hersteller von Glücksspielautomaten, Lotteriesystemlösungen und Gaming-Dienstleistungen. Der Konzern mit Headquarter in Gumpoldskirchen, NÖ, spielte 2018 mit mehr als 30.000 Mitarbeitern weltweit 4,8 Milliarden Euro Umsatz ein, Exportquote 90 Prozent. Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen 556 Mio. Euro. Der Oldtimer-Fan Graf ist mit einem geschätzten Vermögen von 6,7 Milliarden Euro der zweitreichste Österreicher.

CASINOS AUSTRIA

Anteile am Konzern

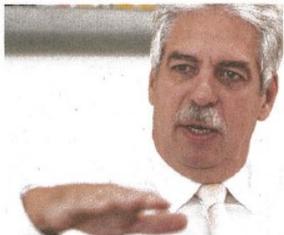
(vereinfachte Darstellung)



Sazka – Komarek

Mischkonzern

Die Gaming-Gruppe Sazka gehört zum Mischkonzern KKCG. Dessen Eigentümer Karel Komarek, 50, gilt mit einem geschätzten Vermögen von 2,8 Milliarden Euro als einer der reichsten Tschechen. Komarek machte nach der Ostöffnung sein Geld in der Öl- und Gasindustrie, mit Immobilien, IT und Glücksspiel. Sazka ist einer der größten Lotteriekonzerne Europas (Tschechien, Griechenland, Zypern, Italien) und betreibt auch Sportwetten. Im ersten Halbjahr 2019 rund 2,59 Milliarden Euro Umsatz, 286 Millionen Euro Gewinn vor Steuer, Zinsen, Abschreibungen.



Ex-Finanzminister Hans Jörg Schelling spielte auch eine Rolle in dem Poker

Vorteil für Novomatic? Türkis-Blau wollte Glücksspiel neu regeln

Kompetenzen zum Bund. Türkis-Blau wollte die Länderkompetenzen beim Glücksspiel zum Bund holen. Das Profil berichtet von einer diesbezüglichen Unterredung zwischen Mitarbeitern von Ex-Finanzminister Hartwig Löger (ÖVP) und Staatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ).

Eine entsprechende Niederschrift enthält die Passage „Übernahme von LandesGSA (Glücksspielautomaten) und Sportwetten in die Bundeskompetenz“. Damit hätten Verbote für das „kleine Glücksspiel“, die von einzelnen Ländern ausgesprochen wurden, ausgehebelt werden können. Auch beim „Online-Glücksspiel“ sollen Änderungen vorgesehen gewesen sein. Die Rede war von „Bundeskonzessionen“. Aktuell hat die Casinos Austria-Tochter Win2Day ein Monopol auf Online-Glücksspiel. In beiden Fällen hätte Novomatic profitieren können.

„Kurier“, 30.11.2019

CASINOS

Novomatic will verhindern, dass Aufsichtsräte rausfliegen

Wahlrecht. Bei der außerordentlichen Hauptversammlung der teilstaatlichen Casinos Austria am 10. Dezember gibt es einen zweiten Tagesordnungspunkt. Novomatic hat die Einführung eines Verhältniswahlrechts beantragt. Damit soll verhindert werden, dass der tschechische Großaktionär Sazka Aufsichtsräte anderer Eigentümer abwählen kann. Die Tschechen wollten bekanntlich im Vorjahr die Vertreter der Republik Österreich aus dem Aufsichtsrat kippen. Das konnte nur verhindert werden, weil Novomatic trotz eines Stimmrechtsabkommens mit Sazka dagegen votiert hatte.

Künftig soll allen Aktionären im Verhältnis ihrer Anteile die entsprechende Zahl ihrer Aufsichtsräte garantiert werden. Kleinere Aktionäre sollen nicht mehr vom Goodwill der Großen abhängen, sondern ein Recht auf Aufsichtsräte haben. Sazka hat die HV beantragt, um FPÖ-Vorstand Peter Sidlo das Vertrauen zu entziehen.

„Kurier“, 30.11.2019

ADMIRAL WELCOME BONUS!

EUR 20 3. BESUCH

EUR 15 2. BESUCH

EUR 10 1. BESUCH

SPIELGUTHABEN

**ICH
HOFFE.**
Du gewinnst!

Aktion nur in den teilnehmenden Filialen, bis auf Widerruf, gültig. Nur gültig bei Erstregistrierung.
45€ Spielguthaben, in Form von Promotionsickets, verteilt auf die ersten 3 Besuchstage.
Keine Barablässe möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Näheres auch unter: filiale.admiral.at

ADMIRAL Casinos & Entertainment AG – Entertainment mit Verantwortung. Zutritt nur für Personen ab 18 Jahren unter Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises.
Beachten Sie unsere Hinweise zur verantwortungsvollen Spielteilnahme in den Broschüren sowie online unter www.admiral-entertainment.at. Österreichweite kostenfreie Beratungshotline 0800 20 52 42.



filiale.admiral.at

ADMIRAL

18

„Standard“, 30.11.2019

„Nichts tun ist auch ein Beitrag zur Korruption“

Nach Ibiza und Casinos-Chats will Neos-Chefin **Beate Meinel-Reisinger** eine moralische Grunderneuerung der Politik. Ein U-Ausschuss soll auch klären, ob die ÖVP etwas von den Absprachen zwischen Novomatic und der FPÖ wusste.

INTERVIEW: Marie-Theres Egyed



Foto: Urban

„Es wird sehr viel Geld mit sehr viel Leid gemacht“:
Beate Meinel-Reisinger stellt die Beteiligung der Republik an den Casinos infrage.

Die vierte Wahl in diesem Jahr ist geschlagen. Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger hat nur eine kurze Verschnaufpause. Schon in wenigen Wochen beginnt der Wahlkampf im Burgenland, wo die Kleinpartei um den Einzug in den Landtag kämpft.

STANDARD: In wie vielen Chatgruppen sind Sie eigentlich?

Meinel-Reisinger: Ich bin in einer Neos-Vorstandsgruppe, einer Abstimmungsgruppe für den Klub und einigen Familiengruppen. Aber wir verwenden nicht WhatsApp. Das halte ich aus Datenschutzgründen für hochproblematisch. Ich fürchte, es wäre unendlich langweilig, unsere Unterhaltungen durchzuscrollen.

STANDARD: „Es reicht“, haben Sie vergangene Woche auf Facebook gepostet. Was hat Sie denn so in Rage gebracht?

Meinel-Reisinger: Es war die Fülle an Vorkommnissen, Skandalen, Ermittlungen. Ob Goldbarren, Chats über Posten in der Causa Casinos oder das geladene Gewehr in Georg Dornauers Porsche. Die Politik ist ein dermaßen großer Morast! Dieses Bild wird durch die jüngsten Ereignisse bestätigt. Wir brauchen eine moralische Grunderneuerung.

STANDARD: Wie meinen Sie das?

Meinel-Reisinger: Seit Ibiza gibt es vieles, das wir ernsthaft diskutieren müssen. Nehmen wir die Korruptionsneigung von Heinz-Christian Strache im Video. Er war damals zwar kein Amtsträger, kündigt aber an, etwas zu tun, wenn er in die Position kommt. Das ist eine Lücke im Strafrecht. Auch alle Fragen zur Parteienfinanzierung sind nicht zwingend illegal. Aber es wird herumgemauschelt und getäuscht. Und die Postenschacherei wie bei den Casinos ist nicht neu. Nur weil es zur österreichischen Folklore gehört, macht es das nicht besser. Auch in staatsnahen Unternehmen dürfen wir nur danach gehen, was das Beste für das Unternehmen ist. Es ist untragbar, wenn andere Motive als die Qualifikation des Bewerbers entscheiden. Deshalb reicht's mir.

STANDARD: Aufgrund des Ibiza-Videos wurde intensiv über Transparenz diskutiert und von unterschiedlichsten Seiten die Notwendigkeit neuer gesetzlicher Regelungen aufgezeigt. Dennoch war das für die wenigsten ein Wahlmotiv.

Meinel-Reisinger: Es gibt genügend Menschen, die das interessiert. Und es gibt immer auch genügend andere Motive für eine Wahl. Es ist notwendig, die Dinge permanent aufzuzeigen und zu sagen, wie es besser geht.

STANDARD: Trotzdem scheint es für die Wähler zweitrangig zu sein. Die ÖVP ist seit mehr als dreißig

Jahren in der Regierung. Der von Ihnen kritisierte Postenschacher ist schon vor Ibiza thematisiert worden.

Meinel-Reisinger: Die ÖVP setzt auch alles daran, das als reinen FPÖ-Skandal abzutun. Ich sehe das anders. Die Postenbesetzungen waren Teil eines großen Deals zwischen FPÖ und ÖVP. Mir kann niemand erklären, dass Sebastian Kurz und Gernot Blümel nichts davon gewusst haben. Es geht ja nicht nur um die mangelnde Qualifikation des blauen Casinos-Vorstands Peter Sidlo. Es steht auch der Verdacht im Raum, dass es Absprachen zwischen Novomatic und FPÖ gab. Laut Chatprotokollen dürfte das auch in ÖVP-Kreisen bekannt gewesen sein, zumindest Ex-Finanzminister Hartwig Löger dürfte informiert gewesen sein. Wenn irgendjemand im

ÖVP-Regierungsteam von diesen Absprachen wusste oder das rufbar war, hätten sie es stoppen müssen. Nichts tun ist auch ein Beitrag zur Korruption. Um das zu klären, bringen wir gemeinsam mit der SPÖ ein Verlangen auf einen U-Ausschuss ein. Unabhängig davon, dass die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Komponente klären wird, müssen wir auch über die politische Verantwortung reden – konkret, ob es illegale Parteienfinanzierung und Postenbesetzungen in Zusammenhang mit Gesetzesinitiativen gegeben hat. Der Satz „Die Novomatic zahlt alle“ wurde zum Schlüsselsatz im Ibiza-Video. Und deshalb ist Dringlichkeit geboten – denn politische Akteure der letzten Regierung werden wohl auch in der kommenden sitzen.

STANDARD: Sidlo soll monatlich 58.000 Euro erhalten haben. Sind Sie für eine Gagenobergrenze bei Unternehmen mit staatlicher Beteiligung?

Meinel-Reisinger: Ja, das wäre sinnvoll. Es gibt eine Verordnung, die klare Regeln für staatsnahe Betriebe vorsieht. Wir prüfen, ob diese auch für die Casinos anwendbar sein soll.

STANDARD: Sollen sich diese Bezüge an Ministergehältern orientieren?

Meinel-Reisinger: Nein, diese Unternehmen stehen in einem internationalen Wettbewerb. Wir wollen die besten Leute.

STANDARD: In Ihrer Rede im Parlament haben Sie kritisiert, dass der Staat mit Spielsucht Geld verdient.

Meinel-Reisinger: Das ist ja auch ein beinhardter Machtkampf um Lizenzen und Anteile in einem lukrativen Geschäft. Wer die Zulassung besitzt, hat die Lizenz zum Geld drucken. Das ist ein Monopol, dazu braucht es keine unternehmerischen Fähigkeiten. Es wird sehr viel Geld mit sehr viel Leid gemacht. Ich frage mich, inwieweit es sinnvoll ist, dass die Republik an einem derartigen Geschäft beteiligt ist. Da geht es um Automaten, mit denen Menschen in die Spielsucht getrieben werden. Und die gleiche Behörde, die für Kontrolle, Aufsicht und Spielerschutz zuständig ist, ist auch noch Eigentümervertreter – und damit am gut gehenden Geschäft interessiert. Das ist doch völlig hirnrissig.

STANDARD: Dass Sie keine Freundin verstaatlichter Unternehmen sind, ist bekannt. Sollen die Casinos privatisiert werden?

Meinel-Reisinger: Ich bin nicht generell eine Gegnerin von staatlichen Beteiligungen. Im Fall der Casinos müssen wir das diskutieren. Werden die Lizenzen ausgeschrieben und verkauft, könnte man das Geld in Bildung, Suchtpräventionsprogramme und in die Justiz stecken. Das kann ich mir gut vorstellen. Oder der Staat macht es zur Gänze selber. Aber in Österreich ist es eine Mischung. Bleibt es dabei, müssten wir jedenfalls Aufsicht und Eigentümervertretung trennen. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht.

STANDARD: Auch wenn die Lizenzen verkauft werden, verdient jemand an der Sucht der Menschen – nur ist es dann eben ein privates Unternehmen.

Meinel-Reisinger: Wir haben ein grottenschlechtes Glücksspielgesetz. Das gehört dringend geändert. Es gibt hohe Einsatzmöglichkeiten, hohe Gewinnchancen, aber damit auch sehr hohe Verluste. Das hat sich übrigens seit der Glücksspielnovelle 2010 verschlimmert, das ist auch beim Spielerschutz geschehen. Der Bereich gehört streng reguliert. Es braucht ein scharfes Gesetz, zum Schutz der Menschen. Es hat keinen Sinn, Glücksspiel generell zu verbieten, damit findet nur eine Verdrängung in den illegalen Bereich statt.

STANDARD: Wie stehen Sie zu einem Verbot des Automaten-glücksspiels?

Meinel-Reisinger: Ich bin für ein Verbot des kleinen Glücksspiels. Das ist höchst problematisch, dort ist der Suchtfaktor besonders groß. Aber schon eine Verlustgrenze, wie es ein Antrag der Neos vorsieht, wäre ein Schritt in die richtige Richtung.

BEATE MEINEL-REISINGER (41) ist Parteichefin der Neos. Die Juristin ist verheiratet und hat drei Töchter.

„APA“, 29.11.2019

Casinos - Interner Bericht zu Sidlo-Bestellung angeblich entlastend

Utl.: Behandlung im Sonder-Aufsichtsrat am Montag geplant - Turbulenzen jedenfalls noch nicht zu Ende - Interne Prüfung kostete 300.000 Euro

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Casinos Austria lassen die Bestellung ihres Finanzvorstands Peter Sidlo intern überprüfen. Laut "Trend" und "Kurier" wird der Bericht entlastend ausfallen und keine Basis für eine Abberufung Sidlos bieten. Casinos-Sprecher Patrick Minar sagte am Freitag zur APA, der Bericht liege noch nicht vor, aber er gehe davon aus, dass er am Montag dem geplanten Sonder-Aufsichtsrat vorgelegt wird.

Der Aufsichtsrat muss dann entscheiden, wie es mit Sidlo weitergeht. Der frühere FPÖ-Politiker, der auf Drängen der Novomatic zum Vorstand bestellt wurde, ist derzeit auf Urlaub. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ermittelt wegen des Vorwurfs, Novomatic habe Sidlo nur deshalb gefördert, weil die FPÖ im Gegenzug Entgegenkommen bei der Lizenzvergabe versprochen habe. Alle Beschuldigten dementieren so eine Absprache.

Bestellt wurden die Kanzlei Schima Mayer Starlinger und für die forensische Prüfung die Wirtschaftsprüfungskanzlei KPMG. Wobei Anwalt Georg Schima als Vertrauter des Casinos-Aufsichtsratspräsidenten Walter Rothensteiner gilt, unter anderem war er im Hypo-U-Ausschuss dessen Vertrauensperson. Laut "Kurier" verweigerten wegen seiner Nominierung die von Sazka entsandten Casinos-Aufsichtsräte die Aussage und Sazka-Chef Robert Chvatal habe zusätzlich die Kanzlei Frotz Riedl eingebunden. "Zwischen den beiden Anwaltskanzleien soll es eine heftige Auseinandersetzung über die Aufgabenverteilung und die investigative Qualität der Untersuchung gegeben haben", so die Zeitung.

Im "Kurier" heißt es heute ohne Quellenangabe: "Alles deutet darauf hin, dass Peter Sidlo und den bei der Justiz als Beschuldigte geführten Aufsichtsräten der Casinos im internen Untersuchungsbericht ein Persilschein ausgestellt wird. Die Bestellung des FPÖ-Managers Sidlo zum Finanzvorstand des teilstaatlichen Glücksspielkonzerns wurde laut aktuellem Ermittlungsstand offenbar für rechtens befunden". Der "Trend" schreibt, ebenfalls ohne Quellenangabe, Schima habe "keine strafrechtlichen Vergehen und keine hinreichenden Gründe für eine Abberufung von Sidlo festgestellt. Auch was die Qualifikation betrifft". Die Expertise entlaste auch Rothensteiner und den stellvertretenden Aufsichtsratschef Josef Pröll vom Untreueverdacht. Eine Trennung von Sidlo wäre demnach nur unter Zahlung einer hohen Ablöse möglich.

Laut "Trend" ließ sich Rothensteiner schon vor seiner Zusage Sidlo zu bestellen, von der Kanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz ein Gutachten erstellen, das zusammengefasst zu dem Ergebnis gekommen sei, Sidlo entspreche im Grunde den Anforderungen. Der Aufsichtsrat hatte aber nur, wenn er einen "erkennbar nicht geeigneten Vorstand" bestelle.

Für Sidlo sind aber am Montag die Turbulenzen voraussichtlich nicht zu Ende, denn selbst wenn der Aufsichtsrat ihn nicht abberuft, wird es auf Antrag der Sazka am 10. Dezember eine außerordentliche Hauptversammlung bei den Casinos Austria geben, mit dem einzigen Tagespunkt einer Abbestellung Sidlos.

Sicher ist laut "Kurier" und "Trend" auch, dass dem Unternehmen durch die Prüfung hohe Kosten entstanden sind. Der Prüfbericht kostete 300.000 Euro, schreiben die beiden Medien.

„Aber die anderen waren auch oft schlimm!“

Die ÖVP könnte die Casinos-Affäre souverän für einen Neustart nutzen. Aber sie präsentiert sich lieber als Altpartei und mauert, wo es geht.



ANDREAS LAMPL
Chefredakteur

In der ÖVP-Spitze wird schon eifrig an der Story einer von Sozialisten durchgesetzten Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft gestrickt, die mit den Ermittlungen rund um die Bestellung des FPÖ-Mannes Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) politische Ziele verfolgt. Eine in Rot gefärbte Aktion sei das, die dem konservativen Lager eins auswischen soll.

Eine gewisse SPÖ-Lastigkeit der WKStA ist nicht von der Hand zu weisen. Dennoch drückt sich in dieser Haltung die Geringschätzung einer unabhängigen Justizbehörde aus, in die keine demokratische Partei verfallen sollte. Der Verdacht, dass dem Casag-Aktionär Novomatic Glücksspiel-Lizenzen im Gegenzug für seine Nominierung von Sidlo in Aussicht gestellt wurden, ist ja nach der Auswertung von Chat-Protokollen, Aktenvermerken und anderem Material augenscheinlich nicht aus der Luft gegriffen. Immerhin steht Korruptionsverdacht im Raum.

Es ändert auch nichts an der Ungehörigkeit von Unterstellungen gegenüber der WKStA, dass wahrscheinlich keiner der zahlreichen Beschuldigten am Ende mit strafrechtlichen Folgen rechnen muss. Der Nachweis eines Deals, der sich letztlich nicht materialisiert hat, wird schwer zu erbringen sein. Ebenso der Nachweis eines direkten Zusammenhanges zwischen Gesprächen über ein neues Glücksspielgesetz auf Regierungsebene und der Bestellung Sidlos.

Die Ernennung eines unqualifizierten Vorstands alleine ist nicht strafbar. Gerechtfertigt ist die Untersuchung der Causa aber allemal. Die Aktivitäten von Heinz-Christian Strache und Hubert Fuchs, bis Mai blauer Finanzstaatssekretär, zur Neuregelung des Onlinegamings, für das die Casag ein Monopol bis 2027 hat, sind evident.

Abseits des Strafrechtes hat die Affäre eine für die ÖVP ausgesprochen unangenehme Dimension. Ja, parteipolitisch motivierte Besetzungen in Management- und Aufsichtsratspositionen ungeachtet der Qualifikation hat es in den letzten Jahrzehnten von Rot und Schwarz Sonderzahl gegeben. Das betrifft auch den früheren Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher (SPÖ). Die FPÖ wurde darum nicht müde, den unerträglichen Proporz der Altparteien anzu-

prangern. Und die türkise Bewegung unter Sebastian Kurz richtete ihr Marketing darauf aus, um sich unter anderem davon abzugrenzen. Wir erinnern uns: „Die neue ÖVP“. „Zeit für Neues“. „Neu regieren“.

Wie und wo sich dieses Neue bemerkbar macht, erschließt sich jedoch immer weniger. Schon anlässlich der türkisen Spendenlisten wurde an dieser Stelle angemerkt: Das jetzt von der Volkspartei so häufig bemühte Argument, früher – bei den Sozis – sei es ja auch nicht anders gewesen, ist das krasse Gegenteil des selbst formulierten Anspruchs.

Erst vor wenigen Tagen griff ÖVP-Klubobmann August Wöginger triumphierend die Meldung auf, dass einst auch der rote Vorstandskandidat Hoscher genauso wie Sidlo vom Personalberater negativ beurteilt und trotzdem bestellt wurde. Damit die eigenen Mauseheleien entschuldigen zu wollen, ist wahrlich ein Offenbarungseid.

Als wüsste nicht ohnehin jeder, der auch nur einen winzigen Einblick in die Politik hat, wie solche Entscheidungen seit jeher gelaufen sind. Insofern ist auch der von SPÖ, Grünen und Neos geforderte parlamentarische Untersuchungsausschuss zum Postenschacher vergangener Jahre ein völliger Unsinn. Warum sollen Abgeordnete ihre Zeit damit vergeuden, um herauszufinden, was sie bestens kennen? Wesentlich nützlicher wäre eine parteiübergreifende Anstrengung für neue Regeln, um diese Praxis in Zukunft abzustellen.

Kanzler Kurz ist mit dem Versprechen von mehr Transparenz angetreten. Neu am Agreement zwischen ÖVP und FPÖ vor zwei Jahren war aber bestenfalls, wie die Aufteilung der Macht gestaltet wurde. Man vereinbarte zum Beispiel, nur einen oder zwei Vertreter in die Aufsichtsräte und – wo möglich – in die Vorstände der Unternehmen im jeweiligen Einflussbereich des Koalitionspartners zu entsenden: also blaue Vertrauensleute in die ÖBAG oder türkise in die ÖBB, um den Kommunikationsfluss zu sichern, wie gesagt wird. Fifty-fifty-Modelle wurden weitgehend vermieden, um nicht den Eindruck des Proporz zu erwecken und sich gegenseitig nicht zu blockieren. Ansonsten lief alles weiter wie gehabt.

Altbekannt ist auch der eklatante Mangel der FPÖ an qualifiziertem Personal. H.-C. Strache hatte

eine Liste von treuen Weggefährten aus der Wiener FPÖ, die er unbedingt unterbringen wollte. Er musste sich bei seinen Besetzungswünschen aber sogar aus den eigenen Reihen schon mal sagen lassen, dass sich ein Versicherungsvertreter im Kontrollgremium des Verbunds so leicht nicht ausgeht.

Die ÖVP nutzte die Misere der Blauen aus, besetzte flugs die ihr zustehenden Positionen, ließ jedoch die FPÖ etwa bei Bundesimmobiliengesellschaft, Bundesforsten oder Verbund außen vor. Was den damaligen Parteichef in zunehmendem Maße erzürnte. Strache beschwerte sich in einer inzwischen viel zitierten Textnachricht bei Ex-Finanzminister Hartwig Löger und rief wenige Tage später – zufrieden über die erzielte Wirkung – einen Parteikollegen an: „Sie machen jetzt den Sidlo!“

Mit „sie“ war die ÖVP gemeint, die, was auch anders gar nicht sein kann, selbstverständlich in die Personalie eingebunden war. Die entsprechenden Kontakte u. a. von Löger und seinem Generalsekretär Thomas Schmid, heute Boss der ÖBAG, sind belegt, auch zur Novomatic. Casag-Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner gab seinen Widerstand schließlich auf („Sidlo ist ein Muss!“). Vor der FPÖ wäre er wohl kaum in die Knie gegangen, da musste schon die eigene Partei auf ihn einwirken.

Und dass sich Sebastian Kurz, über dessen Schreibtisch alle Personalentscheidungen bei ÖBAG-Beteiligungen gingen, ausgerechnet für die Casinos nicht interessierte, ist auszusprechen. Man wollte schlicht die FPÖ ruhigstellen – und dachte, dass Peter Sidlo als Finanzvorstand eines Monopolisten ohnehin nicht viel Schaden anrichten könne. „Das ist ja mehr wie ein Inkassobüro“, merkt ein in die Sache Involvierter süffisant an.

Ein Deal im strafrechtlichen Sinn wurde dabei mit der Novomatic wahrscheinlich nicht abgeschlossen. Ob und wie sich die Regierung bei dem Glücksspielkonzern revanchiert hätte, werden wir nie erfahren, weil jetzt kein Entgegenkommen mehr möglich ist.

Strache hat die ÖVP immer beneidet. So gerne hätte er klandestine Deals gemacht, kam aber nie richtig zum Zug. Im Ibiza-Video prahlte er mit der Milliardärin Heidi Horten, gespendet hat die Dame an die ÖVP. Mit Oligarchenhilfe wollte er die „Krone“ kaufen, tatsächlich hat mit René Benko ein Kurz-Vertrauter einen Anteil an der Tageszeitung erworben. Und auch bei den Casinos war für Strache ohne Hilfe der Türken nicht viel zu machen. Dass sich der gefallene FPÖ-Obmann aber dermaßen amateurhaft anstellte, ist für die ÖVP ein Pech. Zuerst sprengte sein Ibiza-Gate die Regierung. Dann erwies sich die Beschlagnahme des Handys dieses schreibseligen Politikers als – wohl noch länger sprudelnder – Quell für Ermittler und Investigativjournalisten. Die Causa Casinos ist eine der Unannehm-

lichkeiten, die dadurch zu Tage traten. Seither versucht die ÖVP trotz der Beweise des Gegenteils, krampfhaft darzustellen, dass sie mit der Bestellung Sidlos rein gar nichts zu tun hatte. Was einigermaßen lächerlich ist – und auch nicht zu verstehen.

Denn die Steiermark-Wahl hat wiederum gezeigt, dass es derzeit sowieso nichts gibt, was die Erfolgswelle, auf der Sebastian Kurz reitet, brechen könnte. Man kann daraus den Schluss ziehen, dass es am besten ist, weiter zu mauern, wo geht. Das ist Marke Altpartei. Man könnte den eigenen Höhenflug aber auch nutzen, um etwas zu verändern. Das wäre dann souverän.

Postenschacher und Casinos Austria AG böten eine Menge Ansätze dafür. Das beginnt damit, die Unvereinbarkeit der staatlichen Rollen als Casag-Eigentümer und Regulator zu entflechten. Die Bündelung beider Aufgaben im Finanzministerium birgt Korruptionsgefahr, wie die Sidlo-Affäre zeigt. Am besten wäre, überhaupt in Frage zu stellen, ob der Staat unbedingt beteiligt bleiben muss. Für den viel bemühten Spielerschutz reicht, wenn er Regulator ist. Realistisch ist ein Rückzug allerdings nicht; der Politik gilt die Casag als zu verlockende Geldquelle (Sponsoring, Sporthilfe, Posten ...).

Gleichwohl bietet die Börse den besten Schutz vor unbotmäßigen Begehrlichkeiten der Parteien. Das beweist die Situation bei OMV, Post und mittlerweile auch bei der Telekom. Dass die ÖVP unter Kurz weitere Privatisierungsschritte generell ausschließt, ist kein so gutes Zeichen.

Natürlich darf der Staat wie jeder Eigentümer Vertreter in Aufsichtsräte entsenden. Aber die Parteien, die das besorgen, sind nicht selbst die Besitzer und müssten im Interesse der Bürger, die sie vertreten, ganz besondere Sorgfalt im Hinblick auf Qualifikation walten lassen. Klare Transparenzkriterien sind überfällig, häufigere Beiziehung externer Expertise würde nicht schaden. Dann würden sich auch genügend unabhängige Fachleuten finden, die so einen Job übernehmen, was derzeit nicht der Fall ist.

Bei Managementpositionen gilt das umso mehr. Zuvor Aufsichtsgremien politisch zu besetzen, damit die dann Vorstände getreu der Farbenlehre auswählen, ist zu billig. Die Idee von Ex-Staatsanwalt Georg Krakow, das Abstimmungsverhalten jedes Aufsichtsrates bei Personalentscheidungen in staatsnahen Unternehmen zu veröffentlichen, hat einiges für sich.

Die nächste Regierung hätte hervorragende Voraussetzungen für einen Neuanfang. Wenn sie türkisgrün ist, bessere denn je. Derzeit laufen allerdings Vorbereitungen, der unliebsamen Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft unter dem Titel „Effizienzprogramm“ Kompetenzen wegzunehmen. Definitiv das falsche Signal. Aber vielleicht weiß die ÖVP davon auch nichts? lamp.l.andreas@trend.at

/// Strache hätte so gerne klandestine Deals gemacht, kam aber nie zum Zug. In Ibiza prahlte er mit Heidi Horten, gespendet hat die Dame der ÖVP. ///

„trend“, 29.11.2019



VON ANGELIKA KRAMER
UND ANDREAS LAMPL

AUF DIE FALSCHER FARBE GESETZT

DIE PLAYER IM CASINOS-DESASTER (v. l.):
Robert Chvátal (Sazka), Ex-Finanzminister
Hartwig Löger, Harald Neumann (Novomatic),
Casinos-Präsident Walter Rothensteiner
und ÖBAG-Boss Thomas Schmid.

									2 to 1
									2 to 1
									2 to 1
1st 12			2nd 12			3rd 12			
1-18	Even			Odd	19 to 36				

**Strafrechtliche
Folgen wird die
CASINOS-AFFÄRE
wahrscheinlich
nicht haben.
Aber personelle
Konsequenzen
und eine Macht-
verschiebung bei
den Aktionären.**

Das erste ÖBAG-Forum, das am 17. Oktober in den Räumlichkeiten der neuen Staatsholding stattfand, widmete sich dem Thema „Der Aufsichtsrat in der Praxis“. Den ganzen Nachmittag lang diskutierte der Gastgeber, ÖBAG-Aleinvorstand Thomas Schmid, mit Experten über die Verbesserung der Compliance – Befolgung der Vorschriften – in den Aufsichtsräten von Staatsbeteiligungen. Weniger als vier Wochen danach stellte sich als Folge von Hausdurchsuchungen heraus, dass in der Aufsicht der Casinos Austria AG (Casag), an der die ÖBAG 33,2 Prozent hält, ebendiese Compliance mit Füßen getreten worden war.

Bei der Vorstandsbestellung von FPÖ-Mann Peter Sidlo als Kandidat des Mitgesellschafters Novomatic (17,2 Prozent) ignorierte das Kontrollgremium die negative Bewertung eines Personalberaters und beugte sich letztlich politischem Druck – wie Kommunikationsflüsse nahelegen, die von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) ausgewertet wurden. Der wenig be-

geisterte Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner etwa notierte resigniert: „Sidlo ist ein Muss!“ Etliche Teilnehmer des ÖBAG-Forums können sich seither hämische Kommentare nicht verkneifen. Zumal ausgerechnet Thomas Schmid, enger Vertrauter von Sebastian Kurz, noch in seiner Funktion als Generalsekretär im Finanzministerium offensichtlich persönlich in die Vorbereitung der Personalie involviert war.

Die enorme politische Sprengkraft der Affäre liegt einerseits an der langen Liste von prominenten Beschuldigten: darunter Heinz-Christian Strache, Sidlo selbst, Ex-Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs von der FPÖ, die Novomatic als Unternehmen plus Eigentümer und CEO, Johann Graf und Harald Neumann, oder auch Schmid, Rothensteiner und Ex-ÖVP-Obmann Josef Pröll, einer der Vizepräsidenten der Casag. Für alle gilt die Unschuldsvermutung. Andererseits ist die Causa der endgültige Beweis, dass sich der typisch österreichische Postenschacher trotz gegenteiliger Beteuerungen unter Türkis-Blau nahtlos fortsetzte. Ein Eindruck, den der künftige Bundeskanzler Sebastian Kurz und seine Getreuen unbedingt vermeiden wollten.

STRAFRECHTLICH DÜNN. Streng nach Farbenlehre war man ja schon bei der Besetzung der Vorstände von Verbund, Telekom und Asfinag oder beim Direktorium der Nationalbank vorgegangen. Aber da gab es zumindest nur vereinzelt Zweifel an den Qualifikationen der Manager. Wie die ÖVP die personell schwach aufgestellten Blauen unterstützte, um Peter Sidlo bei den Casinos durchzudrücken, ist eine andere Dimension. Selbst die Kurz'sche Marketingmaschine, die sich auf die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) einzuschließen beginnt (siehe Kasten Seite 24), wird es nicht schaffen, einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Obwohl strafrechtliche Konsequenzen eher unwahrscheinlich sind. Evident ist: Die Novomatic wollte u. a. eine Lizenz für Online-Gaming, wofür die Casag noch bis 2027 ein Monopol hat, und hoffte auf Hilfe von der FPÖ. Schon für die Regierungsverhandlungen im November 2017 schrieb Novomatic-CEO Neumann in einer Nachricht: „Wir brauchen jemanden, der das Thema Kasinolizenzen einbringt.“ Ex-FPÖ-Obmann Strache wollte seinen Wiener Parteifreund Sidlo unterbringen. Die beiden Interessen passten



STEIN DES ANSTOSSES. Kritik an Peter Sidlos Bestellung zum Finanzchef der Casinos machte die Postenschacher-Affäre erst öffentlich.

gut zusammen. Die ÖVP wiederum wollte Strache ruhigstellen, der sich bei Postenbesetzungen benachteiligt fühlte. Ex-Minister Löger und Thomas Schmid leisteten dementsprechende Dienste. Auch die Casinos-Generaldirektorin und frühere Stellvertreterin von ÖVP-Chef Kurz, Bettina Glatz-Kremsner, war allem Anschein nach eingeweiht.

Sidlo selbst gab im Jänner 2019 bei seinem Interview mit dem dritten Casinos-Großaktionär, der tschechischen Sazka Group, eine ebenso entlarvende wie ungeschickte Antwort auf die Frage, welchen Mehrwert er zum Unternehmen beitragen könne: Er könne die Casag auf den Wettbewerb im Online-Gaming vorbereiten! Wenig später warnte der geschasste Casag-CEO Alexander Labak in einem vertraulichen Mail Rothensteiner vor Sidlo: Es sei nicht zu erwarten, dass er mit vollem Gewicht zum Wohle des Unternehmens „für die Beibehaltung des jetzigen Lizenz-Status“ eintreten werde.

DREIST VORGEANGEN. Korruption – sprich: Bestechung und Bestechlichkeit – wird die WKStA auf Basis dieser Fakten trotzdem schwer beweisen können. „Natürlich gab es Mauscheleien“, sagt der Anwalt eines Beschuldigten, „das sind vielleicht Indizien, die aber keine Beweiskraft haben. Es ist nicht verboten, mit politischer Hilfe in einen Vorstand zu kommen. Selbst wenn dreist vorgegangen wurde.“ Obwohl schon das Versprechen einer Gegenleistung strafbar ist, nicht erst die Umsetzung, waren die Absprachen zwischen Politik und Novomatic wohl – nach der jetzigen Beweislage – zu ►

TÜRKIS-BLAUES POSTENKARUSSELL

Diese Posten in staatsnahen Unternehmen und Institutionen wurden in knapp eineinhalb Jahren türkis-blauer Regierungszeit neu besetzt. Die neue Proporz-Logik lautete: Infrastruktur zur FPÖ, ÖBAG-Beteiligungen zur ÖVP. Mit Ausnahmen auf beiden Seiten.

Unternehmen	Person	Politische Zuordnung *	Funktion	Unternehmen	Person	Politische Zuordnung *	Funktion	
Casinos Austria	Bettina Glatz-Kremsner	ÖVP	CEO	Asfnag	Hartwig Hufnagl	FPÖ	Vorstand	
	Peter Sidlo	FPÖ	Vorstand		Josef Fiala	ÖVP	Vorstand	
OeNB	Robert Holzmann	FPÖ	Gouverneur		Peter Franzmayr	FPÖ	Aufsichtsratspräsident	
	Gottfried Haber	ÖVP	Vize-Gouverneur		Siegfried Stieglitz	FPÖ	Aufsichtsrat	
	Eduard Schock	FPÖ	Direktor		Peter Koren	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Thomas Steiner	ÖVP	Direktor		Martha Schulz	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Harald Mahrer	ÖVP	Präsident	Michael Höllner	ÖVP	Aufsichtsrat		
	Barbara Kolm	FPÖ	Vizepräsidentin	OMV	Wolfgang C. Berndt	ÖVP	Aufsichtsratspräsident	
	Bettina Glatz-Kremsner	ÖVP	Generalrat		Cathrine Trattner	FPÖ	Aufsichtsrat	
	Stephan Koren	ÖVP	Generalrat		Christoph Swarovski	ÖVP	Aufsichtsrat	
	OeNB	Franz Maurer	FPÖ	Generalrat	Verbund	Michael Strugl	ÖVP	Vorstand
		Peter Sidlo	FPÖ	Generalrat		Achim Kaspar	FPÖ	Vorstand
Christoph Traunig		FPÖ	Generalrat	Stefan Szyszkowitz		ÖVP	Aufsichtsrat	
ÖBB-Holding		Arnold Schiefer	FPÖ	Vorstand	Telekom Austria	Thomas Arnoldner	ÖVP	CEO
	Gilbert Trattner	FPÖ	Aufsichtsratspräsident	Austro Control	Axel Schwarz	FPÖ	Geschäftsführer	
	Monika Forstinger	FPÖ	Aufsichtsrat		Valerie Hackl	ÖVP	Geschäftsführerin	
	Barbara Kolm	FPÖ	Aufsichtsrat		Werner Walch	FPÖ	Aufsichtsratspräsident	
	Karl Ochsner	FPÖ	Aufsichtsrat		Kathrin Glock	FPÖ	Aufsichtsrat	
	Cattina Leitner	ÖVP	Aufsichtsrat		Katharina Levina-Rabl	FPÖ	Aufsichtsrat	
			Günther Ofner		ÖVP	Aufsichtsrat		
ÖBB-Personenverkehr	Heinz Freunschlag	FPÖ	Vorstand	viadonau	Friedrich Helml	FPÖ	Aufsichtsratspräsident	
	Michaela Huber	ÖVP	Vorstand		Angela Steger	FPÖ	Aufsichtsrat	
	Ilse Groß	ÖVP	Aufsichtsrat		Wolfgang Kieslich	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Teresa Pagitz	ÖVP	Aufsichtsrat		Petra Riffert	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Kurt Weinberger	ÖVP	Aufsichtsrat		Hartwig Hufnagl	FPÖ	Aufsichtsrat	
ÖBB RCA	Imre Kovács	FPÖ	Vorstand	Post	Stefan Szyszkowitz	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Jasmine Holter-Hofer	ÖVP	Aufsichtsrat		Huberta Gheneff	FPÖ	Aufsichtsrat	
	Barbara Thaler	ÖVP	Aufsichtsrat		Jochen Danninger	ÖVP	Aufsichtsrat	
ÖBB-Infrastruktur	Herbert Kasser	ÖVP	Aufsichtsrat	ORF	Norbert Steger	FPÖ	Vorsitz Stiftungsrat	
	Eva Hieblinger-Schütz	ÖVP	Aufsichtsrat		Markus Braun	FPÖ	Stiftungsrat	
ÖBAG	Thomas Schmid	ÖVP	Vorstand		Gregor Schütze	ÖVP	Stiftungsrat	
	Bernhard Perner	ÖVP	Direktor	KA Finanz	Gabriele Müller	k. A.	Vorstand	
	Helmut Kern	ÖVP	Aufsichtsratspräsident		Bernhard Perner	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Iris Ortner	ÖVP	Aufsichtsrat	RTR	Klaus Steinmaurer	FPÖ	CEO	
	Karl Ochsner	FPÖ	Aufsichtsrat	ÖGK	Matthias Krenn	FPÖ	Obmann	
	Christian Ebner	FPÖ	Aufsichtsrat	Standortanwalt	Alexander Biach	ÖVP	Vorstand	
	Günther Helm	ÖVP	Aufsichtsrat	BIG	Elisabeth Gruber	ÖVP	Aufsichtsrat	
	Susanne Höllinger	ÖVP	Aufsichtsrat		Markus Neurauder	ÖVP	Aufsichtsrat	
Bundesforste	Georg Spiegelfeld	ÖVP	Aufsichtsrat					

* Entweder der Partei nahestehend, Parteimitglied oder nominiert von einer Partei.

RECHERCHE: PAULA-MARIE PUCKER

► unkonkret, um die Sache dingfest zu machen; auch weil es für die Änderung des Glücksspielgesetzes einen Parlamentsbeschluss brauchen würde. „Ich bin überzeugt, dass strafrechtlich nichts übrig bleibt“, sagt Rechtsanwalt Walter Schwartz, der die Novomatic berät.

Gegen Rothensteiner, Neumann und Pröll, allesamt Mitglieder des Aufsichtsratspräsidiums der Casag, wird auch noch wegen des Verdachts der Untreue ermittelt, weil sie die alten Vorstände mit viel Geld verabschiedeten, um Platz für die Neubestellung zu schaffen. Alexander Labak erhielt fast zwei Millionen Euro, Dietmar Hoscher, ein Politgünstling der SPÖ, über 1,2 Millionen und eine Weiterbeschäftigung zu fürstlichen Konditionen. Allerdings hatte der ziemlich verhaltensauffällige Labak schon ein paar Monate zuvor verkündet, seinen Vertrag nicht mehr zu verlängern, wenn auch nicht freiwillig. Und auch Hoscher war – nicht nur fachlich – ziemlich umstritten. Somit ist diese Suppe ebenfalls eher dünn.

Personelle Konsequenzen könnte es aber unabhängig vom Strafverfahren geben. In diesem Punkt macht die Sazka Group, mit 38,3 Prozent der größte Casinos-Aktionär, mächtig Druck. Sie hat für 10. Dezember eine außerordentliche Hauptversammlung veranlasst und will, dass die Eigentümer Peter Sidlo als Vorstand abberufen. Unmittelbar danach findet eine Sitzung des Casag-Aufsichtsrates statt, der so einen Beschluss umzusetzen hätte. In einer außerplanmäßigen Zusammenkunft bereitet sich das Kontrollgremium am 2. Dezember schon einmal gedanklich darauf vor. Bis dahin stellen die Prüfer der KPMG und Arbeitsrechtsspezialist Georg Schima (siehe rechts) ihre Gutachten fertig.

In der Zwickmühle steckt vor allem die ÖBAG. Stimmt sie mit der Sazka, gesteht sie offen ein, einen Fehler gemacht zu haben. Tut sie das nicht, muss sie erklären, wieso sie Sidlo das Vertrauen ausspricht. Sazka-Boss Robert Chvátal wäre in letzterem Fall „schockiert“. Aus dem Umfeld der Staatsholding verlautet, sie werde ihr Verhalten von den Gutachten abhängig machen. Und laut trend-Informationen hat Anwalt Schima keine strafrechtlichen Vergehen und keine hinreichenden Gründe für eine Abberufung von Sidlo festgestellt. Auch was die Qualifikation betrifft: Denn CEO Labak hatte ebenso keine Berufserfahrung in einem Glücksspielkonzern. Eine Trennung wäre aus dieser Sicht nur mit einer hohen

Ablösesumme für Sidlo möglich. Schimas Expertise entlastet dem Vernehmen nach auch Rothensteiner und Pröll vom Untreueverdacht.

SAZKA FORDERT RÜCKTRITTE. Scheitern die Tschechen mit ihrer Offensive, werden sie sicher nicht klein begeben. Chvátal verlangt persönliche Konsequenzen von allen Personen, „die geheime Deals vorbereitet und sich in den Chatgruppen unterhalten haben“, wie er im „Standard“ sagte. Damit meint er seine Kollegen im Casag-Aufsichtsratspräsidium, die ihn als Einzigen aus den WhatsApp-Gruppen ausgeschlossen haben, und besonders ÖBAG-Chef Schmid. Ihm, der schon seit 2017 auch im Aufsichtsrat der Lotterien sitzt, wirft er genauso wie Novomatic-Frontmann Harald Neumann vor, in Sachen Lizenzen aus Eigeninteresse ganz klar gegen die Interessen der Casag gehandelt zu haben.

Für den 49-jährigen Schmid, der neben Anwälten den Lobbyisten Werner Beninger engagiert hat, eine heikle Situa-

tion. Der ÖBAG-Aufsichtsrat sieht derzeit zwar keinen Grund, Maßnahmen zu setzen. Doch im politischen Biotop kann man schnell geopfert werden, wenn das Image der Partei gefährdet ist. Das passierte vor Jahren etwa einem der Chefs der früheren Staatsholding ÖIAG, Markus Beyrer. Er schwieg aus Parteiraison so lange zum ÖVP-Telekommunikationskandal, bis ihn Vorwürfe, das Verfahren zu hintertreiben, den Job kosteten.

Im Fokus steht auch die Position von Walter Rothensteiner, der schon seit 25 Jahren dem Casag-Aufsichtsrat vorsteht und sein bis 2023 laufendes Mandat unbedingt behalten wollte. Dafür sicherte er sich schon vor seinem Einlenken auf Sidlo mit einem zusätzlichen Gutachten ab. Die Wiener Anwaltskanzlei CMS Reich-Rohrwig Hainz kam zusammengefasst zu folgendem Schluss: Sidlo entspreche im Grunde den Anforderungen, der Aufsichtsrat hafte nur, wenn er einen „erkennbar nicht geeigneten Vorstand“ bestellt. Trotzdem sind eher früher als später Änderungen im Kontrollgremium ►

GEFUNDENES FRESSEN FÜR BERATER

Eine Anwaltsarmada steht im Casinos-Fall lediglich vier Staatsanwälten gegenüber. Auch einzelne Experten für Litigation-PR wurden bereits gesichtet.

➔ **JETZT, WO SICH DER BUWOG-PROZESS** langsam seinem Ende zuneigt, sorgen heimische Manager und Politiker dafür, dass es den Strafverteidigern dennoch nicht langweilig wird. In der Ibiza-Casinos-Affäre kommen zahlreiche Vertreter ihres Fachs zum Einsatz. Allen voran Arbeitsrechts- und Compliance-Experte Georg Schima, der im Auftrag der Casinos Austria und gemeinsam mit seinem Kollegen Stephan Frotz sowie Experten des Beraters KPMG um 300.000 Euro klären

soll, ob Peter Sidlos Berufung zum Casinos-Vorstand rechtens war. Davor hat Aufsichtsratspräsident Walter Rothensteiner schon die Expertise der Kanzlei CMS in dieser Frage zugekauft. Zudem ist der Aufsichtsrat der Casinos im Auftrag der Sazka mit zwei Anwälten der Kanzlei Dorda beschickt. Florian Kreamlehner, ein weiterer Partner dieser Kanzlei, hat die rechtliche Vertretung der Sazka übernommen. Die im Verfahren Beschuldigten haben mit Ausnahme von Heinz-Christian Strache auf altbewährte Experten (siehe Liste) zurückgegriffen.

Die Litigation-PR-Berater halten sich in der Casinos-Affäre bislang noch im Hintergrund. Lediglich SMJ Partners, der frühere Arbeitgeber von Casinos-Sprecher Patrick Minar, soll bereits recht umtriebig sein.

ANWALT GEORG SCHIMA verdient am Casinos-Gutachten 300.000 Euro.



Beschuldigter	Anwalt
Heinz-Christian Strache	Johann Pauer
Johann Gudenus	V. Sackmann, H. Eichenseder
Hartwig Löger	Werner Suppan
Josef Pröll	Christian Hausmaninger
Thomas Schmid	Thomas Kralik
Walter Rothensteiner	Otto Dietrich
Hubert Fuchs	Johannes Hübner
Johann Graf	Christopher Schrank
Harald Neumann	Norbert Wess
Novomatic	Michael Rohregger

ERMITTLER AN DIE KANDARE

Das Justizministerium arbeitet an einer Reform der Ermittlungsbehörden. Die WKStA könnte geschwächt werden.



ILSE-MARIA VRABL-SANDA, die Leiterin der

Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hat seit einigen Wochen ein paar Feinde mehr in diesem Land. Spätestens seit der zweiten Hausdurchsuchung in der Causa Casinos wirft man ihr auch offen Politjustiz vor. „Wir haben es hier mit einer von der Leine gelassenen Behörde zu tun, die überall Korruption wittert“, sagt ein Anwalt, der lieber anonym bleiben will. Man wirft der Behörde mit ihren 40 Mitarbeitern vor, gelindere Mittel als eine Hausdurchsuchung bewusst ausgelassen zu haben, um politisch Unliebsame



UMSTRITTEN. Das Agieren von WKStA-Leiterin Ilse-Maria Vrabl-Sanda in der Casinos-Causa sorgt für Gegenwind.

öffentlich demütigen zu können. Der Behördenleiterin wird ja auch ein Naheverhältnis zur SPÖ nachgesagt.

Weder das eine noch das andere ist belegbar, dennoch wird im Justizministerium unter dem Titel „Qualitätssicherung und Effizienz im Ermittlungsverfahren“ an einer Neuaufstellung der Staatsanwaltschaften gearbeitet. Der Abschlussbericht einer Reformgruppe liegt aktuell bei Justizminister Jabloner. Dem Vernehmen nach sollen damit die Kompetenzen der WKStA beschnitten werden. So sollen ihr Befugnisse beim Delikt Amtsmissbrauch weggenommen werden und die Wirtschaftskompetenz – bislang eher ein Monopol der WKStA – soll auch in anderen Staatsanwaltschaften gestärkt werden. „Die Politik will diese Behörde jetzt an die Kandare nehmen“, vermutet ein involvierter Rechtsanwalt.

► naheliegend, zumal die ÖBAG sowieso damit hadert, dass die Aufsichtsräte auf ihren Tickets schon vor Gründung der staatlichen Beteiligungsgesellschaft bestellt, also gar nicht von ihr entsendet wurden – was wiederum den legalen Informationsfluss spürbar behindert. Die Bereinigung dieser Situation könnte u. a. auf Kosten von Rothensteiner und Josef Pröll erfolgen.

Auf Eigentümerenebene der Casinos Austria AG kündigen sich gröbere Verschiebungen an. Thomas Schmid machte nie einen Hehl daraus, die Sazka am liebsten ganz loswerden zu wollen. Wofür die Tschechen auch einige Gründe lieferten: die Ankündigung, bei der Casag auf 51 Prozent gehen zu wollen, um deren Gewinne im eigenen Konzern konsolidieren zu können; den – gescheiterten – Versuch, den Aufsichtsrat ausschließlich mit eigenen Vertretern zu besetzen; oder Alexander Labak, der auf ihr Betreiben CEO wurde. Doch jetzt ist Schmid Stellung stark geschwächt, während die Position der Sazka deutlich besser wurde. Gleichzeitig hat Vorstandschef Robert Chvátal die Strategie geändert.

STRATEGIESCHWENK. Die Casinos-Mehrheit ist kein Ziel mehr. Sazka, der eine solche vom früheren Finanzminister Hans Jörg Schelling in Aussicht gestellt wurde, hat eingesehen, dass sich das unter der „Austria-first-Politik“ von Sebastian Kurz nicht mehr ausgeht. Gleichzeitig ist das Verhältnis der Sazka zum einstigen Partner Novomatic wegen der Sidlo-Affäre und des im Oktober aufgekündigten Stimmrechtsbindungsvertrages endgültig völlig zerrüttet. Chvátal will Frieden mit der ÖBAG schließen – am liebsten ohne Schmid – und bietet ein Joint-Control-Modell für die Casag an: Republik und Sazka sollen das Unternehmen gemeinsam führen, die Novomatic kommt in diesen Überlegungen nicht vor.

Zwar wurde hierzulande bisher eher eine Art österreichischer Lösung präferiert: eine Allianz des Staates mit Novomatic gegen die Tschechen. Aber die Politik befindet sich in der Defensive, ein Umdenken ist möglich.

Auch die Reaktion der Novomatic wird spannend. Eigentümer Johann Graf ist stinksauer über die Ermittlungen gegen

„Ich mache in Österreich nur fünf Prozent des Umsatzes, zahle hier aber 100 Prozent meiner Steuern und habe dafür 80 Prozent der Scheiße.“

**NOVOMATIC-EIGENTÜMER
JOHANN GRAF
BEI SEINER
HAUSDURCHSUCHUNG**

ihn und sein Unternehmen. Bei der Hausdurchsuchung ließ er zu Protokoll geben: „Ich mache in Österreich nur fünf Prozent des Umsatzes, zahle hier aber 100 Prozent meiner Steuern und habe dafür 80 Prozent der Scheiße.“ Ein Rückzug aus den Casi-

nos und eine Verlegung der Novomatic-Zentrale ins Ausland können nicht mehr ausgeschlossen werden.

Es mehren sich außerdem die Stimmen, die eine staatliche Beteiligung an einem Glücksspielkonzern in Frage stellen, speziell von den Neos, aber sogar aus dem Umfeld der ÖVP-Spitze. Und selbst im ÖBAG-Aufsichtsrat macht man sich dazu so seine Gedanken. Dennoch ist ein Verkauf der Casag-Anteile durch die Republik sehr unwahrscheinlich. Der Betriebsrat hat sich in einem offenen Brief schon vorsorglich gegen „Privatisierungsfantasien“ gewandt.

Die nächste Regierung wäre jedoch gut beraten, wenigstens die sowieso problematische Doppelrolle als Eigentümer und Glücksspielregulator zu trennen. Derzeit ist beides im Finanzministerium angesiedelt, was Korruption erleichtert. Unterschiedliche, noch unausgelegte Ideen zu einer Neuordnung schwirren herum: die Verlagerung der Regulierung in ein anderes Ministerium oder gar die Verschiebung der Staatsbeteiligungen in ein Kompetenzzentrum im Bundeskanzleramt, damit Kurz Transparenz zur Chefsache erklären kann.

Georg Krakow, früherer Oberstaatsanwalt und nunmehr Rechtsanwalt bei Baker McKenzie, hat schon Vorschläge gemacht, um ungehörigen Postenschacher wenigstens zu erschweren: die Veröffentlichung aller Ausschreibungsprofile für Besetzungen und die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse über Personalentscheidungen in Aufsichtsräten – und zwar mit Namensnennung. Auch Politikberater Thomas Hofer meint, „dass die neue Regierung ein Transparenzpaket beschließen muss, das ist unumgänglich“. Er glaubt aber selbst nicht, dass sich dadurch viel am parteipolitischen Einfluss ändern wird: „Wir sind ja in Österreich.“

So kann man also davon ausgehen, dass das Compliance-Thema auch beim ÖBAG-Forum im nächsten Jahr nichts an Aktualität verloren haben wird.

„trend“, 29.11.2019

JEDEN DONNERSTAG IST:

THE HOFF DAY

☆☆☆☆☆

**DIENSTAG ADMIRAL-FILIALE BESUCHEN UND
€ 10,00 SPIELGUTHABEN FÜR DONNERSTAG HOLEN.**

18

Druck- & Satzfehler vorbehalten.

ADMIRAL Casinos & Entertainment AG – Entertainment mit Verantwortung. Zutritt nur für Personen ab 18 Jahren unter Vorlage eines amtlichen Lichtbildausweises.
Beachten Sie unsere Hinweise zur verantwortungsvollen Spielteilnahme in den Broschüren sowie online unter www.admiral-entertainment.at. Österreichweite kostenfreie Beratungshotline 0800 20 52 42.



filiale.admiral.at

ADMIRAL

FEDERFÜHREND BEI FORSCHUNG & ENTWICKLUNG

NOVOMATIC ist dank der 25 Technologiezentren in 15 Ländern federführend bei der Entwicklung innovativer Produkte und Systemlösungen im Gaming-Bereich.



Konzern-eigene weltweite Technologiezentren ermöglichen eine einzigartige Innovationskraft.

Forschung und Entwicklung sind wesentliche Erfolgsfaktoren von NOVOMATIC. Die Basis dafür bilden die konzern-eigenen weltweiten Technologiezentren und eine einzigartige Innovationskraft in den Bereichen Distributed Gaming Solutions, Spiele-Content und Applikationssoftware. Die Schwerpunkte der Entwicklungstätigkeit liegen in den Bereichen „Distributed Gaming Solutions“ sowie im Segment „Spiele-Content und Applikationssoftware“. Die entwickelten Softwaresystemlösungen inkludieren Managementinformationssysteme, Ticketing- und Smartcard-Systeme, Zutrittssysteme, Video-Lottery-Systeme, biometrische Spielererkennung, Vernetzung mit staatlichen Aufsichtsbehörden, Spielerschutzprogramme, Gaming as a Service, Online- und Mobile-Gaming-Systemlösungen, Jackpotsysteme wie beispielsweise den Linked Jackpot „Enchanted Fortunes“ sowie Multiplayer- und Community-Gaming-Systeme. Sowohl die modulare Softwarearchitektur als auch die Interoperabilität der unterschiedlichen Entwicklungen sind dabei von essenzieller Bedeutung.

Eine offene Plattformarchitektur und auf die unterschiedlichen Teilmärkte spezialisierte Entwicklungsteams gewährleisten, dass für homogene Märkte und für Marktnischen gleichermaßen entwickelt werden kann. Die offene Plattformstruktur ermöglicht auch die Integration von Drittanbietern und deren Spieleapplikationen, um Marktbedürfnisse besser und schneller befriedigen zu können.

Industrial Design spielt wesentliche Rolle

NOVOMATIC setzt bei der Entwicklung der neu-

esten Generation von Gehäusevarianten und -modellen Branchentrends. Industrial Design spielt dabei eine wesentliche Rolle. Innovationen im Hardwarebereich inkludieren neue, ergonomische Gehäusedesigns für Casino-, Video-Lottery- und Amusement-with-Prizes-Gaming-Märkte mit Ansteuerung von bis zu fünf Monitoren, skillbasierte Rouletteanlagen mit neuartigem Kugelausschussmechanismus, das PANTHERA®-Gehäuse, VIP-Terminals mit Giant-Screen-Technologie und dynamische Lichteffekte mittels Single-LED-Technologie. Auch im Bereich der Datensicherheit wird verstärkt auf physikalische Zufallszahlengeneratoren unter Verwendung von Quantenmechanik gesetzt.

Der branchenweite Trend in Richtung Verschmelzung von bekannten Themen der Popkultur wie TV-Sendungen und Blockbuster mit Gaming hielt auch im Jahr 2019 an. NOVOMATIC setzt in diesem Bereich ebenfalls auf Branded Games und verfügt über Lizenzen sowohl für die „Batman“-Trilogie von Christopher Nolan, die Sherlock-Holmes-Verfilmung von Guy Ritchie als auch für den Hollywood-Blockbuster „From Dusk Till Dawn“ von Quentin Tarantino.

Unterstützt wird die Entwicklung durch konzern-eigene und dem Konzern nahestehende Hardware- und Softwareentwicklungsteams in Österreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Spanien, Serbien, Russland, Argentinien, Kanada und Polen sowie über Exklusivpartnerschaften mit Entwicklern in Slowenien, Griechenland, den USA und Australien. ■

4.800 registrierte IP-Schutzrechte

Im Bereich Forschung und Entwicklung ist der Schutz des geistigen Eigentums von wesentlicher Bedeutung. NOVOMATIC verfügt über rund 4.800 registrierte IP-Schutzrechte. Jedes Jahr kommen mehr als 100 Anmeldungen hinzu. Der Konzern entwickelt kontinuierlich neue Produkte und Produktvariationen mit dem Ergebnis, dass jährlich über 200 neue Spielervarianten entstehen. Mit Hilfe des Software Development Kits (SDK) ist es möglich, Spiele von Drittfirmen, die mit diesem SDK erstellt wurden, umgehend dem Portfolio hinzuzufügen. Mit diesem SDK arbeiten zahlreiche Unternehmen weltweit und bereichern zusätzlich das umfangreiche Gaming-Portfolio von NOVOMATIC.

Persilschein für Sidlo-Bestellung

Interne Prüfung. 300.000 Euro Honorar für Anwälte / Der nächste Wirbel ist vorprogrammiert



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Noch ist es nicht offiziell. Doch alles deutet darauf hin, dass **Peter Sidlo** und den bei der Justiz als Beschuldigte geführten Aufsichtsräten der Casinos im internen Untersuchungsbericht ein Persilschein ausgestellt wird. Die Bestellung des FPÖ-Managers Sidlo zum Finanzvorstand des teilstaatlichen Glücksspielkonzerns wurde laut aktuellem Ermittlungsstand für rechtens befunden.

Der Prüfbericht wird auf der außerordentlichen Aufsichtsratssitzung am 2. Dezember präsentiert. In der Endphase der Ermittlungen herrschte Zeitdruck. Aufsichtsräte wurden nochmals befragt, da die Prüfer über die zuletzt bekannt gewordenen Chats und eMails in der Casinos-Affäre noch nicht informiert waren.

Wobei jetzt schon klar ist, dass es um diesen Prüfbericht einigen Wirbel geben dürfte.

Einvernahme verweigert

Die Prüfung wurde im September vom Aufsichtsratspräsidium beschlossen und anschließend vom Aufsichtsrat absegnen. Bestellt wurde die auf Arbeitsrecht spezialisierte Kanzlei Schima Mayer Starlinger. Die Wirtschaftsprüfungskanzlei KPMG wurde mit dem forensischen Teil der Prüfung beauftragt.

Im Präsidium gab es bereits eine heftige Diskus-



MIRIAM REITNER/PICTUREDESK.COM

Anwälte prüften die Bestellung des FPÖ-nahen Managers Peter Sidlo

sion. Vize-Präsident **Robert Chvatal**, Chef der tschechischen Sazka Group, des größten Casinos-Aktionärs (38 Prozent), war gegen diese Prüfung, konnte sie aber nicht verhindern. Er hatte sich zudem bei der Auswahl der Kanzlei überdrückt gefühlt. Alle Casinos-Aufsichtsräte der Sazka verweigerten daraufhin die Einvernahme durch die Prüfer.

Die auch auf Banken spezialisierte Kanzlei Schima war in der Vergangenheit für Raiffeisen tätig. Casinos-Aufsichtsratschef und Raiffeisen-Generalanwalt **Walter Rothensteiner** hatte Georg Schima im Jänner 2016 bei seiner Befragung als Auskunftsperson im Untersuchungsausschuss über die Kärntner Hypo als Vertrauensperson mitgebracht.

Auf Betreiben von Chvatal wurde dann auch die Kanzlei **Frotz Riedl** eingebunden. Diese sollte quasi als Aufpasser die Prüfung kontrollieren. Zwischen den beiden Anwaltskanzleien soll es eine heftige Auseinandersetzung

über die Aufgabenverteilung und die investigative Qualität der Untersuchung gegeben haben.

Geprüft wurden mehrere Punkte:

- Der Vorgang um die Bestellung von Sidlo.
- Die Vorwürfe eines Deals zwischen dem Casinos-Aktionär Novomatic und der FPÖ in Zusammenhang mit Sidlos Bestellung.
- Sowie der Vorwurf der Untreue gegen den Aufsichtsrat wegen der grundsätzlichen Neubestellung des Casinos-Vorstandes und der Abfindung der „alten“ Vorstände **Alexander Labak** (Sazka) und **Dietmar Hoscher** (SPÖ). Die Verträge wurden heuer mitsamt großzügigen Abfindungen aufgelöst. Ein halbes Jahr später wären die Vorstandsverträge ohnehin abgelaufen.

Drei der vier Mitglieder des Aufsichtsratspräsidiums werden derzeit von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft als Beschuldigte geführt. Neben

Rothensteiner noch Raiffeisenmanager und Ex-ÖVP-Finanzminister **Josef Pröll** sowie Novomatic-Chef **Harald Neumann**. Es gilt die Unschuldsumutung.

Die Prüfung wird für die Casinos auf alle Fälle teuer. Ursprünglich waren 200.000 Euro budgetiert, geworden sind es 300.000 Euro.

Kommt Sidlo zurück?

Für Sidlo ist die Causa noch nicht ausgestanden. Ursprünglich wollte der Manager, der sich für die Dauer der internen Untersuchungen beurlaubte, bei positivem Ergebnis Anfang Dezember in seinen Job zurückkehren.

Sazka hat jedoch wie berichtet eine außerordentliche Hauptversammlung beantragt, die für den 10. Dezember angesetzt ist. Einziger Tagesordnungspunkt ist der von Sazka geforderte Entzug des Vertrauens gegenüber Sidlo – und damit dessen Abberufung. Novomatic und ÖBAG lassen sich die Entscheidung noch offen.

Casinos: Der U-Ausschuss ist nun fix

SPÖ und Neos. Korruption, Amtsmissbrauch, Bestechlichkeit, Parteienfinanzierung, Untreue – diese Vorwürfe soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären. Er wird von SPÖ und Neos im Dezember eingebracht, im Jänner installiert und ab März/April Zeugen befragen. Vordergründig geht es um Absprachen und Postenvergaben bei den teilstaatlichen Casinos in der Zeit der türkis-blauen Regierung. ÖVP und FPÖ kritisierten umgehend, dass Postenbesetzungen unter SPÖ-geführten Regierungen damit nicht untersucht werden können.

Der Ausschuss soll laut SPÖ und Neos klären, ob es mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung gab. Zudem wollen sie den Untersuchungsauftrag etwas breiter fassen. Der designierte SPÖ-Delegationsleiter für den Ausschuss, **Jan Krainer**, sagte, „es geht in Wahrheit darum, Ibiza aufzuklären“.

Die Justiz ermittelt seit Monaten auf Hochtouren. Fast täglich wurden Hausdurchsuchungen, Befragungen, verhängliche Chatprotokolle bekannt. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hegt den Verdacht, dass Novomatic in der Zeit der türkis-blauen Regierung versucht hat, im Abtausch für eine FPÖ-freundliche Postenbesetzung in den Casinos zusätzliche Glücksspiellizenzen zu erhalten.

„www.eu-infothek.com“, 28.11.2019

Casino-Affäre: Wie eine Hetzjagd gegen ein österreichisches Unternehmen von Welt-Rang inszeniert wird



Wenn man seit dem Auftauchen des Ibiza-Videos die Medien mitverfolgt, vom ORF angefangen, so hat man den Eindruck, als würde da geradezu eine Hetzjagd auf ein Unternehmen veranstaltet. Übrigens von Medien, die vor gar nicht so langer Zeit über Novomatic immer wieder als ein österreichisches Vorzeigeunternehmen berichtet haben.

Woran sich eigentlich nichts geändert hat. Novomatic ist unverändert ein österreichischer Leitbetrieb, ein Unternehmen, das auf seinem Gebiet zur Weltspitze zählt. Es wurde nur von zwei Ex-Politikern, die zu diesem Zeitpunkt ihre Sinne sprichwörtlich nicht beisammenhatten, im Zuge des Ibiza-Videos mit dem Satz „*Novomatic zahlt alle!*“ ins Gerede gebracht. Ein Satz, der einfach so in den Raum gestellt wurde, ohne dass es dafür auch nur einen Beweis gibt. Seither muss sich Novomatic so gut wie täglich gefallen lassen, schief angesehen, in Misskredit gezogen zu werden.

Dass dieses Unternehmen international Ansehen genießt, auch für Österreichs Know-how und technologische Expertise draußen in der Welt steht, durch Jahrzehnte hindurch daran gehindert wurde, auch hierzulande sein Können zu zeigen und operativ zum Beispiel als Casino-Betreiber tätig zu werden, ist ein typisch österreichisches Schicksal.

So nebenbei wird die so bloß dahin geworfene Kritik am Unternehmen übrigens auch gleich zum Anlass genommen, um generell gegen das Glücksspiel zu wettern. Wobei geflissentlich übersehen wird, dass das Spiel nun einmal Teil der Gesellschaft ist. Und es darum geht, die Grenzen des Spielens zu erkennen, den Menschen, die Verantwortung bewusst zu machen, die beim Spiel – wie bei jeder Art von Tätigkeit im Leben – wahrzunehmen ist. Übrigens gerade auf dem Gebiet des Spielerschutzes ist Novomatic ein Vorreiter.

Die Kirche im Dorf lassen

Im Zuge der ungeprüften Verbreitung von Un- und Halbwahrheiten wird in diesen Tagen sehr oft das Sprichwort in den Mund genommen, man möge doch die Kirche im Dorf lassen. Dieses Zitat darf vor allem Novomatic für sich in Anspruch nehmen. Und da gilt es schon auch einen Blick auf die Geschichte zu werfen.

Vor bald 40 Jahren wurde die Novomatic als eine kleine „Quetsch'n“ aus der Taufe gehoben. Man importierte Glücksspielgeräte aus dem Ausland, um sie hier auf dem österreichischen Markt aufstellen zu können. Alsbald erkannte der Gründer der Firma, Johann F. Graf, dass man diese Geräte auch hierzulande selbst produzieren könnte. Und das auch noch besser. Und so entstand aus der kleinen Quetsch'n innerhalb von knapp vier Jahrzehnten eine Firma, die auf höchstem technologischen Standard Spielmaschinen produziert, längst auch im Internetbereich sich eine führende Rolle geschaffen hat, weltweit 25.000 Mitarbeiter, davon allein 3.300 in Österreich beschäftigt. Und zudem zu den größten Steuerzahlern zählt.

Novomatic ist es über die Jahre gelungen, auch auf ausländischen Märkten Lizenzen für Spielsalons zu erwerben und damit auch operativ tätig zu werden. Nur dort, wo man daheim war, in Österreich, war man rein auf die Herstellung und den Verkauf von Geräten beschränkt. Die Möglichkeit, sein weltweit gefragtes Know-how durch den Erwerb einer Casinolizenz auch hierzulande öffentlich unter Beweis zu stellen, blieb Novomatic lange Zeit hier verschlossen. Mehr noch, es wurde dagegen intrigiert.

CASAG-Führung setzte auf Verhinderungstaktik statt Wettbewerb

Den Riegel hatten die Politik und die Casinos Austria, die früher einen maßgeblichen Einfluss auf die Regierung ausübten, vorgeschoben. Die CASAG beharrte mit allerlei Begründungen auf ihrer Monopolstellung, wehrte sich vor allem gegen den Wettbewerb. Das ging so weit, dass für ganz Österreich die Aufstellung von 4000 Videoautomaten wiederum exklusiv der CASAG zugeschanzt wurde.

Schlussendlich konnte man sich dem internationalen Trend nicht mehr widersetzen und es kam zu einer Ausschreibung von drei zusätzlichen Spielcasino-Lizenzen. Für zwei Standorte erhielt die Novomatic, die ein ausgefeiltes Konzept vorgelegt hatte, den Zuschlag. An dieser Entscheidung führte objektiverweise kein Weg vorüber. Nicht so aus der Sicht der damaligen CASAG-Führung. Sie ging nämlich bei diesem Ausschreibungsverfahren leer aus und erhob daher Einspruch gegen die Entscheidung. Und das war 2014 der Fall. Seither herrscht Funkstille.

Bedingt durch den Verkauf von Anteilen diverser Gesellschafter an der CASAG, nur der Anteil der Republik in der Höhe von 33,24 Prozent blieb in den Staatshänden, durfte Novomatic schlussendlich einen Anteil von 17,19 Prozent erwerben. Im Zuge der „Verkaufspolitik“ ging schließlich noch ein Anteil von 38,29 Prozent an die tschechische Sazka-Gruppe. Seither herrscht dicke Luft im Aufsichtsrat, herrschen Zwietracht in der CASAG-Lotterien-Gruppe, belehrt Sazka in Interviews die Republik, wie sie sich zu verhalten hat (zuletzt im Standard), präsentieren sich die Tschechen so, als hätten sie die Mehrheit im Monopol-Glücksspielbetrieb.

Dieses Gehabe der tschechischen Eigentümer und Manager geht so weit und infiltriert die veröffentlichte Meinung, dass sogar der ORF, in der Sendung REPORT, am 26. 11. 2019 völlig unrichtig vom „CASAG-Mehrheitseigentümer Sazka“ sprach.

Unterm Strich steht jedenfalls, dass ein österreichisches, weltweit tätiges Herzeigeunternehmen über Jahre hindurch, keine Chance bekam, auch am Heimmarkt seine Professionalität am Casino-Sektor unter Beweis zu stellen. Jetzt aber die Zielscheibe von Unterstellungen geworden ist. Und dabei auch noch allein gelassen wird. Alle jene, die sich bis herauf in die jüngste Vergangenheit gerne bei Betriebsbesuchen in der Konzernzentrale sehen ließen, sich beeindruckt von der Leistungskraft zeigten, schweigen jetzt.

Illegale Anbieter von nicht konzessionierten, unkontrolliert eingesetzten Glücksspielautomaten und illegale Online-Glücksspielanbieter werden von der NOVOMATIC-Gruppe mit hohem Aufwand bekämpft.

Die CASAG-Lotterien-Gruppe bezahlt unfassbar hohe Gagen für ihre Vorstände, investiert aber nicht in den Kampf gegen illegales Online-Glücksspiel. Das Resultat dieser unfassbaren Untätigkeit: www.win2day.at, als einziger, exklusiver Anbieter gesetzlich genehmigter und geregelter Online-Glücksspiele, hat in den letzten 14 Jahren den auch in Österreich permanent wachsenden Markt für Online-Glücksspiele der ILLEGALEN Konkurrenz überlassen.

In Zahlen: win2day hat ca. 650.000 registrierte Spieler, die nicht konzessionierten Anbieter bald eine MILLION illegal spielender Österreicher, welche noch dazu ohne Spielerschutz diesem Raubzug der illegalen Online-Glücksspielanbieter ausgeliefert sind. Die vorwiegend über Malta und Steueroasen anbietenden illegalen Online-Glücksspielbetreiber zahlen fast keine Steuern und Abgaben in Österreich, der Republik entgehen jährlich ca. 100-200 Millionen Euro.

Bei der CASAG war für diese, den österreichischen Glücksspielmarkt, den österreichischen Steuerzahler, aber auch die CASAG-Lotterien-Gruppe selbst, massiv schädigende Enthaltensamkeit jahrelang Dietmar Hoscher zuständig.

DAS sind die wahren Probleme im österreichischen Glücksspielmarkt.

„APA“, 28.11.2019

Casinos - U-Ausschuss ist fix, "Ibiza" als Drehbuch

Utl.: Vorwürfe: Korruption, Bestechlichkeit, Postenschacher, Untreue - Rendi-Wagner: Vorwürfe jeden Tag ein Stück größer - Meinel-Reisinger: "Novomatic zahlt alle" als Schlüsselsatz

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Korruption, Amtsmissbrauch, Bestechlichkeit, Parteienfinanzierung, Untreue - diese Vorwürfe soll ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären. Er wird von SPÖ und NEOS im Dezember eingebracht, im Jänner installiert und ab März/April Zeugen befragen. Vordergründig geht es um Absprachen und Postenvergaben bei den teilstaatlichen Casinos. Hier werden laufend neue Ermittlungsergebnisse bekannt.

Der Ausschuss soll klären, ob es mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Regierung gab, erklärten am Donnerstag SPÖ und NEOS, die sich im Alleingang auf den U-Ausschuss geeinigt haben. Die Untersuchung wird ab dem Frühjahr wohl für bis zu eineinhalb Jahre auch die Parlamentarier beschäftigen.

Die Justiz ermittelt seit Monaten auf Hochtouren. Fast täglich wurden in den letzten Wochen Hausdurchsuchungen, Befragungen, verfängliche Chatprotokolle bekannt. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner sprach von schwerwiegenden Vorwürfen und Verdachtsmomenten, die jeden Tag ein Stück größer würden.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hegt den Verdacht, dass der Glücksspielkonzern Novomatic in der Zeit der türkis-blauen Regierung versucht hat, im Abtausch für eine FPÖ-freundliche Postenbesetzung in den Casinos Austria zusätzliche Glücksspiellizenzen vom Staat zu erhalten. SPÖ und NEOS wollen versuchter Einflussnahme auf das Glücksspielgesetz nachgehen und wissen, wer von welchen geheimen Deals und Absprachen wusste und wer sie deckte.

NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger wertete in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Rendi-Wagner das heimlich gefilmte "Ibiza-Bideo" mit Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus fast als "Drehbuch" für die türkis-blaue Vorgangsweise. "Novomatic zahlt alles" sei der Schlüsselsatz in dem Video - ein "moralischer Tiefpunkt in der Republik", nach dem man nicht zur Tagesordnung übergehen dürfe, wie die NEOS-Chefin meinte.

"Ibiza war die Theorie, das war der Plan, und das, was man dann gesehen hat von der FPÖ und den Türkisen, ist vielen aus dem Ibiza-Video bekannt vorgekommen", sagte auch der designierte SPÖ-Delegationsführer im U-Ausschuss, Jan Krainer. Im Untersuchungsausschuss werde es darum gehen, "Ibiza in der Praxis aufzuklären".

SPÖ und NEOS wollen den Untersuchungsauftrag etwas breiter als nur auf die Casinos-Affäre beschränkt fassen. Krainer sagte, "es geht in Wahrheit darum, Ibiza aufzuklären." Der Ausschuss dürfte etwa eineinhalb Jahre dauern, der Untersuchungszeitraum beginnt mit der Angelobung von Türkis-Blau am 18. Dezember 2017.

Auf scharfe Kritik von ÖVP und FPÖ stieß am Donnerstag, dass Postenbesetzungen unter SPÖ-geführten Regierungen damit nicht untersucht werden können. Auch Grünen-Chef Werner Kogler, der den Ausschuss an sich begrüßt, kritisierte es als "durchsichtig, dass man nur mit Türkis-Blau beginnt". Er würde zumindest in der Casinos-Affäre weiter zurückgehen, um auch den Einstieg der Novomatic bei ihrer langjährigen Konkurrentin Casinos Austria 2015 beleuchten zu können. FP-Klubchef Herbert Kickl rechnet außerdem damit, dass sich zentrale Zeugen wegen der laufenden Ermittlungen der Aussage ent schlagen werden.

Krainer und Meinel-Reisinger gehen davon aus, dass der Ausschuss als "Ibiza-Untersuchungsausschuss" laufen wird. Der Untersuchungsgegenstand soll im Detail vor der Plenarsitzung am 11. Dezember den anderen Fraktionen übermittelt werden. Neben vermuteten Deals rund um die Casinos will Krainer die Verantwortung der staatlichen Beteiligungsholding ÖBAG geklärt wissen. Auch um die umstrittene Reform der Finanzmarktaufsicht geht es ihm, sowie um Postenbesetzungen in der Notenbank. Nach Worten von Krainer ist im übrigen der halbe Nationalbank-Generalrat in die Casino-Geschichte involviert, darunter würden zwei, Peter Sidlo und Walter Rothensteiner, als Beschuldigte geführt.

„APA“, 28.11.2019

Casinos - U-Ausschuss fix - SPÖ und NEOS einig 1

Utl.: U-Ausschuss soll türkis-blaue Regierung prüfen

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Untersuchungsausschuss zur Casinos-Affäre ist fix. SPÖ und NEOS haben sich geeinigt und am Donnerstag einen Untersuchungsausschuss angekündigt, der in der Nationalratssitzung am 11. Dezember beschlossen werden soll. Untersucht werden sollen Vorgänge ab dem Antritt der türkis-blauen Regierung am 18. Dezember 2017, wie die Parteichefinnen Pamela Rendi-Wagner und Beate Meinl-Reisinger sagten.

Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hegt den Verdacht, dass der Glücksspielkonzern Novomatic in der Zeit der türkis-blauen Regierung versucht hat, im Abtausch für eine FPÖ-freundliche Postenbesetzung in den Casinos Austria zusätzliche Glücksspiellizenzen vom Staat zu erhalten. Zusätzlich zu den Ermittlungen der Justiz wollen SPÖ und NEOS die Causa nun auch im Parlament untersuchen. Gemeinsam verfügen beide Parteien über die für die Einsetzung eines U-Ausschusses nötigen Stimmen.

„Kurier“, 28.11.2019

Mikl-Leitner setzt auf Novomatic

Casinos-Affäre. Der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic überlegt, sich aus dem operativen Geschäft in Österreich zurückzuziehen. Wie berichtet, geht es dabei um den Verkauf der Automatencasinos (kleines Glücksspiel) und um Admiral Sportwetten. Betroffen wären insgesamt 2.000 Arbeitsplätze. Auf KURIER-Anfrage sagt der Sprecher der niederösterreichischen Landeshauptfrau Johanna Mikl Leitner dazu: „Gerade auch angesichts der sich anbahnenden Eintrübung am Arbeitsmarkt in ganz Europa ist uns jeder niederösterreichische Arbeitgeber wichtig.“

„Standard“, 28.11.2019

Novomatic: Kein Rückzug aus Österreich

Wien – Casinos-Großaktionär Novomatic dürfte nicht ernsthaft über einen Rückzug aus Österreich nachdenken. Dementsprechende Spekulationen hatte Konzernchef Harald Neumann ausgelöst. Laut *Kurier* soll er gesagt haben: „Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben.“ Demnach wird erwogen, aus dem Geschäft mit dem Automatenglücksspiel und Sportwetten in Österreich auszusteigen. Novomatic betreibt beides in der Admiral-Gruppe. Am Mittwoch wurde die Lage in einer Mitteilung an die Mitarbeiter klar gestellt: „Ein Rückzug von Admiral steht nicht zur Debatte.“ (as)

„www.calvinayre.com“, 27.11.2019

Ainsworth turns to Novomatic to try to halt revenue slide

Australia-based gaming technology company Ainsworth Game Technology has been trying to figure out how to put the brakes on a **revenue slide** and turn around the business. It hasn't had a productive 2019 and the third quarter was particularly brutal, resulting in a year-on-year drop of 65.9% in its profit. Not quite sure where to find an immediate solution, Ainsworth is going to do what most children do when they lose their way – look to the parents. In this case, the parent is Novomatic, which owns 52% of the company.

During Ainsworth's annual general meeting yesterday, CEO Lawrence Levy admitted that it has been a rough year. Profit was down to \$7.4 million on revenue that slid 11.8% to \$158.8 million. The **Asian market** was hit hard with a 22.4% drop in revenue and the Australian market was pummeled by a 43.2% drop.

But, the company is ready to bounce back.

Levy told those who participated in the meeting, "We are also empowering a new internal creative team to focus on new game concepts based on a deep understanding of customer requirements. We look forward to our new games making a meaningful contribution to our financial results in fiscal-year 2021."

To do that, Ainsworth is going to rely heavily on the "significant expertise" of Austria-based Novomatic, which bought its controlling stake in the company last year. Levy explained that the company will turn to Novomatic Novomatic AG "to identify and deliver additional synergy benefits from this strategic partnership," adding, "While Ainsworth is well represented in many markets, our sales coverage is not complete. We have identified opportunities for sales in markets where Ainsworth does not currently operate. Novomatic has a strong presence in many of these markets and we can leverage their significant distribution capability to build additional revenues.



In October, two Ainsworth executives resigned, allowing Ainsworth to consolidate its operations somewhat in order to work more efficiently and allow for more “creativity, information flow and decision making.” Those executives were the company’s chief technology officer, Kieran Power, and its president of North American operations, Joseph Bertolone.

While Ainsworth works on a plan of attack and gets help from Novomatic, the 2020 fiscal year will most likely remain flat. The company will be investing a lot in product development and “transition to new game concepts” that will imply additional costs, but Levy remains optimistic that everything will be in much better shape by fiscal year 2021.

Levy also confirmed to meeting participants that the board is going to see a couple of changes. As announced **this past September**, Graeme Campbell has stepped down as chairman, taking the role of lead independent director, and in his place will be former CEO Danny Gladstone.

„www.presseportal.de“, 27.11.2019

8. LÖWEN FORUM Bingen: Digitalisierung gestalten



Über 300 Besucher aus Politik, Wirtschaft und Medien kamen zum traditionellen LÖWEN FORUM Bingen von LÖWEN ENTERTAINMENT. Das Thema: der digitale Wandel. Auf dem Podium sprachen der Ökonom Prof. Marcel Fratzscher, Greentube-CEO Mag. Thomas Graf und der Bundesvorsitzende der Jungen Union Tilman Kuban.

Mit zunehmender Geschwindigkeit verändert die Digitalisierung Arbeitswelten, Märkte und ganze Volkswirtschaften. Sie birgt Risiken, bietet aber auch Chancen für Menschen und Unternehmen. Diesem Zwiespalt widmete sich das von LÖWEN ENTERTAINMENT veranstaltete 8. LÖWEN FORUM Bingen mit über 300 Gästen aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien.

"In der Digitalisierung sehen wir als Unternehmen zuvorderst eine Chance für mehr Wertschöpfung, mehr Arbeitsplätze und neue Produkte", sagte Christian Arras, Vorsitzender der Geschäftsführung von LÖWEN ENTERTAINMENT, in seiner Begrüßungsrede. "Doch noch immer steht Digitalisierung in Deutschland unter dem Vorzeichen der Angst. Eine Angst, die sich im politischen Diskurs und der Regulierung zahlreicher Märkte widerspiegelt. Der Glücksspielmarkt ist dafür ein Beispiel unter vielen."

Die Chancen und Risiken der Digitalisierung für den Mittelstand beschrieb Keynote-Speaker Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Der renommierte Ökonom betonte, dass die Digitalisierung gewaltige Herausforderungen mit sich bringe. "Eine der schwierigsten Herausforderungen wird aber nicht der technologische Wandel per se sein, sondern dessen Geschwindigkeit", so Fratzscher, "Menschen, Regionen und Wirtschaftszweigen werden häufig nur wenige Jahre bleiben, diesen Wandel zu gestalten und von den Wachstumschancen zu profitieren."

Von der Politik forderte er ein Umdenken und Reformen. Reformen, die vor allem mittelständische Unternehmen stärken und so eine breite Teilhabe ermöglichen würden. Im anschließenden LÖWEN-Talk - moderiert von der politischen Korrespondentin der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dr. Helene Bubrowski - betonte Fratzscher die Bedeutung der "drei T's" für die Digitalisierungsreformen: Technologie, Talente, Toleranz. Mit ihm auf dem Podium saßen Mag. Thomas Graf, CEO von Greentube Internet Entertainment Solutions, einem Tochterunternehmen der NOVOMATIC-Gruppe, und der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Tilman Kuban.

"Um die Digitalisierung voranzutreiben brauchen wir die Menschen, die Talente - hochspezialisierte IT-Experten, Game-Entwickler und -Designer. Die Standortfrage ist in diesem Kampf um die Köpfe entscheidend", sagte Graf. Hauptsitz der Greentube ist Wien mit Standorten unter anderem in Vancouver und Athen. Die Rasanz der Digitalisierung werde aber in vielen Ländern nicht durch die Geschwindigkeit der Regulierung abgebildet, gab der Greentube-CEO zu bedenken. Als Beispiel nannte er Deutschland.

"Online-Glücksspiel ist hier verboten. Trotzdem werden in diesem illegalen Markt jährlich rund vier Milliarden Euro erwirtschaftet. Der Online-Markt ist also längst Realität, ist Teil der Lebenswirklichkeit von Millionen Konsumenten", so Graf. Erfahrungen aus anderen Ländern, wie etwa Dänemark, würden zeigen: Nur ein regulierter Online-Markt, der ein attraktives Angebot zulässt, dämmt den illegalen Markt ein, stärkt den Vollzug und den Spielerschutz. "Nicht das Online-Spiel an sich ist das Problem, das Problem ist die Illegalität", bekräftigte Graf.

"90 Prozent der Deutschen sind heute im Internet unterwegs, 80 Prozent sogar mobil mit dem Smartphone. Die Digitalisierung bestimmt längst unseren Alltag", sagte der JU-Bundesvorsitzende Tilman Kuban. Die Politik müsse hier endlich nachziehen. Deshalb sei es gut, dass der Antrag der JU für ein Digitalisierungsministerium auf dem Bundesparteitag angenommen worden sei. "Neben der KI-Offensive brauchen wir außerdem ein gleichwertiges Programm für Blockchain", so Kuban. Andernfalls habe Deutschland bei der globalen Konkurrenz keine Chance Technologieweltmeister zu bleiben.

Das LÖWEN FORUM Bingen findet bereits seit 2010 am Firmensitz von LÖWEN ENTERTAINMENT unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Stadt Bingen statt. Es bietet hochkarätigen Entscheidern und Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien eine Austauschplattform mit wichtigen gesellschaftlichen Akteuren der Region.

Über LÖWEN ENTERTAINMENT GmbH:

LÖWEN ENTERTAINMENT ist führender Hersteller und mit ADMIRAL Spielhalle führender Betreiber von Geldspielgeräten in Deutschland. In dem Unternehmen vereinen sich fast 70 Jahre Tradition und Innovationskraft der Geldspielbranche. Es beschäftigt aktuell über 4.500 Mitarbeiter und setzte im Jahr 2018 645 Millionen Euro um. LÖWEN ENTERTAINMENT ist Teil der NOVOMATIC-Gruppe, Europas führendem Gaming-Technologiekonzern, mit mehr als 30.000 Mitarbeitern.

„www.isa-guide.de“, 27.11.2019

„Weihnachten für Alle“: Spielbank Berlin unterstützt Spandauer Initiative für Senioren mit 1.500 Euro

Berlin – Weihnachten ist eine Zeit der Besinnlichkeit und des friedvollen Beisammenseins. Besonders Senioren sind jedoch in dieser Jahreszeit oft einsam und blicken dem Weihnachtsfest und Heiligabend aus Angst vor dem Alleinsein oft mit gemischten Gefühlen entgegen.

Bereits seit 2005 packt die Initiative „Weihnachten für Alle“ daher Weihnachtspakete für ältere Menschen in Spandau, damit auch diese sich in der Weihnachtszeit über eine kleine Aufmerksamkeit freuen können. Weihnachtsgeschenke, als kleine symbolische Geste für bedürftige Senioren, unabhängig von Religionszugehörigkeit,

Geschlecht oder Nationalität, sind der tragende Gedanke hinter der Aktion. Für viele Senioren, die solch ein unerwartetes Paket bekommen, ist es der einzige Lichtblick, den sie über die Weihnachtstage haben.

In diesem Jahr wird „Weihnachten für Alle“ insgesamt 1.600 Weihnachtspakete packen und verschenken. Um den Aufwand und die Kosten zu bewältigen, ist die Initiative auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. In der Bruno-Gehrke-Halle in Spandau folgten zahlreiche freiwillige Helfer dem Ruf von „Weihnachten für Alle“ und halfen beim Packen der Päckchen. Doch natürlich werden auch finanzielle Mittel dringend benötigt. Die Spielbank Berlin unterstützt daher die Initiative mit 1.500 Euro und tatkräftiger Hilfe beim Einpacken der Geschenke.

„Die Initiative ‚Weihnachten für Alle‘ ist ohne Unterstützung nicht möglich“, so Initiator **Jürgen Kessling**. „Besonders in diesem Jahr sind mit den vielen Paketen auch die Kosten gestiegen, die wir aus eigener Kraft nicht hätten schultern können. Wir freuen uns daher über die Unterstützung der Spielbank Berlin und bedanken uns herzlich für die großzügige Spende.“

„Weihnachten ist die Zeit im Jahr, in der die Menschen einmal ihre Sorgen vergessen und mit Freude und Optimismus in die Zukunft blicken sollten“, sagt **Guido Blessin**, Standortleiter der Spielbank Berlin. „Wenn wir einen kleinen Beitrag dazu leisten können, dann erfüllt uns das mit Stolz und Freude.“



Scheckübergabe an „Weihnachten für alle“: Guido Blessin (l.) und Jürgen Kessling. (Foto: Business Network)

„Heute“, 27.11.2019



Harald
Neumann

Zieht Novomatic aus Österreich ab?

Bei Novomatic ist der Ärger über die Sidlo-Affäre groß. Jetzt überlegt der Casinos-Großaktionär sogar den Rückzug aus dem operativen Geschäft in Österreich. „Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben“, wird Novomatic-Chef Harald Neumann vom Kurier zitiert.

Konkreter will er nicht werden. Verkauft werden könnten das „kleine Glücksspiel“, also die Automaten, und die Sportwetten, die in der Admiral-Gruppe zusammengefasst sind. Was mit den Casinos-Anteilen passiert, ist noch offen. Die Konzernzentrale von Novomatic soll aber in Gumpoldskirchen bleiben **H**

„Heute“, 27.11.2019

Erfolg für Landessprecherin – Glücksspielkonzern legt aber nach

Streitwert 35.000 €: Grüne Krismer siegt vor Gericht gegen Novomatic

Im Duell mit Novomatic (Sitz in Gumpoldskirchen) entschied Grünen-Landessprecherin Helga Krismer die erste Runde für sich.

Der Lehrgang Leisure, Entertainment and Gaming Manage-

ment an der Donau-Uni Krems sei „nicht im Sinne der Steuerzahler“. Und: „Wenn Unternehmen wie die Novomatic AG Schulungen ihrer Mitarbeiter benötigten, dann mögen sie es ohne Steuergeld selbst organisieren.“ Wegen dieser Aussagen hatte Novomatic Krismer geklagt.

Nun erging das Urteil schriftlich: Das Klagsbegehren (Streitwert: 35.000 €) wurde vom Landesgericht St. Pölten abgewiesen (nicht rechtskräftig).

Das Urteil beruhe auch auf den „Tatsachen, dass die Donau-Uni Krems durch Steuergeld mitfinanziert wird (5,4 Mio. € aus dem

NÖ Landesbudget 2019, zusätzlich Fördergelder des Bundes)“, heißt es seitens der NÖ Grünen.

Novomatic klagte Krismer aber erneut, u.a. wegen folgender Aus-

von Erich Wessely

sage: „Kunst und Kultur in Niederösterreich ist nicht kaufbar, um das Image eines Glücksspielkonzerns aufrecht zu polieren.“

Die Verhandlung findet am 13. Jänner statt.

Es gehe darum, „bewusst kreditschädigende Äußerungen nicht stillschweigend zu akzeptieren“, so Novomatic auf „Heute“-Anfrage. Grünen-Chefin Krismer bleibt gelassen: „Ich lasse mich nicht mundtot machen.“ 



Helga Krismer (NÖ Grüne)

Novomatic: Poker um Rückzug

Casinos-Affäre. Der Gaming-Konzern überlegt seinen Ausstieg aus dem operativen Geschäft in Österreich



ANDREA HODOSCHEK

Wirtschaft von innen

Knalleteffekt in der Casinos-Affäre. Der Großaktionär Novomatic dürfte von der Causa, die sich zur Staatsaffäre ausgewachsen hat, schön langsam genug haben. Wie der KURIER aus Kreisen von Mitbewerbern des Gaming-Konzerns erfuhr, überlege Novomatic, sich aus dem operativen Geschäft in Österreich zurückzuziehen.

Novomatic-Chef Harald Neumann meint dazu gegenüber dem KURIER: „Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben.“

Über die konkreten Pläne will Neumann derzeit keinen Kommentar abgeben. Wie man jedoch aus dem Umfeld der Konkurrenz hört, werde es Konsequenzen geben, die in den nächsten Wochen diskutiert würden. Primär dürfte es um das kleine Glücksspiel (Automatenspiel) und um Sportwetten gehen.

Novomatic betreibt beide Bereiche in der Admiral-Gruppe. Zur Admiral Casinos & Entertainment AG gehören die Automatencasinos in Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten, dem Burgenland und in Oberösterreich. Die Admiral Sportwetten GmbH hat österreichweit rund 250 Filialen.

Insgesamt sind in der Admiral-Gruppe rund 2.000 Mitarbeiter beschäftigt. In der Branche meint man, dass Novomatic kein Problem hätte, für dieses Geschäft rasch Käufer zu finden, die auch die Mitarbeiter übernehmen würden. Die Lizenzen in den Bundesländern laufen teilweise bis zu 15 Jahre.

Frägt sich, ob Novomatic auch aus der Casinos-Beteiligung aussteigen würde, der Konzern ist mit 17,2 Prozent der drittgrößte Aktionär. In diesem Fall würde sich allerdings das Problem stellen, dass der Erzfeind, die tschechische Sazka-Gruppe, die Mehrheit der Stimmrechte bekäme.

Denn unter den Aktionären der Casinos gibt es Aufgriffsrechte und Optionen. Novomatic müsste die Anteile der Staatsholding ÖBAG und Sazka anbieten. Die Tschechen sind mit 38,29 Prozent der größte Aktionär und versuchen von Beginn an, die Casag zu beherrschen, was freilich immer dementiert wurde.

Sazka würde anteilig die Novomatic-Aktien aufgreifen. Zudem haben die Tschechen



Die Konzernzentrale in Gumpoldskirchen, NÖ, soll bleiben. Doch das operative Österreich-Geschäft steht auf dem Spiel

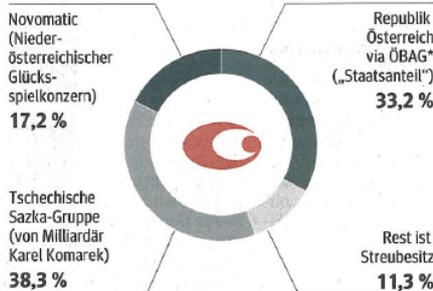
AP/ANNEBERG PARRIS/OTTER

ein Stimmrechtsabkommen mit dem Bankhaus Schelhammer & Schattera. Die ehemalige Kirchenbank gehört zur Grazer Wechselseitigen und hält noch 5,31 Prozent an den Casinos. Einem Verkauf dieser Anteile an Sazka schob Ex-Finanzminister Hartwig Löger durch ein Aufgriffsrecht der Republik den Riegel vor.

Doch das Stimmrechtsabkommen genügt. Sazka hätte bei einem Ausstieg von Novomatic hauchdünn die Mehrheit – und die Republik nichts mehr zu reden. Kaum anzunehmen, dass der Novomatic-Eigentümer, der Industrielle Johann F. Graf, ausgerechnet jetzt w.o. geben würde.

CASINOS AUSTRIA

Anteile am Konzern (vereinfachte Darstellung)



KURIER Grafik: CS

* Österreichische Beteiligungs AG
Quelle: APA/Casinos Austria

Gaming-Konzern

Marktführer

1980 von Johann F. Graf gegründet, ist Novomatic heute einer der weltweit führenden Hersteller von Glücksspiel-equipment, Systemlösungen, Lotteriesystemlösungen und Dienstleistungen. Der Konzern mit Headquarter in Gumpoldskirchen, NÖ, spielte 2018 mit mehr als 30.000 Mitarbeitern weltweit rund 4,8 Milliarden Euro Umsatz ein und betreibt 14 Produktionsstandorte in 11 Ländern sowie 25 Technologiezentren in 16 Staaten. Das Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen lag bei 556 Millionen.

In der Branche wird auch in die andere Richtung spekuliert. Trennt sich Novomatic tatsächlich vom Inlandsgeschäft, könnte der Konzern erneut versuchen, die Mehrheit bei den Casinos zu erreichen. Novomatic war schon einmal knapp dran, als die Bundeswettbewerbsbehörde einen Strich durch die Rechnung machte. Wettbewerbs-experten meinen, ein solcher Deal könnte durchgewunken werden, wenn Novomatic dann nicht mehr als 30 Prozent Marktanteil hätte.

Headquarter bleibt

Die Konzernzentrale würde auf alle Fälle in Gumpoldskirchen bleiben. Ebenso die Produktion, in der rund 1.000 Mitarbeiter beschäftigt sind. Graf liebe Österreich und würde Niederösterreich mit dem Standort weiterhin „die Treue halten“, wird im Unternehmen kolportiert.

Bei der Hausdurchsuchung hatte Graf erklärt, dass er nur fünf Prozent seines Umsatzes in Österreich mache, aber 100 Prozent seiner Steuern zahle und dafür 80 Prozent der „Sch...“ hier habe. Im Vorjahr spielte die Gruppe 4,8 Milliarden Euro an Umsatz ein, der Österreich-Anteil wäre 240 Millionen Euro. Anzunehmen, dass das internationale Geschäft rentabler ist.

An einem Gerücht über Telekom-Chef Thomas Arnoldner, das in der ÖVP die Runde macht, scheint nichts dran zu sein. Parteichef Sebastian Kurz wolle Arnoldner in den Vorstand der Staatsholding ÖBAG holen, wird kolportiert. ÖBAG-Chef Thomas Schmid wird bei den Casinos-Ermittlungen als einer der elf Beschuldigten geführt. „Ausgeschlossen. Personalgerichte kommentieren wir nicht“, erklärt die Telekom dazu.

andrea.hodoschek@kurier.at

Finanzprokurator prüft Sidlo-Deal

Causa Casinos. Wenig Aufschluss, kaum Beschlüsse in Sondersitzung

Finanzminister Eduard Müller nahm am Dienstag bei der Sondersitzung des Nationalrats seinen Vorgänger in Schutz: Hartwig Löger habe in der Causa Casinos keine Weisungen erteilt, hieß es in der Beantwortung einer Dringlichen Anfrage der SPÖ. Der frühere ÖVP-Minister Löger war unter Druck geraten, weil sich Ex-Vizekanzler Strache bei ihm per SMS für „Unterstützung“ bedankt hatte – gemeint war die Bestellung des dafür mäßig qualifizierten FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria (Casag). Zum damaligen Zeitpunkt hätten laut Redlichkeits- und Eignungsprüfung keine Gründe der Bestellung widersprochen, so Müller. Die Fi-

nanzprokurator sei mit einer genauen Prüfung beauftragt, und zwar „zur glücksspielrechtlichen Beurteilung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Casag“.

Sonst gab es kaum neue Aufschlüsse. Die Sozialdemokraten wollten wissen, ob neben FPÖ-Akteuren türkische Politiker in den Korruptionsverdacht und Postenschacher verwickelt waren und ob es Gegengeschäfte in Form von Glücksspiellizenzen gab. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner forderte „schonungslose Aufklärung“, ein Untersuchungsausschuss sei „unausweichlich“. ÖVP und FPÖ sahen in der Sondersitzung ein SPÖ-Ablenkungsmanöver von deren schlechten Wahlergebnissen.

Die (ohnein unverbindlichen) Entschleunigungsanträge, die bei der Sondersitzung zu den Casinos eingebracht wurden, wurden großteils abgelehnt. Angenommen wurde von Türkis-Blau einzig und allein ein Antrag, der eine volle Aufklärung der Ibiza-Affäre verlangte.

Kein neuer Prüfauftrag

Gescheitert ist hingegen etwa ein Antrag, Peter Sidlo als Finanzvorstand der Casinos abberufen zu lassen. Ebenso keine Mehrheit bekam das FPÖ-Ansinnen, den Rechnungshof Unternehmen mit mindestens 25 Prozent öffentlicher Beteiligung prüfen zu lassen. Hier verhinderten ÖVP und SPÖ einen Beschluss.

NÖ-Grüne Krismer bekommt bei Novomatic-Klage recht

Berufung. Die Klage von Novomatic gegen die Landes-sprecherin der Grünen Niederösterreich, Helga Krismer, wurde am Landesgericht St. Pölten abgelehnt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und Novomatic möchte in der Causa in die nächste Instanz gehen und Berufung einlegen. Am 13. Jänner steht Krismer wegen einer weiteren Anklage von Novomatic vor Gericht.

Grund der ersten Anklage war die Kritik der Grünen-Politikerin an dem neuen Lehrgang „Leisure, Entertainment and Gaming Business Management“ der Donau-UNI Krems. Krismer behauptete, dass der Lehrgang nicht im Sinne der Steuerzahler sei. Glücks-

spielkonzerne wie beispielsweise Novomatic könnten Schulungen für Mitarbeiter auch ohne Steuergelder selbst organisieren. Krismer wurde daraufhin auf Unterlassung, Widerruf und Veröffentlichung mit einem Streitwert von 35.000 Euro geklagt. Am 22. November wurde die Klage abgewiesen.

Weiters wird Krismer wegen Aussagen wie „Kunst und Kultur in Niederösterreich ist nicht kaufbar, um das Image eines Glücksspielkonzerns aufrecht zu polieren!“ geklagt. Novomatic betont in einer Stellungnahme, dass man bewusst kredit-schädigende Behauptungen nicht stillschweigend akzeptieren möchte.

„www.orf.at“, 27.11.2019

„Kurier“: Novomatic erwägt Rückzug aus Österreich-Geschäft

Der Casinos-Großaktionär Novomatic überlegt laut einem Bericht des „Kurier“ (Mittwoch-Ausgabe), das operative Geschäft in Österreich zu verkaufen. Novomatic habe von der Causa Casinos langsam genug, berichtete das Blatt unter Berufung auf Kreise von Mitbewerbern. „Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben“, wurde Novomatic-Chef Harald Neumann zitiert.

Zu den konkreten Plänen wolle Neumann derzeit keinen Kommentar abgeben, so der „Kurier“. Wie man jedoch aus dem Umfeld der Konkurrenz höre, soll es Konsequenzen geben, die in den nächsten Wochen diskutiert würden. Es dürfte um das Automatenglücksspiel und um Sportwetten gehen, heißt es in dem Bericht. Novomatic betreibt beides in der Admiral-Gruppe.

Zentrale soll in Gumpoldskirchen bleiben

Was mit Novomatics Anteil von 17 Prozent an der teilstaatlichen Casinos Austria AG geschehen soll, ist der Zeitung zufolge offen. Die Novomatic-Konzernzentrale wiederum solle auf alle Fälle in Gumpoldskirchen bleiben, so der „Kurier“. Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel sagte auf APA-Anfrage zu dem Bericht, dass man Spekulationen nicht kommentiere.



Gegen die Novomatic AG sowie Neumann und Eigentümer Johann Graf ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen Bestechung. Sie sollen den FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo als Casinos-Finanzvorstand nominiert haben, um im Gegenzug Glücksspiellizenzen zu bekommen. Alle der insgesamt elf Beschuldigten in dem Verfahren bestreiten die Vorwürfe. Es gilt die Unschuldsvermutung.

„APA“, 27.11.2019

Casinos: Novomatic erwägt Rückzug aus Österreich-Geschäft - Zeitung

Utl.: "Kurier": Verkauf der Admiral-Gruppe im Gespräch - Novomatic-Chef Neumann: "Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben"

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Casinos-Großaktionär Novomatic überlegt laut einem Medienbericht, das operative Geschäft in Österreich zu verkaufen. Novomatic habe von der Causa Casinos schön langsam genug, berichtete der "Kurier" am Mittwoch unter Berufung auf Kreise von Mitbewerbern. "Wir haben uns das anders vorgestellt, als wir die Casinos-Anteile gekauft haben", wird Novomatic-Chef Harald Neumann zitiert.

Über die konkreten Pläne wolle Neumann derzeit keinen Kommentar abgeben, so der "Kurier". Wie man jedoch aus dem Umfeld der Konkurrenz höre, soll es Konsequenzen geben, die in den nächsten Wochen diskutiert würden. Demnach dürfte es um das Automaten-Glücksspiel und um Sportwetten gehen, heißt es in dem Bericht. Novomatic betreibt beides in der Admiral-Gruppe.

Was mit Novomatics Anteil von 17 Prozent an der teilstaatlichen Casinos Austria AG geschehen soll, ist der Zeitung zufolge offen. Die Novomatic-Konzernzentrale wiederum solle auf alle Fälle in Gumpoldskirchen bleiben, so der "Kurier". Novomatic-Pressesprecher Bernhard Krumpel erklärte auf APA-Anfrage zu dem Bericht, Spekulationen nicht zu kommentieren.

Gegen die Novomatic AG sowie Neumann und Eigentümer Johann Graf ermittelt die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft wegen Bestechung. Sie sollen den FPÖ-Kandidaten Peter Sidlo als Casinos-Finanzvorstand nominiert haben, um im Gegenzug Glücksspiellizenzen zu bekommen. Alle der insgesamt elf Beschuldigten in dem Verfahren bestreiten die Vorwürfe.

„APA“, 26.11.2019

Casinos - ÖBAG-Chef droht Sazka-Boss mit Klage

Utl.: ÖBAG-Schmied via Anwalt: Hatte zu keinem Zeitpunkt Kenntnis von einem angeblichen Hintergrunddeal zwischen FPÖ und der Novomatic

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Streit um die Casinos wird zum Glücksfall für die Anwälte. Zu den diversen Klagsdrohungen hat sich heute jene von Thomas Schmied, Chef der Staatsholding ÖBAG, dazugesellt. Er stößt sich an den Aussagen von Sazka-Chef Robert Chvatal im heutigen "Standard".

Die ÖBAG ist für die Staatsbeteiligungen an den Casinos Austria, der OMV, der Post und der Telekom Austria verantwortlich. Schmied war zuvor Generalsekretär im Finanzministerium und hatte vor einem Treffen von Finanzminister Hartwig Löger mit dem Casinos-Aktionär Novomatic Ministeriumsunterlagen über Glücksspiellizenzen abfotografiert und an Novomatic verschickt. Er war einer jener Personen, bei denen kürzlich eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde.

Wie der "Standard" heute Abend online berichtet, ortet Schmied einen falschen Vorwurf durch Chvatal und droht nun mit rechtlichen Schritten. Demnach würde Chvatal seinem Mandanten unterstellen "nicht nur, dass er Kenntnis von einem 'Hintergrunddeal' zwischen FPÖ und der Novomatic AG gehabt habe, sondern sogar aktiv darin involviert gewesen sei", schrieb Schmid's Anwalt Thomas Kralik an Chvatal, so der "Standard".

Und Kralik weiter: "Mein Mandant hatte zu keinem Zeitpunkt Kenntnis von einem angeblichen Hintergrunddeal zwischen FPÖ und der Novomatic AG und schon gar nicht daran aktiv mitgewirkt." Bei einer Wiederholung der Äußerungen werde Schmid gerichtlich gegen Chvatal vorgehen, da diese "massiv ehrenrührig und kreditschädigend" seien, wie der Rechtsanwalt festhält.

„APA“, 26.11.2019

Causa Casinos: NR-Sondersitzung im Zeichen gegenseitiger Schuldzuweisungen

Parteien für rasche Aufklärung der Vorwürfe

(Wien/PK) - Die Causa Casinos sorgte in der heutigen [Nationalrats-Sondersitzung](#) für hitzige Debatten und wechselseitige Schuldzuweisungen. Bei der Behandlung einer [Dringlichen Anfrage](#) an Finanzminister Müller ging die SPÖ scharf mit FPÖ und ÖVP ins Gericht, wobei der Vorwurf des Postenschachers und der Korruption im Zusammenhang mit der Bestellung des FPÖ-Politikers Peter Sidlo als Vorstand der Casinos Austria (CASAG) im Raum stand. Die FPÖ wiederum bezichtigte ihrerseits die SPÖ der Parteibuchwirtschaft und thematisierte Postenbesetzungen in Wien und Kärnten, aber auch die fachliche Eignung des SPÖ-Vorstands bei der CASAG Dietmar Hoscher. Die ÖVP, die sich mit Nachdruck gegen Vorverurteilungen wandte, übte heftige Kritik an der Veröffentlichung von Untersuchungsakten in den Medien und plädierte für eine lückenlose Aufklärung der sich aus dem Ibiza-Video ergebenden Vorwürfe strafbarer Handlungen. Ein entsprechender Entschließungsantrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS angenommen. Ein klares Bekenntnis gegen Korruption und für Transparenz kam einmal mehr von Grünen und NEOS. Insgesamt ließen die Wortmeldungen der Fraktionen erkennen, dass ein Untersuchungsausschuss in Sachen "Ibiza" näher rückt.

SPÖ sieht Verantwortung bei türkis-blauer Regierung

Es sei von Anfang an klar gewesen, dass Peter Sidlo die gesetzlichen Voraussetzungen für einen Vorstand eines Glückspielunternehmens nicht erfülle, betonte Kai Jan Krainer (SPÖ). Trotzdem habe ihn Finanzminister Löger durchgewinkt. Krainer zweifelte ebenso wie sein Fraktionskollege Philip Kucher, dass Sebastian Kurz von den Vorgängen rund um die Bestellung Sidlos nichts gewusst habe. Christoph Matznetter (SPÖ) sprach von "Gesetzeskauf in Reinkultur" unter Beteiligung der türkis-blauen Regierung und forderte in einem Entschließungsantrag, der bei der Abstimmung allerdings in der Minderheit blieb, die Abberufung von ÖBAG-Chef Thomas Schmid. Klar ist für ihn aber auch, dass sich die türkis-blaue Regierung ihrer politischen Verantwortung zu stellen habe.

Ob strafbare Handlungen vorliegen, werde von der Justiz zu klären sein, unterstrich Selma Yildirim (SPÖ). Wichtig sei es in diesem Zusammenhang nun vor allem, dass die Korruptionsstaatsanwaltschaft unbehindert arbeiten kann. Nicht durchsetzen konnte sich Yildirim mit ihrem Entschließungsantrag auf Abberufung von Peter Sidlo. Jörg Leichtfried (SPÖ) erinnerte an das Ibiza-Video und forderte die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der sich daraus ergebenden Vorwürfe. Klären will Leichtfried dabei auch die Rolle des ehemaligen Bundeskanzlers Sebastian Kurz.

ÖVP für volle Aufklärung der Vorwürfe aus dem Ibiza-Video

Wolfgang Gerstl(ÖVP) bezeichnete die Bestellung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat als üblichen Vorgang. Sollte es Einflussnahmen der FPÖ gegeben haben, dann sei dies aufs schärfste zu verurteilen, bekräftigte er und sprach sich für eine rasche Aufklärung aus, wobei seiner Meinung nach zunächst die Justiz am Zug ist. Die ÖVP werde jedenfalls aktiv an der Klärung der Vorwürfe mitarbeiten, behalte sich aber vor, den Rechtsweg zu bestreiten gegen jeden, der Sebastian Kurz oder Norbert Blümel unterstellt, in strafbare Handlungen involviert zu sein, stellte Gerstl klar. Die Dringliche Anfrage qualifizierte er als durchschaubares Manöver der SPÖ, um von ihren eigenen Problemen, allen voran den Kündigungen in der Partei, abzulenken. Ähnlich äußerte sich auch August Wöginger (ÖVP), der der SPÖ empfahl, vor der eigenen Tür zu kehren. Mit Nachdruck wies er überdies die gegen Hartwig Löger gerichteten Vorwürfe zurück. Der ehemalige Finanzminister habe als Eigentümervertreter der Republik Österreich nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt. Es sei derzeit Aufgabe der Justiz, sämtliche Vorwürfe - so auch etwa das Treffen des Wiener Bürgermeisters Ludwig mit Novomatic-VertreterInnen - zu klären, betonte Wöginger mit Nachdruck.

Auch Klaus Furlinger (ÖVP) konnte die Kritik der SPÖ nicht nachvollziehen und verwies auf Besetzungen der Sozialdemokraten in der Vergangenheit. Empört zeigte er sich zudem über Veröffentlichungen aus Akten in den Medien und sah daran einen Verstoß gegen die von der Menschenrechtskonvention geschützten Rechte der Beschuldigten. In einem Entschließungsantrag, der mehrheitlich unterstützt wurde, forderte Furlinger eine diesbezügliche Prüfung sowie die volle Aufklärung sämtlicher sich aus dem Ibiza-Video ergebenden Vorwürfe. Die Dringliche Anfrage basiere auf Untersuchungsakten, die auf höchst dubiose Weise veröffentlicht wurden, pflichtete ihm Karlheinz Kopf (ÖVP) bei, der sich vehement gegen Vorverurteilungen aussprach und mit Nachdruck Angriffe der NEOS auf Wirtschaftskammer-Präsident Mahrer zurückwies.

FPÖ wirft SPÖ Postenschacher und Parteibuchwirtschaft vor

Die SPÖ stört es offenbar, dass ein FPÖ-Mitglied im CASAG-Vorstand einen SPÖ-Vertreter ersetzt, vermutete Herbert Kickl (FPÖ). Dieselbe Beratungsfirma, die Sidlo beurteilt hatte, habe den SPÖ-Vorstand Dietmar Hoscher als nicht geeignet qualifiziert, erinnerte der FPÖ-Klubobmann und stellte fest, die SPÖ habe in Sachen Casinos "Butter am Kopf". Gerade Hoscher, für den man einen eigenen Bereich samt Titel geschaffen hatte, vereinige sämtliche Ingredienzen sozialdemokratischen Bonzentrums, meinte Kickl in Anspielung an üppige Urlaubsabfindungen des SPÖ-Vertreters. Der SPÖ gehe es nur darum, einen freiheitlichen Kandidaten "anzuputzen", der bei der Personalberatung besser abgeschnitten hat als ihr eigener Mann, bestätigte Kickls Fraktionskollegin Dagmar Belakowitsch. Irritiert zeigte sie sich überdies über Postenbesetzungen durch die SPÖ in Wien, wobei sie feststellte, GenossInnen, die man sonst nicht unterbringen könne, würden mit Funktionen wie Fußgängerbeauftragter, Schulschwänzerbeauftragter oder Daseinsvorsorgebeauftragter versorgt. Dies sei Postenschacher in Reinkultur.

In dieselbe Kerbe schlug Erwin Angerer (FPÖ) mit der Bemerkung, die SPÖ agiere als Sinnbild der Parteiwirtschaft. Gerade in Kärnten würden die Sozialdemokraten parteipolitische Postenbesetzung betreiben, so etwa bei der jüngsten Bestellung des Bildungsdirektors. In einem Entschließungsantrag, der keine Mehrheit fand, forderte Angerer überdies die Erweiterung der Prüfkompetenz des Rechnungshofs auf Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mindestens 25% beteiligt ist. Für Christian Hafenecker (FPÖ) gehen die Korruptionsvorwürfe der SPÖ ins Leere, zumal in der Zeit der türkis-blauen Regierung keine einzige Glückspielmaterie beschlossen worden sei. Seiner Meinung nach sollte sich ein Untersuchungsausschuss insgesamt mit Postenschacher befassen. Zu prüfen wären dabei aber auch die Rolle der Grünen im Zusammenhang mit einer Spende der CASAG an die Wiener Partei.

Grüne für transparentes und korruptionsfreies Österreich

"Schluss mit Postenschacher und Korruption!", so die Forderung Sigrid Maurers (Grüne), die für einen Untersuchungsausschuss eintrat. Öffentliches Eigentum bedingt Postenbesetzungen, führte Werner Kogler (Grüne) aus und unterstrich das notwendige Vertrauensverhältnis zu Führungspersonen. Dazu seien aber Mindestqualifikationen einzuhalten und es müsse die Legalität gewahrt bleiben. Zur Aufklärung machte Kogler den Vorschlag, den Rechnungshof einzubinden, und setzte sich einmal mehr dafür ein, dem Rechnungshof eine Prüfbefugnis ab einer 25%-igen Beteiligungsschwelle des Bundes einzuräumen.

Auch David Stögmüller (Grüne) war mit der Postenbesetzung in der CASAG unzufrieden. Mit Peter Sidlo wurde absichtlich eine derart ungeeignete Person vorgeschoben, dass für seine Besetzung ein Gegengeschäft abgeschlossen werden musste, erläuterte er. Um Vorstandsbesetzungen in staatsnahen Unternehmen zu objektivieren, brachte Nina Tomaselli (Grüne) einen Antrag ein, mit dem sie Bestimmungsvoraussetzungen, Sanktionen sowie Berichtspflichten an den Nationalrat einführen und Arbeitsverträge mit Organen an die tatsächliche Dauer der Funktionsausübung koppeln will. Die Initiative fand allerdings keine Mehrheit.

NEOS: Vertrauen der Menschen in die Politik tief erschüttert

Beate Meinl-Reisinger lehnt Postenschacher zutiefst ab. Während die Verschaffung von Vorteilen nicht strafbar sei, lägen in dieser Causa mehrere Rechtswidrigkeiten vor, die aufgedeckt werden müssten, erörterte die NEOS-Chefin und sah einen Untersuchungsausschuss als notwendig an. Sie setzte sich für ein Transparenz- und Antikorruptionspaket ein, um das Vertrauen der Menschen in die Politik zu stärken. Laut Helmut Brandstätter (NEOS) hat es politische Postenbesetzungen immer schon gegeben. Nun müssten Schritte gesetzt werden, um Staatsunternehmen wie private Unternehmen zu leiten.

Nach Ansicht Josef Schellhorns (NEOS) muss gegen Postenschacher vorgegangen werden, indem nicht nur die CASAG, sondern auch Thomas Schmid und Harald Mahrer von einem Untersuchungsausschuss unter die Lupe genommen werden. Fraktionskollegin Stephanie Krisper forderte in einem letztlich abgelehnten Entschließungsantrag die ministerielle Kompetenztrennung beim Glücksspiel, konkret bei der Steuereinhebung und der Spielerschutzstelle. (Schluss) hof/gla

„APA“, 26.11.2019

Sondersitzung: Müller verteidigte Löger und versprach Kooperation

Utl.: Causa Casinos soll "vollumfänglich" aufgeklärt werden

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Die Causa Casinos hat am Dienstag die Abgeordneten im Rahmen einer Sondersitzung im Nationalrat beschäftigt. Eine Dringliche Anfrage der SPÖ an Eduard Müller brachte kaum brisante Einblicke - außer dass der Finanzminister seinen Vorgänger Hartwig Löger in der Affäre in Schutz nahm. ÖVP und FPÖ sahen in der Sondersitzung vor allem ein Ablenkungsmanöver der SPÖ von ihren eigenen Problemen.

Die Sozialdemokraten wollten unter anderem wissen, inwiefern neben FPÖ-Akteuren auch türkise Politiker in die Affäre um Korruptionsverdacht und Postenschacher bei den Casinos Austria verwickelt waren und ob es tatsächlich Gegengeschäfte in Form von Glücksspiellizenzen gegeben hat. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner forderte in ihrer Rede "schonungslose Aufklärung" und nannte einen Untersuchungsausschuss zur Causa Casinos "unausweichlich".

Finanzminister Müller sicherte in der Beantwortung der Anfrage zu, sein Ministerium werde die Behörden und das Parlament bei der Aufklärung der Causa Casinos "vollumfänglich" unterstützen. Müller gab außerdem bekannt, er habe die Finanzprokurator in der Affäre mit einer genauen Prüfung eines übermittelten Privatgutachtens "zur glücksspielrechtlichen Beurteilung der Bestellung eines Vorstandsmitgliedes der Casag" beauftragt - wohl mit Blick auf die Bestellung von FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Austria. Einer Redlichkeits- und Eignungsprüfung zufolge lagen zum Zeitpunkt der Bestellung Sidlos laut Müller keine Gründe vor, die einer solchen widersprochen hätten.

Weiters nahm Müller Ex-Finanzminister Löger aus der Schusslinie. Die Staatskommissäre hätten von seinem Vorgänger "keine Informationen über die Eignung von Peter Sidlo erhalten", so Müller. Löger hätte in dieser Causa keine Weisungen erteilt, berichtete er. ÖVP-Minister Löger war in der Causa Casinos unter Druck geraten, weil sich Ex-Vizekanzler Strache bei ihm per SMS für die "Unterstützung bezüglich CASAG" bedankt hatte.

Müller selbst hat, erläuterte er, mit Betroffenen in der ÖBAG Gespräche geführt. "Der Vorsitzende des Aufsichtsrates bekräftigt, dass nach seinen Wahrnehmungen sowohl ÖBAG-intern als auch in Bezug auf das Management der Beteiligungsgesellschaften der ÖBAG die volle Handlungsfähigkeit des Vorstandes gegeben ist und daher derzeit kein Handlungsbedarf besteht", betonte der Minister, dem versprochen wurde, über weitere Entwicklungen informiert zu werden.

ÖVP und FPÖ wollten die Vorwürfe in der Causa Casinos nicht auf sich sitzen lassen und starteten in ihren Reden einen Gegenangriff auf die SPÖ. ÖVP-Abgeordneter Wolfgang Gerstl sagte, es handle sich seitens der SPÖ nur um ein "durchschaubares Ablenkungsmanöver" von "schrecklichen" Wahlergebnissen.

Noch einen Deut deftiger ging es FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl an. Der sieht einen konstruierten Skandal, der nur dadurch begründet sei, dass ein blauer Vertreter (Peter Sidlo) nach einem roten Vertreter (Dietmar Hoscher) zum Zug gekommen sei: "Das darf es in Ihrer Welt einfach nicht geben." Grünen-Klubchef Werner Kogler attestierte der FPÖ hingegen eine Häufung von ungeeigneten Besetzungen, noch heute sei man mit der Schadensabwicklung von Schwarz-Blau eins beschäftigt.

Für NEOS-Klubobfrau Beate Meini-Reisinger unterscheidet sich die Causa Casinos vom sonst üblichen Postenschacher. Schließlich werde wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs, der Untreue und Bestechlichkeit ermittelt. Dazu brauche es Aufklärung durch einen Untersuchungsausschuss, forderte sie - auch um herauszufinden, was ÖVP-Obmann und damals Kanzler Sebastian Kurz und sein Regierungskoordinator Gernot Blümel gewusst hätten.

Die beiden in der Causa immer wieder genannten ÖVP-Politiker waren bei der Sondersitzung zwar anwesend, äußerten sich selbst aber nicht zu der Affäre. Dass Kurz von der Sache keine Ahnung hatte, bezweifelte SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer stark: "Ich glaube ihm kein Wort." Seit Monaten sei die ÖVP über Deal und Gegen-Deal informiert gewesen.

In der Causa Casinos steht vor allem ein umstrittener Deal im Raum: Seitens der Korruptionsstaatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass der Glücksspielkonzern Novomatic in der Zeit der türkis-blauen Regierung versucht hat, im Abtausch für eine FPÖ-freundliche Postenbesetzung in den Casinos Austria durch den FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo zusätzliche Glücksspiellizenzen vom Staat zu erhalten.

„www.orf.at“, 26.11.2019

Novomatic-Klage gegen Krismer abgewiesen

Das Landesgericht St. Pölten hat ein Klagsbegehren der Novomatic gegen Helga Krismer, Landessprecherin der niederösterreichischen Grünen, abgewiesen. Das Urteil sei nicht rechtskräftig, teilte die Politikerin am Dienstag mit.

Anlass für einen Prozess waren Aussagen Krismers in Zusammenhang mit „Leisure, Entertainment and Gaming Business Management“ an der Donau-Uni Krems, wonach der Glücksspielkonzern Mitarbeiter über den Lehrgang auf Kosten der Steuerzahler schulen lasse. Die Verhandlung am 18. Oktober war nach wenigen Minuten zu Ende.

Das Urteil erging laut der Politikerin per 22. November schriftlich. Krismer war auf Unterlassung, Widerruf und Veröffentlichung des Widerrufs geklagt worden. Streitwert: 35.000 Euro.

Weitere Klage von Novomatic

Indes sieht sich die Landessprecherin der Grünen mit einer weiteren Klage von Novomatic konfrontiert, wie sie am Dienstag zudem mitteilte. Anlass seien Aussagen wie „Kunst und Kultur in Niederösterreich ist nicht kaufbar, um das Image eines Glücksspielkonzerns aufrecht zu polieren. Daher ... überlegen, ob Geld, das mit Spielsucht erwirtschaftet wurde, ins Profil des Kultur- und Sportlandes passt.“ Und weiter: „Ein Unternehmen, das ... zur Ehre kam im sogenannten Ibiza-Video durch die Aussage des Ex-Vizekanzlers Strache ‚Novomatic zahlt alle‘, passt nicht nach Niederösterreich.“

Krismer ist bekannt dafür, sich „nicht mundtot machen“ lassen zu wollen. „Ich bin für mehr Spielerschutz und gegen das Automatenglücksspiel“, unterstrich sie am Dienstag.

„Kreditschädigende Äußerungen nicht zu akzeptieren“

In einer Reaktion von Novomatic hieß es am Dienstag gegenüber noe.ORF.at, dass es dem Glücksspielkonzern darum gehe, „insbesondere bewusst kreditschädigende Äußerungen nicht stillschweigend zu akzeptieren. Dazu zählen die beiden genannten Fälle“. Außerdem hieß es in der Stellungnahme: „Bei dem Verfahren betreffend des Lehrgangs werden wir deshalb selbstverständlich von unserem Recht Gebrauch machen und in die nächste Instanz gehen“, so Novomatic.

„Standard“, 26.11.2019

„Wir waren schockiert“

Sazka-Chef und Casinos-Vizepräsident Robert Chvátal fordert Rücktritte und setzt auf Zusammenarbeit mit Casag-Aktionär Staat. Sollte die Öbag nicht für die Abberufung von Finanzchef Peter Sidlo stimmen, werde man sich an den (nächsten) Kanzler wenden.

INTERVIEW: Renate Graber



Robert Chvátal will, dass Sazka und Öbag die Casinos gemeinsam kontrollieren.

Zwischen Sazka, dem größten Aktionär der Casinos Austria AG (Casag), und Mitaktionär Novomatic kriselt es schon lange; die Bestellung Peter Sidlos zum Finanzchef (CFO) hat die Beziehung veräusern lassen. Die „Postenschacher-Affäre“ samt Chat-Protokollen lässt Sazka-Chef und Casag-Vizepräsident Robert Chvátal beim Gespräch in Wien ziemlich schäumen.

STANDARD: Sazka ist seit zwei Jahren größter Aktionär der Casinos AG – seit der Bestellung Peter Sidlos zum Finanzvorstand hat sich alles verändert. Der Staatsanwalt ermittelt gegen Ihre drei Kollegen aus dem Aufsichtsratspräsidium, Walter Rothensteiner, Novomatic-Chef Harald Neumann und Josef Pröll, gegen Sidlo und hochrangige Ex-FPO-Politiker. Wie sehen Sie die Lage?

Chvátal: Wir sind sehr geschockt von den jüngsten Erkenntnissen, die sich aus den Protokollen der Chats ergeben, an denen sogar Leute aus dem Aufsichtsrat teilnahmen. Ganz offensichtlich haben wir zuvor nur die Spitze des Eisbergs gekannt, der größte Teil des Geschehens ist hinter der Bühne und unterm Teppich passiert, ohne dass andere Casag-Aktionäre, im Speziellen die Sazka-Gruppe, davon gewusst hätten. Wir glauben, dass da Einzelpersonen in absolut inakzeptabler Weise und nicht zum Wohle des Unternehmens gehandelt haben. Die sollten persönliche Konsequenzen ziehen.

STANDARD: Sie reden von Aufsichtsratspräsident Rothensteiner, von Neumann, Pröll, Öbag-Chef Thomas Schmid, Sidlo?

Chvátal: Von denen, die laut den medial veröffentlichten Informationen geheime Deals vorbereitet und sich in den Chat-Gruppen unterhalten haben.

STANDARD: Sie alle sollen zurücktreten?

Chvátal: Alle, die hinter den Hintergrunddeals gestanden sind. Denn da haben Leute gegen das Interesse der Gesellschaft agiert und ihre eigenen Nebeninteressen verfolgt, etwa die Liberalisierung des Online-Glücksspiels. Ohne Wissen der anderen Aktionäre, ohne unser Wissen. Alles gegen die Interessen der Casag und der österreichischen Lotterien! (Casag-Tochter, Anm.)

STANDARD: Es besteht der Verdacht, dass die FPÖ der Novomatic für die Bestellung Sidlos Vorteile versprochen hat. Glauben Sie, dass es so einen Deal gab?

Chvátal: Ich kann das nur aus meinen eigenen Erfahrungen und den veröffentlichten Chat-Protokollen heraus beurteilen. Nehmen Sie den Umgang mit Herrn Sidlo. Ich glaube, ich war der Einzige aus dem Präsidium, der sich die Zeit nahm, mit ihm persönlich zu reden, gemeinsam mit meinen Sazka-Kollegen, im Jänner, zwei Stunden lang. Ich habe ihn gefragt, welche großen Herausforderungen er für die Casag für die drei Jahre seiner Amtszeit sieht. Die Antwort kam ohne Zögern: „Ich glaube, das Unternehmen muss sich auf mehrere Online-Spiellizenzen vorbereiten.“ Wir waren schockiert. Offenbar wusste er mehr, denn nach der jetzigen Gesetzeslage hat die Casag ein Monopol. Meine Nachfragen hat er sehr ausweichend beantwortet.

STANDARD: Sazka war gegen Sidlo als Finanzvorstand, hat sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Warum haben Sie nicht dagegengestimmt?

Chvátal: Zu Aufsichtsratsinterna kann ich nichts sagen. Aber es ist bekannt, dass Sazka extrem dazu gedrängt wurde, nicht zu viele Troubles zu machen, und dass ich im Aufsichtsrat zu meinen Kollegen sagte, ich hätte laut und deutlich gehört, dass Sidlos Bestellung ein klarer Wunsch der Regierung und der Novomatic sei. Es waren ja auch die primären Kommentare zu Sidlo, dass er auf einem FPÖ-Ticket sitzt – nicht dass er ein Glücksspielexperte sei. Wir haben immer geglaubt, dass es darum geht, den Vorstand mit den besten Profis zu be-

setzen. Darum haben wir Bettina Glatz-Kremsner gewählt, sie ist die bestqualifizierte Person für den Chefposten. Wir waren gegen eine politische Besetzung im Vorstand, haben nie ein Hehl daraus gemacht, dass wir die Casag zukunftsfit machen wollen, und dazu braucht es die besten Leute.

STANDARD: Hatten Sie je Anzeichen für einen politischen Deal gesehen?

„
Es ist bekannt, dass die Sazka-Gruppe extrem dazu gedrängt wurde, nicht zu viele Troubles zu machen.“

“

Nun wissen wir, wieso ...

STANDARD: Stichwort Postenschacher: Hätten Sie sich je vorstellen können, dass es in Österreich so laufen könnte?

Chvátal: Das Ausmaß im Fall Casag hat mein Vorstellungsvermögen überstiegen. Ich habe so etwas noch nie erlebt.

STANDARD: Sazka will Sidlo in der außerordentlichen Hauptversammlung am 10. Dezember abberufen, dazu müssen Novomatic (17 Prozent) oder die staatliche Öbag (33 Prozent) mitstimmen. Warum sollten Öbag oder Novomatic, gegen deren Vertreter im Aufsichtsratspräsidium ermittelt wird, ihre Meinung zu Sidlo ändern?

Chvátal: Wir alle, Aktionäre wie Aufsichtsratsmitglieder, haben durch die Veröffentlichungen viel mehr Informationen zum Hintergrund der Vorgänge. Die Situation ist durch das Verhalten bestimmter Personen so inakzeptabel und untragbar, dass wir auch eine ordentliche Portion Selbstreflexion an den Tag legen müssen. Da kann man nicht auf etwas bestehen, das im Lichte der jüngsten Offenbarungen absurd wäre. Es ist völlig klar, dass im Hintergrund der Vorstandsbestellung agiert wurde, ohne dass alle Aktionäre davon informiert waren. Ich glaube aber nicht, dass das Österreich ist, ich glaube, das waren Fehler einzelner Personen. Ich kann mir keinesfalls vorstellen, dass der Staat Österreich so einer kurzsichtigen Strategie folgen würde.

STANDARD: Die Ermittlungen begannen mit einer anonymen Anzeige. Gerüchtehalber heißt es, die stamme von Sazka. Stimmt das?

Chvátal: Das ist lächerlich. Sazka hat an niemandem irgendeine anonyme Anzeige versandt! Wir waren nicht Teil des Hintergrunddeals, sehen uns als Opfer. Wir müssen diese unglückliche Situation jetzt beenden, Klarheit schaffen: Das Unternehmen verdient ein professionelles Management, es verdient Klarheit, woran die größten Aktionäre arbeiten wollen. Wir sollten also zurück an die Arbeit und nicht Politik machen.

STANDARD: Wird sich Ihr schlechtes Verhältnis zu Aktionär Novomatic je bessern?

Chvátal: Wir glauben fest daran, dass sich die beiden größten Aktionäre, Sazka und Öbag, mit zusammen 71 Prozent rasch gemeinsam auf das Wohl des Unternehmens, künftiges Management, Strategie und Geschäft verständigen sollten. Wir, Sazka und Öbag, sollten die Reset-Taste drücken und gemeinsam die Casag kontrollieren. Und keine Deals im Hintergrund tolerieren. Wir als Sazka sind gemeinsam mit der Casag das Opfer von Sidlo-Gate, aber wir stellen uns auf die Füße, machen weiter. Und wir sind bereit, diese strategischen Entscheidungen gemeinsam mit der Republik zu treffen.

STANDARD: Sie nähern sich der Öbag an?

Chvátal: Wenn der Staat seiner Verantwortung gerecht wird, werden wir das unterstützen, und dann können wir schnell wieder Stabilität in die Casag bringen.

STANDARD: Sie glauben, die Öbag wird mit Sazka stimmen und Sidlo abberufen?

Chvátal: Ich hoffe das, ja. Es würde unglaublich schwierig für jeden Aktionär werden, so zu tun, als wäre nichts Falsches geschehen, und neuerlich für Sidlo zu stimmen. Auch Leute im Unternehmen können sich nicht vorstellen, dass nach Aufkommen solch skandalöser Vorgänge Sidlo im Unternehmen auftaucht, als wäre nichts passiert.

STANDARD: Was, wenn die Öbag nicht mit Sazka für die Abberufung stimmt?

Chvátal: Das würde uns schocken. Wir würden auf die neue Regierung warten und uns an die nächste Ebene wenden: an den Bundeskanzler. Denn wir haben Vertrauen in Herrn Kurz.

ROBERT CHVÁTAL (51) stammt aus Tschechien und führt seit 2013 die Sazka-Gruppe. Die größte tschechische Lotteriegesellschaft gehört zum Mischkonzern KCCG von Karel Komárek. Zuvor war der Ökonom 15 Jahre bei T-Mobile, zuletzt als Chef in Österreich. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Foto: Regine Herandich

„Standard“, 26.11.2019

Casinos-Protokoll: Leben und leben lassen



Am Dienstag findet die parlamentarische Sondersitzung zur Bestellung Peter Sidlos in die Casinos Austria statt. So lief diese ab.

Renate Graber, Andreas Schnauder

COLLAGE: STANDARD

Heinz-Christian Strache plauderte schon in Ibiza über neue Casino-Lizenzen, mit der Bestellung von Peter Sidlo soll der Glücksspiel-Deal eingefädelt worden sein.

Postenschacher, Korruptionsvorwürfe, Sondersitzung im Parlament, Diskussion um einen Untersuchungsausschuss: Die Ermittlungen rund um den angeblichen „FPÖ-Novomatic-Deal“ wirbeln viel Staub auf. Ein Überblick über das Casino-Fatale.

■ **Juli 2017** Im Ibiza-Video plaudert FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache über Glücksspiel und Parteispenden: „Novomatic zahlt alle“, lautet eine der Aussagen, die Strache später zurücknimmt. Auf die Frage, ob man bei Kasinolizenzen etwas machen könne, sagt er: „Das ist verdammt schwer.“ Nachsatz: „Aber das geht.“

■ **Oktober 2017** Gut eine Woche nach den Wahlen nehmen ÖVP und FPÖ Koalitionsverhandlungen auf.

■ **November 2017** Novomatic-Chef Harald Neumann konvertiert mit seinem Pressesprecher. Es geht darum, dass man über den FPÖ-Abgeordneten Markus Tschank etwas in die Regierungsverhandlungen einbringen will. Auf Einwände des Sprechers schreibt Neumann: „egal brauchen jemanden, der das Thema kasinolizenzen einbringt!“

■ **April 2018** Neumann kontaktiert den Kabinettschef von Finanzminister Hartwig Löger, Thomas Schmid. Es geht um die Anzahl der Casinos-Vorstände und darum, dass es bei drei Mitgliedern bleiben soll. Schmid an Neumann: „Bitte auch Gernot Blümel sagen! Hast du das gestern nicht angesprochen?“ Neumann antwortet: „hab ich!! (...)“

■ **Mai 2018** Telefonkonferenz zwischen Novomatic-Eigentümer Johann Graf und Löger.

■ **Juli 2018** Es kommt zu Terminen zwischen Strache und Neumann bzw. Graf.

■ **August 2018** FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo konferiert mit Klubobmann Johann („Joschi“) Gudenus: „Hallo Joschi, ich habe mit meinen Freunden bzgl. Casinos gesprochen, sie wären bereit und auch fähig, den Deal zu machen.“ Später beteuern beide, dass der Chat nichts mit Sidlos Bestellung zu tun habe.

■ **Oktober 2018** Strache ersucht Neumann, mit ihm einen Nachfolgekandidaten für Casinos-Vorstand Dietmar Hoscher zu besprechen, obwohl sich Hoscher im Jänner dann selbst bewirbt.

■ **November 2018** Finanzstaatssekretär Hubert Fuchs (FPÖ) schreibt an Neumann: „Termin mit HC steht, wie ich höre?“ Neumann antwortet: „Ja, morgen ;) danke“

■ **Dezember 2018** Es kommt zu einem Treffen von Sidlo, Neumann und dem Novomatic-Personalchef.

■ **10. Jänner 2019** Sidlo spricht bei den Headhuntern von Egon Zehnder vor. Kurz darauf berichtet er an Neumann – live aus dem Generalrat der Nationalbank, dem er angehört. „keine Fehler; Mangel CFO in großem Unternehmen und disziplinarische Führung von sehr vielen Mitarbeitern“. Neumann trifft fast zeitgleich Vertreter der tschechischen Sazka-Gruppe, die ebenso wie Novomatic an den Casinos Austria beteiligt sind.

■ **11. Jänner 2019** Sidlo schreibt Neumann, Nationalbank-Vizepräsidentin Barbara Kolm (FPÖ) „möchte gerne helfen...“

■ **15. Jänner 2019** Um 21.31 Uhr fragt Strache Sidlo: „Ist eh alles auf Schiene?“ Keine Stunde später schreibt der Vizekanzler an Löger: „Lieber Hartwig! Bezüglich Casinos-Vorstand ist Peter Sidlo auf Schiene! Danke für Deine Unterstützung!“ Parallel dazu kontaktiert der ehemalige FPÖ-Koalitionsverhandler und heutige ÖBB-Finanzvorstand Arnold Schiefer in einer Chatgruppe mit Strache, Norbert Hofer und Herbert Kickl (FPÖ), dass der Casino-Vorstand bereits im März bestellt werden soll. Frühaufsteher Hofer bedankt sich um 4 Uhr 36, drei Stunden später tut das auch Löger.

■ **16. Jänner 2019** Neumann fragt bei Casag-Aufsichtsratschef Walter Rothensteiner nach, wann man vom Headhunter „die Info bezüglich der Kandidaten“ bekommen werde. Strache erkundigt sich bei Sidlo nach dessen Erfolgsaussichten. Der erzählt, dass „die Tschechen noch auf Widerstand machen“, was Strache ein paar Stunden später mit einem empörten „Was heißt das? Das Wort hält aber, dass du Vorstand wirst?“ hinterfragt. Keine zwei Minuten später erkundigt sich Strache bei Neumann: „Bezüglich Peter Sidlo kann ich mich auf dein Wort verlassen und ist alles auf Schiene?“ Der antwortet, man habe alles zur Unterstützung getan, auch Kolm, Kabinettschef Schmid und Casinos-Vorstandsmitglied Bettina Glatz-Kremsner seien involviert. Nur seien „die Tschechen gänzlich gegen ihn“. Sidlo gibt dem Vizekanzler Tipps für den Fall, dass der Headhunter bei ihm um Sidlos Referenzen frage. Sidlo auf Straches Nachfrage: „Erzähl ihm halt, wie toll ich bin“

■ **31. Jänner 2019** Schmid schickt Neumann um 13 Uhr auf diskretem WhatsApp-Weg das Foto einer Unterlage, in der Beamte in einer mit dem gleichen Tag datieren Expertise festhalten, dass die Entflechtung von Online- und Lotterielizenzen nur durch eine gesetzliche Änderung zu bewerkstelligen wäre. Drei Stunden später treffen einander Löger, Neumann und Graf. Am frühen Abend berichtet Neumann an Schmid, Lögers rechte Hand, dass „das Gespräch ausgezeichnet ;) war“

■ **1. Februar** Rothensteiner macht nach einem Telefonat mit Löger eine Handy-Notiz, dass der Finanzminister mit dem Novo-Eigentümer Graf konferiert habe: „der hat irgendeinen Hintergrunddeal mit den Blauen. Daher ist Sidlo ein Muss“. Graf wolle nicht, dass es einen Ersatzkandidaten von Neumann gibt. Und, so Rothensteiner: Er müsse seine Funktion eigentlich überdenken, das habe er auch dem Minister gesagt, der Rothensteiner daraufhin um Verständnis gebeten habe.

■ **6. Februar 2019** Schiefer hat schlechte Nachrichten an Hofer, Strache und eine Novomatic-Managerin: „Höre, Sidlo kommt nicht durch.“ Strache: „Wieso? Woher?“, Schiefer antwortet, dass „sich Rothensteiner querlegt“. Strache kann es kaum fassen: „Wie kann sich der querlegen! Habe bis dato keine negative Meldung erhalten!“, was Schiefer mit einem knappen „ok“ quittiert. Und wieder fragt Strache bei Neumann nach, ob „die Zusage bezüglich Peter Sidlo eh hält?“, und wieder beruhigt der Aufsichtsratsvizepräsident, „soweit ich es beeinflussen kann, ja!“ Strache lässt nicht locker: „Welche Probleme kann es geben, welche ich aus dem Weg räumen muss?“, fragt er, und Neumann sagt nur: „Derzeit keine.“ Die Tschechen könne man überstimmen, „war alles echt mühsam, aber hier hat Löger auch sehr geholfen!“, lg aus London“

■ **11. Februar 2019** Strache bedankt sich noch einmal „herzlich für die Unterstützung bezüglich Casinos“ beim Finanzminister, dieser schickt den Daumen. Später meint Löger zu seinem Emoji in der Sendung *Im Zentrum*, dieses habe bedeuten sollen: „Gib a Ruh.“

■ **18. März 2019** Drei Aufsichtsratspräsidenten der Casinos Austria chatten über die Reihenfolge der Hearings. Es wird festgelegt, dass Sidlo vor Martin Skopek (Kandidat der Sazka) drankommen solle. „Grund?“, fragt Rothen-

steiner, und Neumann erklärt es ihm. Die Fragestellung an Skopek hänge von jener an Sidlo ab: „Habe an und für sich nichts gegen Skopek, nur wenn man sich unfair gegen Sidlo verhält, dann werden auch die Fragen an Skopek andere sein!“ Was antwortet der Aufsichtsratspräsident Rothensteiner (Kürzel: ro)? „Ok! ro“

■ **19. März** In der FPÖ wird derweilen Strache nervös. Er schreibt dem Finanzminister jene SMS, in der er die blaue Einfärbung der Aufsichtsräte staatlicher Unternehmen fordert, „alles andere wäre eine Provokation“. Strache wörtlich: „Wir haben umgekehrt bei der ÖBB, Asfling, Donau, etc alle eure 30 AR sofort umgesetzt in euren Resorts warten wir bis heute auch Telekom!“

■ **21. März 2019** Nach dem Hearing beginnt der Streit um die Frage, ob der gesamte Aufsichtsrat den gesamten Bericht des Personalberaters vorgelegt bekommen muss, ein der Sazka-Gruppe zuzurechnender Casag-Kontrollor und Anwalt verlangt das. Rothensteiner teilt mit, er werde einen Anwalt zu Rate ziehen, Neumann drängt, man müsse jedenfalls am 28. März eine Entscheidung haben. Er hat auch eine Idee, was Egon Zehnder tun müsse: „Eine einfache Mail (schreiben), dass er ... alle drei Kandidaten empfehlen kann.“

■ **26. März 2019** Auch Gudenus involviert sich, er trifft „die Tschechen“ zu einem Gespräch, das er im Chat mit seinem Freund Sidlo als „gut“ bezeichnet.

■ **28. März 2019** Strache macht am Tag der Vorstandsbestellung in der Casinos Austria AG Nägel mit Köpfen und spricht mit Thomas Schmid. Der zeigt sich begeistert, als er dem Vizekanzler am Abend „für das echt coole, vertrauensvolle Gespräch heute“ dankt. „Taugt mir sehr!“, schreibt er an Strache und der erwidert das Kompliment: „Ganz auf meiner Seite. Ist mir wichtig. Leben und leben lassen. Und anständig und fair miteinander umgehen! Lg/HC“. Am selben Tag ist Sidlo bestellt. Neumann gratuliert Sidlo um Punkt elf Uhr. Strache um 11 Uhr 10 – und der bedankt sich bei Neumann für das „korrekte Vorgehen“. Damit ist das „coole Projekt“, wie der Novomatic-Sprecher zu seinem Chef meint, beendet. Bald darauf starten Ermittlungen. Alle Genannten weisen die Vorwürfe zurück und es gilt die Unschuldvermutung.

Gastkommentar Seite 27

„www.leadersnet.at“, 25.11.2019

"Marken schaffen Werte, die für die Volkswirtschaft und die Menschen wichtig sind"

LEADERSNET.tv hat beim Brand Life Award die Personen, die hinter erfolgreichen Marken stehen, vor die Kamera geholt.

Anette Klinger und Gerhard Hrebicek © LEADERSNET/Mikes



Paul Leitenmüller, Monica Rintersbacher, Gernot Haas, Anette Klinger und Gerhard Hrebicek © LEADERSNET/Mikes

"Ein Leben für die Marke" lautete das Motto bei der Verleihung des elften Brand Life Awards im Novomatic Forum in Wien. European Brand Institute-Präsident Gerhard Hrebicek hat dabei Anette Klinger, Miteigentümerin der oberösterreichischen Fenstermarke Internorm und IFN-Geschäftsführerin, mit dem Award ausgezeichnet (**LEADERSNET** berichtete).

LEADERSNET.tv war beim Event ebenfalls vor Ort und hat Gerhard Hrebicek, Deloitte-Geschäftsführer Herbert Kovar, Admiral-Chefin Monika Racek, Weekend-Geschäftsführer Richard Mauerlechner, PR-Expertin Silvia Kelemen-Weihs, Wirtschaftswanderung-Organisator Herbert Rieser, APG-Kommunikationschef Christian Schuh, Coca-Cola-Unternehmenssprecher Philipp Bodzenta, Kabarettist Gernot Haas, Kunsthistorisches Museum-Generaldirektorin Sabine Haag, Vienna City Marathon-CEO Wolfgang Konrad sowie Preisträgerin Anette Klinger interviewt. (red)



Beim SK Rapid Charity Golfturnier powered by Admiral waren alle Gewinner, vor allem aber unser Special Needs Team, dem der Erlös zugutekommt.



ABSCHLAG FÜR DEN GUTEN ZWECK

DAS SK RAPID CHARITY GOLFTURNIER POWERED BY ADMIRAL

Was bereits vor vier Jahren als Idee begann, ist mittlerweile lieb gewonnene Tradition: Das **SK Rapid Charity Golfturnier powered by Admiral** lud auch in diesem Jahr dazu ein, den Golfschläger zu schwingen und sich dabei für eine Herzensangelegenheit zu engagieren. Der Reinerlös des Turniers kam dem SK Rapid Special Needs Team zugute!

→ TEXT: ELISABETH BINDER → FOTOS: CHALUK



Christopher Dibon und Thomas Murg losten die Teilnehmer, darunter auch Talentmanager Steffen Hofmann, zu 4er-Teams zusammen.

MIT DABEI WAREN AUCH HEUER NEBEN NAMING RIGHT PARTNER ADMIRAL SPORTWETTEN VIELE PARTNER DES SK RAPID, DIE INSGESAMT 17 FLIGHTS IM GOLFC CLUB SCHLOSS EBREICHSDORF STELLTEN.

Unterstützung erhielten sie dabei von zahlreichen Rapid-Legenden, darunter etwa Steffen Hofmann, Herbert Feurer, Günter Kaltenbrunner, Christian Keglevits und Michael Konsel, um nur einige von ihnen zu nennen. Christopher Dibon und Thomas Murg losten sie den 4er-Teams zu – und schon konnte es losgehen.

Gespielt wurde im teilnehmerfreundlichen Modus „Texas Scramble“. An Loch 5 wartete diesmal eine besondere Herausforderung: die Hole-in-one-Challenge. Wenn es gelang, mit nur einem einzigen Schlag einzulochen, für den stellte Partner BeeCashback Home ein Haus im Gesamtwert von 300.000 Euro zur Verfügung! Leider blieb trotz reichlich sportlichem Ehrgeiz und so manch beeindruckendem Handicap auch heuer ein Gewinner aus, doch beim 4. SK Rapid Charity Golfturnier wurde wieder einmal deutlich, dass es hierbei um mehr als um den Sport geht. Das bestätigt auch Christoph Peschek, Geschäftsführer Wirtschaft: „Der SK Rapid ist eine Gemein-



schaft, wir leben unsere Werte und sind uns unserer sozialen Verantwortung bewusst. Unser SK Rapid Special Needs Team ist ein wertvoller Teil der Rapid-Familie, auf den wir sehr stolz sind und der uns im Rahmen der CSR-Aktivitäten von ‚Rapid leben‘ ein wichtiges Anliegen ist, denn Fußball verbindet, sei es im Sinne des Inklusionsgedankens, der besonders beim Special Needs Team hochgehalten wird, oder im Bereich der Wirtschaft, wo er Brücken zwischen Unternehmen baut. Das beweist unser SK Rapid Charity Golfturnier heuer bereits zum vierten Mal. Hier können Unternehmen ihr Netzwerk

erweitern und gleichzeitig Gutes tun, denn der Reinerlös des Turniertages trägt dazu bei, dass unsere Kicker ihrer Leidenschaft für den Fußball nachgehen können. Ich bedanke mich daher ganz herzlich bei allen Teilnehmern und Partnern!“

REKORDSUMME FÜR DAS SPECIAL NEEDS TEAM

Am Abend fanden sich die Teilnehmer gemeinsam mit den Organisationsteams von Andy Marek (Direktion Klubservice & Events) und Sebastian Pernhaupt (Direktion Sponsoring & Marketing) im Klubhaus ein, um den erfolgreichen Turniertag ausklingen zu lassen. Hier gab es nicht nur die Gelegenheit für angeregte Gespräche mit Unternehmern unterschiedlicher Branchen und damit die Möglichkeit, interessante neue Kontakte innerhalb der Rapid-Community zu knüpfen, sondern auch begehrte Preise bei der großen Tombola zu ergattern.

Am Ende durfte eine Delegation unseres SK Rapid Special Needs Teams den Scheck mit dem Reinerlös von 27.532 Euro entgegennehmen. Eine großzügige Spende gab es von Admiral noch obendrauf, die das Ergebnis um 2.468 Euro aufrundeten, sodass sich das Team am Ende über stolze 30.000 Euro freuen darf. Mit diesem Betrag können Trainingslager, Equipment und vieles mehr für die engagierten Kicker sichergestellt werden. Insgesamt konnte das SK Rapid Charity Golfturnier in den vergangenen Jahren 105.450 Euro sammeln!

WIR DANKEN UNSEREN PARTNERN UND SPONSOREN,

allen voran Admiral, sowie den teilnehmenden Unternehmen ganz herzlich für ihre Unterstützung: ACP IT Solutions GmbH, Allianz, Autent GmbH, BeeCashback Home, Berndorf Metall- & Bäderbau, Cashback World, E+H/Hofbauer Maschinenbau GmbH, Euram Bank AG, Fuchs Glastechnik, Hypo Leasing, Raika Baden, Sochor, Stahlbau Wojtinox und Wien Energie. ←



AFTERWORK(OUT)

FÜHRUNGSKRÄFTETRAINING DER ANDEREN ART

→ TEXT: ELISABETH BINDER → FOTOS: RED RING SHOTS

BEI FÜHRUNGSKRÄFTETRAININGS GEHT ES MEISTENS UM RHETORIK, TEAMBUILDING UND LEADERSHIP.

Nicht so beim SK Rapid, denn wie könnte es anders sein, geht es hier vor allem um Teamgeist und Miteinander. So durften wir wieder unsere Top-Partner aus dem SK Rapid Business Club begrüßen, um gemeinsam mit Didi Kühbauer und seinem Trainerteam ein Fußballtraining im Allianz Stadion zu absolvieren. Afterwork neu gedacht, sozusagen.

Dabei kamen die Teilnehmer, darunter auch Christoph Peschek und viele Mitarbeiter des SK Rapid-Sales-Teams, nicht nur ordentlich ins Schwitzen – unser Cheftrainer hatte sich ein straffes Trainingsprogramm überlegt, das an die Einheiten der Profimannschaft angelehnt war –, sie hatten zwischen Dribbling- und Koordinationstraining natürlich auch die Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen. Nicht umsonst lautet das Motto im SK Rapid Business Club „Fußball verbindet“, denn wer eine gemeinsame Leidenschaft hat, kommt besonders einfach ins Gespräch.



Nach einem freundschaftlichen Abschlussduell fand der entspannte Ausklang des Abends in der Rekordmeisterbar statt, wo sich die Teilnehmer nicht nur stärken, sondern geknüpfte Kontakte noch weiter vertiefen konnten. Der Startschuss für viele weitere Unterhaltungen und die eine oder andere Geschäftsmöglichkeit ist damit also im wahrsten Sinne spielerisch gegeben.

DANKE AN ALLE TEILNEHMER für einen amüsanten Nachmittag und viele angeregte Gespräche, darunter Mag. Wolfgang Neuhauser (Allianz Elementar Versicherungs-AG), Stefan Spannagl (BWS

Baustahlcenter GmbH), Stefan Matthiessen (DAZN), DI Thomas Posch (WESTbahn), Thomas Sperner (Saxoprint) und Marek Lapa (Magenta) sowie viele weitere! ←